



**Parlamentssitzung vom 19.08.2024**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19:00 – 22:20 Uhr

**Vorsitz**

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

**Parlamentsbüro**

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident  
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin  
Selin Lopez (FDP), Stimmzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Roland Akeret (GLP)  
Dominic Amacher (FDP)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Lukas Erni (Grüne)  
Mayra Faccio (JUSO)  
Dominik Fischli (Grüne)  
Rahel Gall (SP Frauen)  
Michael Gerber (GLP)  
Kathrin Gilgen (SVP)  
Andreas Hauser (GLP)  
Roland Hofer (SVP)  
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Mark Kobel (FDP)  
Ursina Sara Lehner (SP Frauen)  
Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)

David Müller (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Urs Mumenthaler (SP Männer)  
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)  
Tatjana Rothenbühler (FDP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Simon Stocker (Junge Grüne)  
Katja Streiff (EVP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Verena Remund-von Känel

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Jürg Mosimann (Die Mitte)  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

PAR 2024/62

## Traktandenliste und Mitteilungen

Beschluss

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 17.6.2024**  
Beschluss
3. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2024**  
Beschluss
4. **Stellvertretung im Parlament, Änderung Gemeindeordnung und Änderung Reglement über Abstimmungen und Wahlen**  
Beschluss und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **V2106 Postulat (Junge Grüne, Grüne) "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament"**  
Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
6. **Zukunft Schloss Köniz**  
Kredit und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen
7. **Wabern, Lerbermatt; Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur; Projektierung**  
Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
8. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 19. August 2024. Ich begrüsse auch alle zur Sitzung, welche uns am Livestream zuschauen.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatten: Tatjana Rothenbühler, Katja Streiff, Hansueli Pestalozzi, Thomas Brönnimann, Laura Hoffmann, Isabelle Steiner, Florian Moser, Matthias Müller, Andrea Winzenried, Lukas Erni, Christine Müller und Roland Akeret. Ich gratuliere euch allen nachträglich ganz herzlich. Die Geburtstagsboten wurden im Vorfeld informiert. Ich bitte sie, für die Jubilaren und Jubilarrinnen in der Pause ein Geschenk auszusuchen.

Im Anschluss an die Sitzung lädt euch Vreni Remund zum Anstossen ein, da dies heute ihre letzte Parlamentssitzung ist.

Liebes Vreni, "Dankbarkeit ist das Gefühl, wenn sich das Herz erinnert". Ich finde, das passt, weil du einen besonderen Platz im Herzen von uns allen hast. Wir müssen uns von dir verabschieden und das ist ein schwieriger Moment, weil du das Könizer Parlament wie kaum eine andere Person geprägt hast. Das, obwohl du selber nie Mitglied des Parlament warst. Vreni, du verlässt uns etwas früher, als ursprünglich geplant und das macht uns umso mehr bewusst, wie gross diese Lücke ist, welche du hinterlässt. Deine Entscheidung, diesen Schritt zu gehen, respektieren wir natürlich, auch wenn wir dich und deine wertvolle Arbeit sehr vermissen werden. Deine Arbeitszeit endet zwar erst Ende August, du hast aber heute deine letzte Parlamentssitzung, welche du begleitest und ich verspreche dir, ich gebe mir heute Abend besonders Mühe. Du warst einerseits die gute Seele des Parlaments und andererseits warst du ein wandelndes Lexikon, welches uns jederzeit mit Wissen und Informationen zur Seite gestanden hat.

Du hast mit insgesamt 15 Parlamentspräsidien zusammengearbeitet und dabei stets die Fairness und Neutralität bewahrt. Auch wenn es dich ab und zu doch ziemlich gejackt haben muss, nicht mit zu debattieren, du warst ja selber lange Politikerin. Das ist eine Leistung, welche nicht nur bewundernswert ist, sondern auch beispielhaft. Ja, ein Könizer Parlament ohne Vreni ist schon ein bisschen unvorstellbar. Dein Engagement ist unermüdlich. Tag und Nacht warst du für uns erreichbar, egal, ob es eine dringende Frage war oder eine organisatorische Herausforderung oder es einfach nur um einen Rat ging. Deine Türen waren immer offen und du hattest stets ein Ohr für die Anliegen aller Mitglieder des Parlaments. Du hast es verstanden, eine Atmosphäre für das Parlament zu schaffen, in welcher sich alle willkommen und wertgeschätzt fühlen und du warst imstande, das schlimmste Lampenfieber mit den richtigen Worten zum Verschwinden zu bringen. Deine positive Ausstrahlung und deine Loyalität werden uns hier fehlen. Wir danken dir von ganzem Herzen für all diese Momente der Zusammenarbeit, für deine Geduld und deine Unterstützung. Du hast die Abläufe im Parlament optimiert und damit dazu beigetragen, dass das Könizer Parlament dort ist, wo es heute steht. Dein Puls wird noch viele Jahre in diesem Parlament spürbar bleiben. Wir wünschen dir für deinen neuen Lebensabschnitt alles Gute. Soll er dir ebenso viel Freude und Erfüllung bringen, wie du uns in all diesen Jahren geschenkt hast. So richtig verabschieden werden wir dich dann am Parlamentsausflug. Trotzdem möchten wir vom Parlamentsbüro dir heute Abend einen Blumenstrauss überreichen. Vielen Dank für alles.

Manchmal schafft man es auch, etwas am Drehbuch vorbei zu schreiben, ohne dass Vreni dies mitbekommt.

Es zirkuliert eine Liste mit den beiden Info-Anlässen Schloss Köniz vom 30.1.2024 und Wärmeverbünde vom 2.7.2024. Bitte macht bei eurem Namen einen Strich, wenn ihr teilgenommen habt, damit die Fachstelle eure Präsenzen erfassen kann. Schaut bitte, dass diese Liste bei allen vorbeikommt, das wäre wirklich wichtig.

Das Parlament hat die Änderungen des Geschäftsreglements an der letzten Sitzung auf 1.8.2024 in Kraft gesetzt. Es gelten unter anderem neue Redezeiten. Die Fachstelle Parlament hat euch am 12.8.2024 das überarbeitete Vademecum zugestellt. Im Anhang findet ihr eine Übersicht über die neu geltenden Redezeiten.

Bei mir wurden zwei Rücktritte gemeldet. Das waren einerseits Ursina Lehner und der Rücktritt von Michael Gerber. Von Michael Gerber lese ich euch gerne noch das Rücktrittsschreiben vor:

*"Liebe Parlamentspräsidentin, werter Gemeinderat, liebe Parlamentskolleginnen und -Kollegen und liebe anwesende Vertreterinnen und Vertreter der Könizer Gemeindeverwaltung, insbesondere von der Fachstelle Parlament! Mit grossem Bedauern bitte ich Euch heute, von meinem vorzeitigen Rücktritt aus dem Parlament der Gemeinde Köniz Kenntnis zu nehmen. Aufgrund meines umfangreichen Arbeitspensums, das in den letzten Monaten noch stetig angewachsen ist, habe ich mich schweren Herzens entschieden, meine Mitgliedschaft im Könizer Parlament noch vor Ablauf der Legislatur aufzugeben. Dieser Entscheid ist mir tatsächlich sehr schwer gefallen, denn die Arbeit im und für das Parlament hat mir stets sehr viel Spass gemacht. Doch ich will mein politisches Engagement auch nicht nur auf das Händehaben an den Parlamentssitzungen beschränken. Dafür bin ich nicht gewählt worden... Aber leider habe ich zurzeit keine Kapazität, mich darüber hinaus noch zu engagieren, und mache daher lieber Platz für jemanden, der dieses Amt besser ausfüllen kann, als ich es momentan kann. Dies wird Roger Tanner aus dem Liebefeld sein. Er eignet sich bestens für diese Aufgabe und wird bereits ab der Septembersitzung meinen Sitz übernehmen.*

*Ich möchte Euch auf diesem Weg ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten zweieinhalb Jahren danken! Ich finde wirklich, dass wir als Parlament gut zusammenarbeiten. Auch wenn wir hin und wieder unterschiedlicher Meinung sind, so bleiben die Debatten und das gegenseitige Verständnis doch eigentlich stets fair und konstruktiv. Und wenn es manchmal doch etwas hitziger wird, so können wir nach der Parlamentssitzung stets auch wieder zusammensitzen und ein Bier trinken. Dazu möchte ich Euch übrigens heute, nach der Sitzung, auch gerne noch einladen. Ihr müsst aber natürlich nicht unbedingt Bier trinken. Ich zahle einfach sehr gerne noch eine Runde zu meinem Abschied!*

*Positiv überrascht von meiner Wahl bin ich im Januar 2022 ins Könizer Parlament eingetreten. Ich erinnere mich gut an die ersten Sitzungen, die im Nachgang zur Corona-Pandemie noch in der OZK-Aula stattfanden, wo wir für Voten auf dem Podium jeweils Säcklein ums Mikrofon stülpen und anschliessend das Rednerpult desinfizieren mussten... Das scheint alles bereits so weit weg und doch sind seither erst gerade zweieinhalb Jahre vergangen.*

*Mein persönliches Highlight in meiner Parlamentszeit war aber natürlich mein damaliges Mandat als Präsident der Klimakommission.*

*Ich habe die konstruktive Arbeit in dieser Kommission sehr geschätzt und bin auch ein bisschen stolz, dass wir es – zusammen mit dem Gemeinderat – geschafft haben, eine gute Lösung zu finden und dem Parlament ein ambitioniertes, jedoch zugleich auch realistisch umsetzbares Klimaschutzreglement vorlegen konnten. Das Parlament hat dieser Vorlage sowie den Empfehlungen der Kommission dann auch mit grosser Mehrheit zugestimmt.*

*Dieses Beispiel zeigt, dass wir in der politischen Arbeit nie alleine zum Erfolg kommen können. Wir müssen stets andere überzeugen, Mehrheiten finden, zusammenspannen und Lösungen entwickeln, die für alle Beteiligten tragbar und umsetzbar sind. Und in diesem Parlament funktioniert dies auch wirklich! Auf diese Weise können wir auf Gemeindeebene auch tatsächlich mitsteuern und etwas bewirken.*

*Mich wird die Gemeindepolitik daher sicher auch künftig nicht loslassen und ich werde mich gerne auch wieder mehr engagieren, wenn ich wieder etwas mehr Zeit und Luft habe. Vielleicht hätte ich mit meinem Rücktrittsentscheid auch noch den Beschluss beim gerade aktuellen Geschäft zur «Stellvertretung im Parlament» abwarten sollen – aber, na ja, ich habe entschieden und gehe jetzt trotzdem – auch unabhängig davon, was das Parlament beschliesst [oder: letzte Woche beschlossen hat]... :-)*

*Last but not least, möchte ich meiner Fraktion und meiner Partei, der GLP Köniz, meinen ganz herzlichen Dank aussprechen! Sie haben mich schon seit den damaligen Wahlen getragen und unterstützt. Und dies obwohl mein Beitrag zum gemeinsamen Schaffen und Wirken gerade in letzter Zeit wohl eher bescheiden war, was mir sehr leid tut. Ich habe mich immer sehr wohl gefühlt in diesem Kreis und bin nach wie vor überzeugt, dass wir – nicht nur im übertragenen Sinn des Wortes – eine zentrale Rolle spielen in diesem Parlament. 1000 Dank für alles und weiterhin viel Erfolg!*

*Also, vielen Dank auch nochmals Euch allen hier im Parlament, Gemeinderat und in der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit sowie für Euren wertvollen Einsatz und den Gestaltungswillen für Köniz! Macht weiter so!"*

**Sandra Röthlisberger, EVP-GLP-Mitte-Fraktion, GLP:** Lieber Michael, "global denken, lokal handeln". Das war dein Wahlspruch 2021. Wie bei uns allen werden die Wahlversprechen nicht wortgetreu umgesetzt. Dein Handlungsfeld ist vorher und auch jetzt die globale Bühne. "Global denken, lokal handeln" – das ist auch der Grund, weshalb du uns verlässt: Zu wenig Zeit für beides. Wir lassen dich ziehen – ungern, aber mit viel Verständnis.

Michael, du hast ein Gespür für Menschen, du bist empathisch, du bist höflich und freundlich, du bist ein fröhlicher Mensch, du bist smart und denkst als Historiker ganzheitlich. Du bist bodenständig und nie abgehoben und du hast eine Passion, du brennst für die Sache. Und du hast an dich selber hohe Ansprüche. Mit diesen Eigenschaften bist du der perfekte Botschafter und Verhandler. Du hast für die Schweiz die Agenda 2030 auf globaler Ebene vertreten. Du hast die Nachhaltigkeitsziele SDG aber auch selber verinnerlicht. Drei Ziele möchte ich hervorheben:

- Ziel 11, Nachhaltige Städte und Gemeinden: Du weisst, dass die kommunale Ebene für die nachhaltige Entwicklung und für die kleinen effektiven Schritte entscheidend ist. Darum bist du auch da und hast bei all diesen Geschäften auch deine Nachhaltigkeitsgedanken eingebracht.
- Ziel 13, Massnahmen zum Klimaschutz: Ja, wir wissen es alle, du hast als Präsident der Klimakommission ein griffiges Klimaschutzreglement mitverantwortet und ja, du darfst darauf stolz sein. Du hast dein Verhandlungsgeschick für uns eingesetzt und du hast damit ein Herzensanliegen auf lokaler Ebene verankern können.
- Ziel 4, Hochwertige Bildung: Seit einem Jahr bist du für die Bildung, Forschung und Entwicklung wieder auf der globalen Bühne tätig. Du sorgst dafür, dass wir als Schweiz wieder an Europa angebunden werden, du öffnest Horizonte. Das ist eine sehr grosse Aufgabe und diese braucht deine volle Aufmerksamkeit.

Es würde noch 27 andere Ziele geben, zu welchen man etwas über dich sagen könnte, aber ich komme zum Dank: Danke, lieber Michael, für all das. Du wirst uns fehlen – und mir als deine Sitznachbarin. Ich habe dich seinerzeit im Kurhaus Bergün kennengelernt und nach einigen Gesprächen – und ich bilde mir ein, dass ich hier etwas Einfluss hatte – hast du die lokale Bühne betreten. Darum unser Geschenk ganz im Zeichen des lokalen Handelns: Ein geflochtener Korb mit feinen, lokalen Sachen darin. Du kannst ihn für Picknicks mit deiner lieben Familie brauchen, für deinen Einkauf im Laden in Mittelhäusern oder auch zum Flyern für deine Lieblingsparteien.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Nachdem das Wort weiter nicht mehr gewünscht wird, kommen wir zu den Entschuldigungen. Aus dem Parlament entschuldigt ist Jürg Mosimann. Fabienne Marti kommt etwas später. Vom Gemeinderat entschuldigt ist Hans-Peter Kohler. Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Der Aktenversand hat am 11. Juli 2024 stattgefunden. Das Protokoll der Sitzung vom 17.06.2024 ist seit 30.07.2024 online, das Protokoll der Sitzung vom 24.06.2024 ist seit 06.08.2024 online.

Wir kommen zu Traktandum 1, zur Traktandenliste. Beim Traktandum 11 handelt es sich um die Beantwortung einer Anfrage. Diese werden in Zukunft nicht mehr traktandiert sondern sie werden mit den Sitzungsakten verschickt. Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Dies ist nicht der Fall.

### **Beschluss**

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/63

### **Protokoll der Parlamentssitzung vom 17.6.2024** **Beschluss**

### **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

### **Beschluss**

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/64

### **Protokoll der Parlamentssitzung vom 24.6.2024** **Beschluss**

### **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

### **Beschluss**

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/65

## **Stellvertretung im Parlament, Änderung Gemeindeordnung und Änderung Reglement über Abstimmungen und Wahlen**

Beschluss und Botschaft, Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Das Parlament erklärte in seiner Sitzung vom 23. August 2021 die Motion «Vereinbarkeit und Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament» (V2106, Junge Grüne, Grüne) als Postulat erheblich. Der Vorstoss verlangt die Schaffung einer Rechtsgrundlage, welche es ermöglichen würde, dass sich die Mitglieder des Parlaments für eine gewisse Zeit (vorgeschlagen wurden drei bis neun Monate) im Parlament vertreten lassen könnten.

Gemäss dem Vorstoss soll die Stellvertretungsregelung festlegen,

- wer Stellvertreterin oder Stellvertreter sein kann (d.h. das Verfahren zur Nomination der Stellvertretungen),
- unter welchen sachlichen Voraussetzungen (Verhinderungsgründe) eine (befristete) Stellvertretung beansprucht werden kann,
- wie die Parlamentsmitglieder, die sich vertreten lassen, in den Kommissionen vertreten werden, und
- über welche Rechte (und Pflichten) die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter verfügen sollen.

Der Vorstoss wurde als Postulat erheblich erklärt. Angesichts der deutlichen Zustimmung zum Vorstoss und des allgemeinen Trends zur Einführung von Stellvertretungslösungen in Parlamenten unterbreitet der Gemeinderat dem Parlament einen ausgearbeiteten Entwurf für die Reglementsrevisionen, die für die Einführung einer Stellvertretung im Könizer Parlament erforderlich sind.

### **2. Grundzüge der Regelung**

#### **2.1 Stellvertretung bei längeren Abwesenheiten, keine Einzelvertretungen**

In der Diskussion des Vorstosses im Parlament ist angeregt worden, der Gemeinderat solle zwei verschiedene Stellvertretungsmodelle ausarbeiten: Ein Modell mit ständiger Stellvertretung (mit Suppleanten), welches eine jederzeitige, auch einzelfallweise Vertretung zulässt, und ein Modell für Stellvertretungen während längerer Abwesenheiten.

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament eine Regelung für Stellvertretungen bei längerdauernden Verhinderungen, wie dies auch dem Vorstosstext entspricht. Tatsächlich kennen insbesondere Westschweizer Kantone Stellvertretungslösungen, welche es erlauben, sich auch für einzelne Sitzungen (durch Personen auf Ersatzplätzen oder durch speziell gewählte Suppleantinnen oder Suppleanten) vertreten zu lassen. Das Könizer Parlament tagt indessen nicht in einem derart dichten Rhythmus, als dass es den Mitgliedern nicht zumutbar wäre, die Sitzungstermine im Voraus einzuplanen und grundsätzlich auch selbst wahrzunehmen. Nach Auffassung des Gemeinderats würden Stellvertretungen nur für einzelne Sitzungen der Funktion, den Aufgaben und der Verantwortung eines Parlaments nicht gerecht, da es für Ersatzleute kaum möglich wäre, sich sachgerecht in die Parlamentsarbeit und in die einzelnen Geschäfte einzuarbeiten. Hingegen anerkennt der Gemeinderat, dass es in ausserordentlichen, begründeten Fällen sinnvoll sein kann, dass ein Parlamentsmitglied für eine beschränkte Zeit eine Entbindung von den Rechten und Pflichten seines Mandats beanspruchen kann.

Die Stellvertretung wird im gleichen Verfahren bestimmt, das auch für die Nachnomination beim Ausscheiden eines Parlamentsmitglieds zur Anwendung kommt (Nachrücken).

#### **2.2 Stellvertretung nur bei begründeter Verhinderung**

Der Vorstoss geht davon aus, dass eine Stellvertretung nur möglich ist, wenn die Abwesenheit durch besondere Gründe gerechtfertigt ist.

Entsprechend macht er auch bereits gewisse Vorschläge für solche Gründe (Elternschaft, Krankheit, Pflege nahestehender erkrankter Personen, Weiterbildung und Auslandsaufenthalt). In der Diskussion im Parlament wurde allerdings auch angeregt zu prüfen, ob auf das Erfordernis des Vorliegens bestimmter Gründe verzichtet werden könnte.

Die vorgeschlagene Lösung sieht vor, dass die Stellvertretung besonders begründet werden muss. Nur dann, wenn die Verhinderung auf einen der reglementarisch erwähnten «wichtigen» Gründe zurückzuführen ist, kann das abwesende Parlamentsmitglied durch eine Stellvertretung ersetzt werden. Als wichtige Gründe werden anerkannt: Beginn der Elternschaft, Krankheit, Unfall, Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger in Notsituationen, längere Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen. Die Aufzählung ist abschliessend und nicht beispielhaft zu verstehen, d.h. sie kann nicht durch die Praxis erweitert werden. Namentlich nicht als wichtige Gründe anerkannt werden längere Ferientreisen, berufliche Auslandsaufenthalte oder Aus- und Weiterbildungen. Wer als gewählte Volksvertreterin oder gewählter Volksvertreter dem Parlamentsmandat – ausser bei Verhinderung durch einen der aufgelisteten Gründe – keine Priorität gegenüber anderen Verpflichtungen oder Wünschen einräumen kann oder will, soll nach Ansicht des Gemeinderats zurücktreten und gewählten Ersatzpersonen ermöglichen, sich im Parlament für die Gemeinden zu engagieren.

### **2.3 Vertretung im Büro und in Kommissionen?**

Ein Parlamentsmitglied, das sich vertreten lässt, ist unter Umständen auch Mitglied einer Kommission oder des Büros des Parlaments. Die stellvertretende Person soll im Parlament Einsitz nehmen, aber nicht im Büro oder in vom Parlament gewählten oder eingesetzten Kommissionen. Damit die Kräfteverhältnisse in den Kommissionen aber während einer Verhinderung nicht verändert werden, sollen die Fraktionsverantwortlichen (oder, wo eine Fraktion fehlt, die Listenverantwortlichen) ein gewähltes, amtierendes Parlamentsmitglied als Ersatz für die verhinderte Person bestimmen können.

### **2.4 Verankerung in Gemeindeordnung und RAW**

Die Stellvertretungsregelung betrifft den Kern des kommunalen Organisationsrechts und des Wahlrechts, geht es doch vorliegend darum zu regeln, ob und unter welchen Umständen Personen vertretungsweise die Funktion von (gewählten) Parlamentsmitgliedern übernehmen und entsprechende Beschlüsse für die Gemeinde fällen können. Der Gemeinderat hat bereits in seiner Antwort auf den Vorstoss im Zusammenhang mit den rechtlichen Rahmenbedingungen darauf hingewiesen, dass deshalb die Regelung eine hohe demokratische Legitimation erfordert und entsprechend in der Gemeindeordnung (GO) und im Reglement über die Abstimmungen und Wahlen (RAW) abgebildet sein muss. Der Gemeinderat unterbreitet deshalb dem Parlament je eine Teilrevision der GO und des RAW. Beide Teilrevisionen bedürfen der Zustimmung der Stimmberechtigten.

## **1. Die Einzelheiten der Regelung**

### **1.1 Gemeindeordnung (GO)**

#### *Art. 26 Wiederwählbarkeit*

Zu regeln ist, wie Abwesenheiten infolge einer Stellvertretung bezüglich der Amtszeitbeschränkung zu behandeln sind. Die Ergänzung von Artikel 26 Absatz 1 legt fest, dass die Zeit, während der ein Parlamentsmitglied vertreten wird, diesem an seine Amtszeit angerechnet wird. Wäre dies nicht der Fall, so würde die Möglichkeit bestehen, mit taktischen Abwesenheiten eine Wiederwählbarkeit über die vorgesehenen drei ganzen Amtsdauern hinaus zu verlängern.

Nicht angerechnet wird die Zeit der Person, welche die Stellvertretung ausübt. Sollte die vertretende Person dereinst ordentliches Mitglied des Parlaments werden, wäre sie bezüglich der Amtszeitbeschränkung wie ein neues Mitglied zu behandeln.

Absatz 3 dieser Bestimmung stellt klar, dass ein Parlamentsmitglied, das wegen Amtszeitbeschränkung nicht mehr regulär dem Parlamentsbüro oder einer Kommission angehören kann, trotzdem noch eine Stellvertretung in einem dieser beiden Gremien übernehmen darf. Oft werden gerade solche Parlamentsmitglieder prädestiniert sein für eine Stellvertretung, da sie mit der Arbeitsweise des Büros oder der Kommission bereits vertraut sind.

Die Präzisierung ist nötig, da für die Mitglieder von bestimmten Kommissionen (z.B. Geschäftsprüfungskommission sowie Finanzkommission) zum Teil kürzere Amtsdauern gelten.

#### *Art. 38a Stellvertretung*

Diese Bestimmung verankert den zentralen – und neuen – Grundsatz, dass sich Parlamentsmitglieder unter gewissen Umständen vertreten lassen können. *Absatz 1* hält die beiden Voraussetzungen fest, ohne diese bereits näher zu definieren: Einerseits ist eine Vertretung nicht kurzfristig und im Einzelfall möglich, sondern nur bei *längerdauernden Verhinderungen*. Andererseits muss die Verhinderung auf einen *wichtigen Grund* zurückgehen. Welche Gründe als wichtig gelten, um eine Stellvertretung auslösen zu können, wird in *Absatz 2* abschliessend aufgezählt.

Die «wichtigen Gründe» werden in *Absatz 2* abschliessend aufgezählt: Beginn der Elternschaft, gesundheitliche Gründe (Krankheit oder Unfall), Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger in Notsituationen sowie längere Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen. Die Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger muss durch eine besondere (Not-)Situation begründet sein. Kürzere Militär-, Zivilschutz- oder Zivildienstleistungen (z.B. Wiederholungskurse) berechtigten nicht zur Stellvertretung. Weitere Gründe (z.B. Weiterbildung, Auslandsreise etc.) gelten nicht als wichtige Gründe und berechtigen nicht zu einer Stellvertretung. Die meisten in Kraft stehenden oder diskutierten kantonalen Regelungen, die Stellvertretungen bei längeren Abwesenheiten zulassen, sehen vor, dass die Verhinderung durch einen besonderen Grund verursacht und gerechtfertigt sein muss. Auch der Vernehmlassungsentwurf für die Stellvertretungsregelung für das Parlament der Gemeinde Muri sieht eine Begründungspflicht vor.

Eine Stellvertretung kann mit *Elternschaft* begründet werden. Diese Möglichkeit steht somit beiden Elternteilen offen, wobei als väterlicher Elternteil auch Stief- und Adoptivväter gelten. Für soziale (d.h. nicht biologische), unverheiratete Väter wäre immerhin vorauszusetzen, dass eine feste, partnerschaftliche Beziehung in einer familiären Lebenssituation besteht. Als Eltern gelten nach schweizerischem Recht auch verheiratete gleichgeschlechtliche Paare.

*Absatz 2* spricht bewusst vom «Beginn der Elternschaft». Eine Stellvertretung soll Eltern während der ersten Lebensmonate eines neugeborenen Kindes entlasten können. Die Elternschaft beginnt grundsätzlich mit der Geburt eines Kindes. Die Regelung soll aber pragmatisch angewendet werden. Insbesondere für werdende Mütter dürfte allenfalls das Bedürfnis bestehen, einen arbeitsrechtlichen Mutterschaftsurlaub mit einer Auszeit im Parlament zu koordinieren und entsprechend die Stellvertretung bereits vor der Geburt beginnen zu lassen. Da sich die Möglichkeit einer Stellvertretung wegen Elternschaft auf deren *Beginn* beschränkt, besteht eine gewisse Parallele zu arbeits- bzw. personalrechtlichen Mutter- bzw. Vaterschaftsurlaubsregelungen, an denen sich die Stellvertretung orientieren kann. Eine beliebige spätere Beanspruchung einer Stellvertretung aufgrund der Elternschaft wäre vom Regelungszweck von *Absatz 2* nicht mehr gedeckt.

Stellvertretungen müssen gemäss *Absatz 3* mindestens drei Monate dauern. Kürzere Vertretungen machen wenig Sinn, da sie einerseits einen nicht unerheblichen Aufwand verursachen (Verfahren zur Bestimmung der Stellvertretung) und andererseits zu kurz sind, als dass sich die Vertretung angemessen einarbeiten könnte. Die Obergrenze für Vertretungen liegt bei sechs Monaten. Ist ein Parlamentsmitglied für eine über diese Dauer hinausgehende Zeitspanne verhindert, ist es sachgerecht, dass es zurücktritt, damit eine Ersatzperson mit der erforderlichen Verfügbarkeit und entsprechendem Engagement Einsitz nehmen kann.

Mit *Absatz 4* soll sichergestellt werden, dass ein Parlamentsmitglied mindestens drei Viertel einer Amtsperiode anwesend ist. Wie die Maximaldauer von zwölf Monaten aufgeteilt wird, wäre dem Parlamentsmitglied überlassen. Es wäre bspw. möglich, die Zeit auf drei Mutter- bzw. Vaterschaften à je vier Monate aufzuteilen. Mit der Bestimmung, dass während eines Jahres eine Abwesenheit von maximal sechs Monaten möglich ist, wird zudem sichergestellt, dass ein Parlamentsmitglied nicht zwei 6-monatige Stellvertretungen unmittelbar aneinanderreicht. Wer mehr als sechs Monate am Stück nicht zur Verfügung stehen kann, soll aus dem Parlament ausscheiden.

Die *Absätze 5 und 6* regeln, was bezüglich der Rechte und Pflichten des vertretenen bzw. des vertretenden Parlamentsmitglieds gilt. Grundsätzlich kommen den Stellvertretungen die gleichen Rechte und Pflichten zu wie den «normalen» Parlamentsmitgliedern.



Der einzige Unterschied besteht darin, dass sie nicht ins Parlamentsbüro oder in Kommissionen des Parlaments gewählt werden können. Sie können deshalb auch keine Vertretungen im Büro oder in Kommissionen für das vertretene Parlamentsmitglied übernehmen. Hingegen kann das abwesende Kommissionsmitglied von dessen Fraktion bzw. Liste (Wählergruppe) ersetzt werden durch ein anderes ordentliches Parlamentsmitglied (siehe dazu Art. 40, 41 Abs. 4 und Art. 42 Abs. 4). Somit bleiben die Kräfteverhältnisse in Büro und Kommissionen auch bei längeren Verhinderungen eines Mitglieds unverändert. Solange das vertretene Parlamentsmitglied abwesend ist, ruhen dessen Rechte und Pflichten.

Das Verfahren zur Bestimmung der stellvertretenden Person wird im Reglement über Abstimmungen und Wahlen geregelt. *Absatz 7* verweist auf diesen Erlass. Systematisch handelt es sich bei diesen Fragen um wahltechnische Aspekte, weshalb es sachlich angezeigt ist, die entsprechenden Vorschriften dort einzufügen.

#### *Artikel 40, 41 und 42 Büro, GPK und übrigen Kommissionen*

Da das verhinderte Parlamentsmitglied auch Mitglied des Büros, der GPK oder einer anderen parlamentarischen Kommission sein kann, ist auch zu regeln, wie die Vertretung in diesen Gremien gehandhabt wird. Die Artikel 40, 41 und 42 sollen je mit einem Absatz 4 ergänzt werden. Diese Ergänzungen regeln, wie die Stellvertretung im Büro, in der GPK und den Kommissionen nominiert wird. Die Person, die die Stellvertretung im Parlament für das verhinderte Mitglied übernimmt, kann nicht im Büro oder in Kommissionen des Parlaments Einsitz nehmen (Art. 38a Abs. 5). Es soll aber möglich sein, dass ordentliche Parlamentsmitglieder die Vertretung in diesen Gremien übernehmen. Die Bestimmung des Ersatzes soll den betroffenen Fraktionen oder allenfalls den Listen (Wählergruppen), soweit das vertretene Mitglied keiner Fraktion angehört, überlassen werden.

### **1.2 Reglement über Abstimmungen und Wahlen (RAW)**

Im Reglement über Abstimmungen und Wahlen ist das «Wahlverfahren» zu regeln, welches für die Bestimmung der vertretenden Person gilt. Da für dieses Verfahren grundsätzlich auf die gleichen Regeln abgestellt wird, die auch für die Bestimmung des Ersatzes bei (definitivem) Ausscheiden eines Mitglieds aus dem Parlament gelten (Nachrücken), soll der neue Artikel 50a direkt nach der Bestimmung über das Nachrücken ins RAW eingefügt werden.

*Artikel 50a Absatz 1* hält fest, dass die stellvertretende Person im gleichen Verfahren bestimmt wird, das auch für die Bestimmung von Ersatzpersonen gilt, wenn ein Parlamentsmitglied aus dem Parlament ausscheidet. Das bedeutet, dass die Ersatzpersonen auf der gleichen Liste in der Reihenfolge ihrer Stimmzahl, die sie bei den Wahlen erreicht haben, angefragt werden. Die Stellvertretung wird formal vom Gemeinderat bestätigt, wie dies auch für nachrückende Parlamentsmitglieder gilt. Das Parlamentsbüro ist jeweils zeitnah über die Bestätigung einer Stellvertretung zu informieren, damit das Parlament immer im Bild darüber ist, wer aktuell über die Rechte und Pflichten eines Parlamentsmitglieds verfügt.

Da der Gemeinderat wie beim Nachrücken eines Mitglieds auch bei der Stellvertretung zuständig ist, den Vorgang zu bestätigen, ist es auch an ihm, das Vorliegen eines wichtigen Grundes zu prüfen. Die Anforderungen an diese Prüfung sind allerdings nicht allzu hoch anzusetzen, sondern im Sinne einer Plausibilitätsprüfung zu verstehen. Es ist in erster Linie am Parlamentsmitglied, das eine Verhinderung geltend macht, den wichtigen Grund nachzuweisen. Im Übrigen stehen die Parlamentsmitglieder in der Öffentlichkeit: Die Angabe eines nicht zutreffenden Grundes für eine Verhinderung dürfte in der Regel kaum über längere Zeit verheimlicht werden können, mit den entsprechenden Reputationskonsequenzen für das betreffende Parlamentsmitglied. Der Aufwand für die Prüfung dürfte sich damit in Grenzen halten. Zudem hat der Gemeinderat auch beim Nachrücken als Folge des Ausscheidens von Parlamentsmitgliedern gewisse Überprüfungen vorzunehmen (z.B. Verzichtserklärungen, falls eine Ersatzperson das Amt nicht antreten will).

Enthält die Liste keine Ersatzpersonen mehr, so kommt Art. 49 RAW zur Anwendung: Die Listenverantwortlichen hätten dann die Möglichkeit, einen von zehn Personen unterzeichneten Ersatzvorschlag einzureichen. Diese Person würde dann vom Gemeinderat als Stellvertretung bestätigt.

Die sinngemässe Einhaltung des Nachrück- bzw. Ersatzwahlverfahrens für die Bestimmung der Stellvertretungen gewährleistet, dass die Personen, die stellvertretend im Parlament Einsitz nehmen, die gleiche demokratische Legitimation erhalten wie die ordentlichen Parlamentsmitglieder.

Angesichts des Umstandes, dass den Stellvertretungen die gleichen Rechte und Pflichten zustehen, erscheint dieses Vorgehen angemessen.

Verzichtet eine Ersatzperson darauf, ein verhindertes Parlamentsmitglied zu vertreten, so bedeutet das nicht, dass diese Ersatzperson nicht für ein ausscheidendes Parlamentsmitglied nachrücken kann. Es kann durchaus sein, dass es einer Ersatzperson aufgrund der aktuellen Umstände nicht möglich ist, eine Stellvertretung wahrzunehmen, dass diese Ersatzperson dann aber später ohne weiteres in der Lage und interessiert ist, definitiv ins Parlament nachzurücken. Ebenso bedeutet ein aktueller Verzicht auf die Stellvertretung nicht, dass diese Ersatzperson in einem späteren Vertretungsfall nicht mehr als Stellvertretung in Frage käme. Diese Fragen werden in Artikel 50a Absatz 2 geregelt.

Artikel 50a Absatz 3 schliesslich regelt die Folgen, wenn ein stellvertretendes Parlamentsmitglied während der Stellvertretung nachrückt, weil ein anderes Parlamentsmitglied ausscheidet oder weil das stellvertretende Mitglied nicht mehr zur Verfügung stehen sollte (z.B. wegen Krankheit, Wegzug etc.). Diesfalls kann – im gleichen Verfahren – eine neue Stellvertretung für das vertretene, immer noch verhinderte Parlamentsmitglied bestimmt werden. Vorausgesetzt wird allerdings, dass die Restdauer der Vertretung noch mindestens drei Monate beträgt; andernfalls lohnt sich der Aufwand nicht mehr.

## **2. Stellungnahme des Parlamentsbüros**

Der Gemeinderat hat das Parlamentsbüro zur Stellungnahme eingeladen. Der Gemeinderat hat den Grossteil der Kommentare übernommen und die Vorlage entsprechend überarbeitet.

## **3. Zeitplan**

In Einklang mit der Forderung in der Motion ist ein Inkrafttreten auf den Beginn der Legislatur, also auf den 1. Januar 2026 geplant.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:
  - 1.1. Der Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen wird zugestimmt.
  - 1.2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung.
2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 26. Juni 2024

Der Gemeinderat

## **Beilagen**

- 1) Reglement über Abstimmungen und Wahlen und Gemeindeordnung, Änderungsvorschläge
- 2) Entwurf Abstimmungsbotschaft
- 3) Stellungnahme Parlamentsbüro und Antwort des Gemeinderats

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Hier handelt es sich um einen Beschluss und eine Botschaft der Direktion Präsidiales und Finanzen. Ihr habt folgende Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Abstimmungsbotschaft sowie die Tischvorlage mit Abänderungsanträgen zur Gemeindeordnung und zur Abstimmungsbotschaft.

Zum Vorgehen: Zuerst hat der GPK-Referent das Wort, dann folgt die allgemeine Diskussion mit den Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder und dann der Gemeinderat. Dann gehen wir in die Detailberatung mit den Anträgen zu den einzelnen Artikeln, Reglementsänderungen oder Voten zu den Anträgen. Danach folgt die Abstimmung.

Wir haben dem Parlament am 12. August 2024 per Mail mitgeteilt, dass Anträge zu Reglementsänderungen und zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite wie üblich mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Wir bitten euch darum, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen, das erleichtert der Redaktionskommission die Arbeit.

**GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte:** Um was geht es? Im Sinne der Effizienzsteigerung im Parlament erzähle ich nicht alles, was hier im Papier steht, ich gehe davon aus, dass ihr dies alles gelesen habt. Ich erwähne einfach einige Punkte, welche mir wichtig erscheinen.

Das Parlament hat an seiner Sitzung vom 23. August 2021 die Motion "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament" der Jungen Grünen/Grünen als Postulat erheblich erklärt. Der Vorstoss hat die Schaffung einer Rechtsgrundlage verlangt, welche es ermöglichen würde, dass sich Mitglieder des Parlaments für eine gewisse Zeit im Parlament vertreten lassen können. Gemäss Vorstoss soll diese Stellvertreterregelung festlegen

- wer Stellvertreter oder Stellvertreterin sein kann,
- unter welchen sachlichen Voraussetzungen eine befristete Stellvertretung beansprucht werden kann,
- wie Parlamentsmitglieder, welche sich vertreten lassen, in der Kommissionen vertreten sein sollen,
- über welche Rechte und Pflichten die Stellvertreterinnen und Stellvertreter verfügen sollen.

Der Vorstoss wurde wie gesagt als Postulat erheblich erklärt. Der Gemeinderat unterbreitet uns jetzt einen ausgearbeiteten Entwurf für die Revision der Gemeindeordnung und des RAW's. Das ist das, was es alles braucht, um die Einführung einer Stellvertretung im Könizer Parlament zu ermöglichen.

Der Kern der Anpassungen des kommunalen Organisations- und Wahlrechts ist folgender: Es wird geregelt, unter welchen Umständen sich Parlamentsmitglieder von einer Person, welche ausserhalb des Parlaments steht und damit nicht durch die Bevölkerung gewählt ist, vertreten lassen kann. Das betrifft eigentlich den Kern eines demokratischen Willensbildungsprozesses und darum ist eine hohe Legitimation zu diesen Beschlüssen notwendig. Aus diesem Grund braucht es für diese Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über die Abstimmungen und Wahlen die Zustimmung der Stimmberechtigten.

Zum Inhalt: Die Mitglieder des Parlaments sollen sich vertreten lassen können, wenn sie wegen wichtigen Gründen länger verhindert sind. Als wichtige Gründe gelten Elternschaft, Krankheit, Unfall, Pflege und Betreuung von nahestehenden Angehörigen in Notsituationen sowie längere Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen. Diese Aufzählung ist abschliessend. Die stellvertretende Person soll im Parlament Einsitz nehmen und über die gleichen Rechte und Pflichten wie ein ordentliches Mitglied verfügen. Stellvertretende sollen aber nicht Mitglied des Parlamentsbüros oder Mitglied in vom Parlament gewählten oder eingesetzten Kommissionen sein können. Die Fraktion kann hier ein abwesendes Kommissionsmitglied mit einem anderen ordentlichen Parlamentsmitglied ersetzen, so dass die Kräfteverhältnisse in den Kommissionen unverändert bleiben.

Zur Nomination der Stellvertretung: Die Stellvertreter sollen die gleiche demokratische Legitimation erhalten, wie die ordentlichen Parlamentsmitglieder. Darum sollen die gleichen Regeln gelten, wie beim Nachrücken. Wenn also ein Mitglied aus dem Parlament zurücktritt, dann kommen als Ersatz Personen der gleichen Wahlliste in Frage. Sie werden in der Reihenfolge der Stimmenzahl, welche sie bei den Wahlen erreicht haben, angefragt. Danach werden sie durch den Gemeinderat bestätigt. Das gleiche Verfahren soll auch bei den Stellvertretungen gelten.

Dann noch zur Beratung in der GPK: Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Informationen und Unterlagen für einen Entscheid vorliegen.

Der Referent, also ich, wird beauftragt, im Votum zu erwähnen, dass der Gemeinderat die Erläuterungen zu Artikel 38a, Abs. 2, wie folgt umformulieren will: Anstelle von "Als Vater gilt auch ein Stief- oder Adoptivvater" soll es neu heissen: "Als Eltern gelten auch Stief- oder Adoptiveltern."

Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Ziffer 1 des Gemeindeantrags zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war 4 dafür, mit 1 Enthaltung.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat dem Parlament Änderungen zur Abstimmungsbotschaft beantragen will, ihr findet diese auf der Tischvorlage. Die erste Änderung betrifft die Stellvertreterlösung in anderen Gemeindewesen und die Umformulierung des Satzes "Im Kanton Bern wurden 2020 zwei Motionen zu einer Stellvertretungsregelung für den Grossen Rat abgelehnt." Das ist Punkt 2 auf der Tischvorlage. Die zweite Änderung findet ihr unter Punkt 3 auf der Tischvorlage und betrifft Seite 5 der Abstimmungsbotschaft.

Die GPK beantragt dem Parlament die folgende Änderung des Titels der Abstimmungsbotschaft: Neu soll es heissen: "Stellvertretung im Parlament, Teilrevision der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen". Auch dieser Antrag ist auf der Tischvorlage so enthalten, das Abstimmungsergebnis hierzu war einstimmig.

Der letzte Punkt: Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Botschaft an die Stimmberechtigten mit der beantragten Änderung des Titels und dem Wortlaut der Abstimmungsfrage zuzustimmen. Dieses Abstimmungsergebnis hierzu war ebenfalls einstimmig.

## Allgemeine Diskussion

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Simon Stocker, Junge Grüne:** Wir leben nicht mehr in der Zeit, wo im Parlament nur Männer sitzen und die Frauen zu Hause schauen, dass die Männer genügend Zeit am Abend haben. Heute gibt es zum Glück unterschiedlichste Lebensentwürfe und Bedürfnisse. Es ist ein wichtiges Anliegen für die Demokratie, dass für das Mandat, welches wir hier betreiben, zeitgerechte Regeln gelten. In dem Sinne möchte ich dem Gemeinderat für die Erarbeitung dieses Geschäfts danken. Es ist nicht selbstverständlich, dass aus einem Postulat schlussendlich eine Abstimmungsvorlage erarbeitet wird. Das Geschäft ist unseres Erachtens sehr gut ausgereift und es wurde an viele wichtige kleine Details gedacht.

Wie der GPK, ist natürlich auch uns aufgefallen, dass der Vorschlag, welcher der Gemeinderat hier macht, nicht mehr vollständig mit dem ursprünglichen Motions- oder Postulatstitel übereinstimmt. Der Beruf wird vom Gemeinderat nicht als wichtiger Grund anerkannt und so ist nur die Vereinbarkeit mit der Familie, aber nicht mit dem Beruf in der Lokalpolitik gegeben.

Darum komme ich auch gleich zu unserem schriftlichen Antrag: Die Grüne Fraktion hätte es begrüsst, wenn es wie in der Stadt Bern, keine bevormundende Prüfung unserer "wichtigen Gründe" durch den Gemeinderat gegeben hätte. "Wichtige Gründe" sind individuell anders und sollten so anerkannt werden. Jedes Parlamentsmitglied trägt genügend Selbstverantwortung und kann beurteilen, wann eine Stellvertretung Sinn macht und wann es an der Zeit ist, zurückzutreten.

Wir sehen aber ein, dass dies nicht mehrheitsfähig wäre und schlagen deshalb vor, dass zumindest eine Aus- oder Weiterbildung als wichtiger Grund anerkannt wird. Die entsprechende Formulierung inkl. Antrag zur Anpassung der Abstimmungsbotschaft – nein, das kommt dann am Schluss – liegen euch schriftlich vor.

Es ist ein Volksanliegen, dass die Gesellschaft repräsentativ vertreten ist und auch junge Menschen sich engagieren können. Wenn ich in den Raum schaue, erfüllen wir diesen Anspruch leider nicht. Die Parlamentsarbeit ist für Junge nicht sonderlich attraktiv. Wenn jemand weiss, dass sie oder er in einem Jahr oder zwei ein Auslandssemester machen möchte, ist dies bereits Grund genug, ein solches Mandat nicht anzunehmen. Aber auch für ältere Menschen kann eine intensive Umschulung zu einem anderen Beruf dazu führen, dass während einer gewissen Zeit zu wenig Kapazität für das Parlament da ist. Und dann wären wohl alle froh, wenn eine Stellvertretung erlaubt ist. Sei es die Person selber, die Fraktion – welche mehr Brain Power und Kapazität ihrer Mitglieder hat – oder auch das ganze Parlament und die Kommissionen.

Wir bitten euch: Packen wir jetzt die Chance und machen die Parlamentsarbeit auch für jüngere Menschen etwas attraktiver. Eine spätere Anpassung der Gemeindeordnung – wir haben es gehört, es muss vor das Volk – kommt sehr teuer und darum machen wir das bereits jetzt und nicht mit einem Nachtrag. Und schlussendlich profitiert auch das Parlament von gut aus- und weitergebildeten Mitgliedern, welche dann tendenziell auch länger bleiben – Michael, du hast es gesagt, vielleicht wärst du auch länger geblieben.

Ich komme zu den Argumenten für die Abstimmungsbotschaft:

Pro:

- Stärkung der Demokratie durch weniger Abwesenheiten im Parlament.
- Erhöhung der Kontinuität im Parlament. Erfahrene Parlamentarier:innen bleiben tendenziell länger im Parlament.
- Die Vereinbarkeit von Lokalpolitik und Familie wird gestärkt.
- Als Stellvertretung erhalten mehr Menschen einen Einblick in die Lokalpolitik.

Und, falls unser Antrag angenommen wird, kommen noch diese Argumente hinzu:

- Das Parlament profitiert von Aus- und Weiterbildungen seiner Mitglieder.
- Die Parlamentsarbeit wird insbesondere für junge Menschen attraktiver.

Da die Junge Grüne/Grüne-Fraktion einstimmig zustimmen wird, nennen wir keine Gegenargumente. Bezüglich GPK: Diesen Antrag unterstützen wir. Das Postulat werden wir im nächsten Traktandum abschreiben. Den Abänderungsanträgen des Gemeinderates - wobei ich zu den Formulierungen noch gerne gehört hätte, warum diese nötig sind - stimmen wir zu, mit Ausnahme des Antrags 2, bezüglich der Ausformulierung, was der Grosse Rat gemacht hat.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Franziska Adam, SP Frauen:** Wir haben hier ein Geschäft, das dem Zeitgeist entspricht. Die Parlamentsarbeit ist spannend aber vor allem zeitlich sehr anspruchsvoll. Und wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind immer wieder gefordert, alles unter einen Hut zu bringen. Das ist nicht immer einfach. Deshalb dankt die SP/JUSO-Fraktion den Jungen Grünen und den Grünen für ihren Vorstoss und dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Umsetzung und Anpassung des Reglements.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gleicher Meinung wie die Verwaltung und findet, dass die Umsetzung möglichst einfach und effizient geschehen soll. Zudem sind wir einverstanden, dass Stellvertretungen gemäss Absatz 2 bei Elternschaft, aus gesundheitlichen Gründen, bei Pflege und Betreuung Angehöriger und bei längeren Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen anerkannt werden. Wir haben den Antrag der Grünen und Jungen Grünen für zusätzliche Gründe wie Aus- und Weiterbildungen diskutiert und die Mehrheit wird den zusätzlichen Gründen zustimmen, wie sie auf der Tischvorlage aufgeführt sind. Eine Minderheit möchte das Fuder mit zusätzlichen Gründen zur Stellvertretung nicht überladen.

Als Fraktion erleben wir jetzt schon, dass in der laufenden Legislatur zahlreiche Personen vor allem wegen Mehrfachbelastungen zurückgetreten sind. Bis jetzt haben wir in unserer Fraktion glücklicherweise immer Nachfolgerinnen und Nachfolger gefunden. Wenn jetzt noch die Suche nach Stellvertretungen dazu kommen, wird dies die Suche noch komplexer machen. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass die Kriterien für eine Stellvertretung klar eingegrenzt werden. Wenn die Belastung zu gross wird, soll das Parlamentsmitglied zurücktreten. Uns ist aber wichtig, dass diese Stellvertretungen rasch und unkompliziert umgesetzt werden können. Denn z.B. die Pflege von Angehörigen muss oft von einem Tag auf den anderen organisiert werden.

Unsere Pro-Argumente für die Abstimmungsbotschaft lauten wie folgt:

- Die Auflistung der Gründe für eine Stellvertretung sind abschliessend und sinnvoll.
- Die Vereinbarkeit der Parlamentsarbeit funktioniert besser mit dieser Stellvertretungsregel.
- Diese Regelung entspricht einem modernen gesellschaftlichen Bedürfnis und hilft der Vereinbarkeit von politischen Ämtern und dem Privatleben.
- Die Regelung der Stellvertretung entlastet die Parlamentsmitglieder.

Contra:

- Es wird einen erhöhten administrativen Mehraufwand für die Verwaltung und die Fraktionen geben.

Die SP/JUSO-Fraktion wird den Anträgen der GPK zur Änderung der Abstimmungsbotschaft und des Titels zustimmen. Zudem stimmt die SP/JUSO-Fraktion den Erläuterungen und Abänderungsanträgen des Gemeinderates zur Abstimmungsbotschaft zu.

Mit all diesen Änderungen werden wir den Anträgen zu den Punkten 1.1. zur Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen, sowie zu Punkt 1.2. zum Entscheid, dass der Gemeinderat den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt und zu Punkt 2. der Genehmigung der Botschaft, zustimmen.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dementsprechend das Traktandum 5 "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie" abschreiben.

**Fraktionssprecher FDP, Mark Kobel:** Ich danke als erstes ebenfalls dem Gemeinderat für diesen ausführlichen und detaillierten Entwurf zu dieser Reglementsrevision. Tatsächlich wurden bei diesem vorgelegten Entwurf sehr viele gute Gedanken, spannende Ideen und stichhaltige Gründe verarbeitet, um so eine mögliche Stellvertretung im Parlament überhaupt zu ermöglichen. Die Fraktion der FDP.Die Liberalen hat in ihrem Vorgespräch zur heutigen Parlamentssitzung diese Arbeit auch entsprechend gewürdigt.

Nach einer sehr langen und intensiven Diskussion sind wir aber zum Schluss gekommen, dass wir diese Änderungen der Gemeindeordnung und die Änderung im Reglement über Abstimmungen und Wahlen ablehnen. Die ganze Idee und das ganze Geschäft entspricht einfach im Grundsatz nicht unseren Vorstellungen von einer Ausführung und Gestaltung eines Mandats als Parlamentarier in Köniz. Sobald sich heute nämlich jemand aktiv in der Politik engagiert und sich als Kandidat, als möglicher Parlamentarier auf eine Liste setzen lässt, muss er sich der möglichen Konsequenzen bewusst sein. Schlicht gesagt, wer einmal A sagt, muss dann auch B einhalten. Wird man durch das Volk gewählt, gilt es, die erworbenen Pflichten genau so zu erfüllen, wie mögliche Vorteile zu geniessen.

Eine Stellvertretungsregelung entspricht in unseren Augen nicht diesem Prinzip der Volkswahl. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich bei den Wahlen einerseits sicherlich für eine Partei, für eine Ideologie oder für ein Programm, andererseits ist aber doch gerade auf Stufe der Gemeindepolitik die Person, der Kopf für die Wahl, entscheidend. Kenne ich diese Person? Habe ich Zugang zu dieser Person? Vertritt mich diese Person in politischen Fragen richtig? Das sind doch die Fragen, welche sich die Wähler stellen, wenn sie auf kommunaler Ebene, die Leute auswählen.

Die FDP.Die Liberalen erachten einen Stellvertreter als nicht legitimiert. Aus unserer Sicht wird auch das Nachrücken eines Vertreters in das Parlament viel komplizierter und unübersichtlicher. Kann sich künftig ein Ersatzkandidat zuerst als Stellvertreter bestimmen lassen, um dann nach einer gewissen Zeit, entweder fix dem Parlament anzugehören oder sich ohne weitere Konsequenzen nach Lust und Laune wieder zurückziehen? Im Weiteren bezweifeln wir auch die Effektivität des Stellvertreters. Jeder hier weiss doch genau, dass der Einfluss und seine Mitarbeit im Parlament und in der Fraktion in den ersten sechs Monaten noch nicht so wahnsinnig effektiv war. Eine gewisse produktionsfreie Einführungszeit kann man einfach nicht vermeiden und mit der Zeit hätte man dann nur noch Leute, welche produktionsfrei hier sitzen. Die neuen Änderungen in der Gemeindeordnung und im Reglement über Abstimmungen und Wahlen, rufen auch Unsicherheiten hervor und sind absolut nicht notwendig.

Wir appellieren an die Eigenverantwortung der gewählten Parlamentarier, einerseits möglichst lückenlos an den Sitzungen teilzunehmen oder andererseits bei anderen wichtigen Gründen, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und aus dem Parlament auszutreten. Dieser Schritt schliesst übrigens eine spätere Wiederwahl nicht aus.

Ich fasse unsere Contras kurz zusammen:

- Die Änderungen zur Stellvertretung im Parlament in der Gemeindeordnung und im Reglement über Abstimmungen und Wahlen führen zu vermehrtem administrativen Sonderaufwand,
- entsprechen nicht dem Prinzip einer Volkswahl,
- führen zu mangelnder Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit,
- generieren Unsicherheiten bei Fragen zum Nachrücken ins Parlament und
- sind absolut kein Gewinn für unseren Parlamentsbetrieb.

Der Abschreibung des Postulats Junge Grüne/Grüne werden wir zustimmen.

**Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried:** Wir waren doch etwas erstaunt, dass auf ein Postulat gleich eine fixfertige Vorlage und Abstimmungsbotschaft auf den Tisch kommt und wir stellen fest, dass es bei solchen Vorlagen je nach Gusto unglaublich schnell geht oder eine längere Geschichte wird. Erfreut hat uns aber, dass diese Vorlage des Gemeinderates doch moderat und pragmatisch daher kommt.

Unfälle und Krankheiten kommen ungeplant und überraschend. Dass man dann den Kopf und seine Energie für Wichtigeres braucht, ist uns allen klar. In diesen Situationen soll man sich nicht mit Fraktions- und Parlamentssitzungen herumschlagen müssen. Auch bei einer Elternschaft soll man Zeit mit seiner Familie und Kindern ungestört und frei geniessen können, denn diese Zeit geht tatsächlich viel zu schnell vorbei. Bei längeren Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen, welche ja Leistungen für unser Land und für unsere Gesellschaft sind, ist diese Stellvertretung auch legitim. Für die genannten Situationen kann man eine Stellvertretung im Parlament auch aus unserer Sicht als zweckmässig anschauen.

Längere Ferien oder berufliche Weiterbildungen sollen unbedingt gemacht werden können, aber für solche Fälle braucht es keine Stellvertretung.

Parlamentssitzungen, an welcher alle 40 Mitglieder anwesend sind, sind doch eher selten und darum sind wir der Meinung, dass wir uns nicht zu wichtig nehmen sollten, denn es ist doch nur ein Gemeinderat und wenn jemand von uns an einigen Sitzungen fehlt, dann geht die Welt nicht unter und die Fraktionen werden auch nicht gleich ihre Macht im Parlament verlieren. Zudem verursachen diese Vertretungen doch einen gewissen Verwaltungsaufwand, es gibt eine gewisse Unruhe im Parlament und in den Kommissionen einen Mehraufwand für die anderen Mitglieder und eine fehlende Konstanz, falls diese Stellvertretungen viel genutzt würden.

Wir von der SVP-Fraktion können uns durchringen und diesem Gemeinderatsvorschlag zum Teil so zustimmen, werden aber den Abänderungsvorschlag der Grünen ablehnen. Und sollte dieser angenommen werden, lehnen wir die ganze Vorlage ab.

#### Unser Pro:

- Es ist eine Entlastung in aussergewöhnlichen Lebenssituationen.

#### Unsere Contras:

- Es ist ein Aufwand für die Verwaltung.
- Fehlende Konstanz in den Kommissionen.
- Unruhe im Parlament.

Der Abschreibung im nächsten Traktandum stimmen wir zu.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Toni Eder, Die Mitte:** Jetzt nochmals als Fraktionsvotum und auch hier: Als Effizienzsteigerungsmassnahme, erzähle ich nicht alles, was bereits erzählt worden ist, nochmals.

Ganz kurz, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu und dankt für die gute und schnelle Arbeit.

Das überzeugendste Pro-Argument ist, dass damit die Vereinbarkeit der Lokalpolitik mit den persönlichen Lebensumständen verbessert wird. Es ist wichtig, dass dadurch nicht eine einseitige Auswahl von Parlamentsmitgliedern geschieht.

Dagegen spricht, dass ohne die Wählenden zu fragen, Änderungen in der Parlamentszusammensetzung vorgenommen werden. Wahlen betreffen den Kern des demokratischen Willensbildungsprozesses, ich habe dies in meinem GPK-Votum bereits gesagt, darum ist mit den Änderungen sorgfältig umzugehen. Die Idee, dass nach Gutdünken und in der Verantwortung jedes Parlamentsmitgliedes einfach beschlossen werden kann, sich vertreten zu lassen, das geht nicht und die EVP-GLP-Mitte-Fraktion würde dem nicht zustimmen. Die Wählenden müssen davon ausgehen können, dass diejenigen, welche sie gewählt haben, sich im Parlament voll und ganz einsetzen. Auf x Wahlbroschüren steht, "ich werde mich einsetzen für ..." und das müssen die Wählenden auch kennen.

Der Vorschlag der Grünen, dass man die beruflichen Gründe dazu nimmt, das ist für die Mitte-Fraktion nachvollziehbar und wird auch unterstützt.

Ich komme zum Schluss: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates, mit der Änderung der Grünen, mit den Änderungen des Gemeinderates und dem GPK-Antrag zu.

Dann noch zum Traktandum 5: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt auch hier dem Antrag des Gemeinderates zu, das Postulat abzuschreiben.

**Simon Stocker, Junge Grüne:** Entschuldigung, ich habe dies zuvor falsch gesagt, die grüne Fraktion wird alle Anträge des Gemeinderates zur Abstimmungsbotschaft unterstützen.

Und dann noch kurz an jene, welche Zweifel geäussert haben, insbesondere die FDP: Ich verstehe, dass diese Wahl als Politiker auch eine persönliche Wahl sein kann und auch ich habe mich dazu bereit erklärt, mich für dieses Parlament einzusetzen. Aber genau eine solche Stellvertretung wird es ermöglichen, dass jemand, welcher gewählt ist, vielleicht noch länger bleiben kann. Und was du Toni Eder noch gesagt hast: Ein Parlamentsmitglied kann ohne Wahl oder ohne das Volk zu fragen, auch einfach zurücktreten und dann rutscht genau eine gleiche Person nach und diesen Effekt sehe ich hier aus Sicht des Volkes nicht anders.

Und auch noch an die kleine Minderheit in der SP, an jene Leute, welche Angst haben, dass es hier Schwierigkeiten gibt, neue Leute zu finden: Dort kommt der gleiche Mechanismus zum Tragen. Längerfristig wird dies ja stabilisiert, indem jemand zurücktritt oder sich vertreten lässt, dann muss man nicht gleich oder immer wieder jemand Neues finden. Zudem bekommt jemand, welcher jemanden vertritt, bereits einen Einblick und so wird sich dies stabilisieren und unter dem Strich definitiv eine bessere Balance für die Fraktion geben.

**Selin Lopez, FDP:** Mir ist noch ein weiteres Contra-Argument durch den Kopf gegangen, welches nicht genannt worden ist: Und zwar ist für kleinere Fraktionen die Stellvertretung durch die verbliebenen Parlamentsmitglieder in den Kommissionen eher schwierig zu meistern insbesondere in Anbetracht der Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie. Wenn man dann in zwei Kommissionen arbeitet, dann ist das intensiv, und in kleinen Fraktionen muss man dann je nachdem in zwei Kommissionen vertreten sein. Ob dies wirklich zielführend ist, ist sehr fraglich. Also: Obacht, dies könnte sogar eher eine Verschlechterung für den Rest einer kleineren Fraktion darstellen. Bedenkt dies also bitte auch noch.

**David Müller, Grüne:** Dazu will ich noch kurz etwas erwidern. Damit wir uns nicht missverstehen: Es gibt keinen Zwang zur Stellvertretung. Die Fraktionen bzw. die Personen sind immer noch frei, diese Möglichkeit wahrzunehmen oder nicht, sprich, wenn dies wirklich so schlimm ist, dann appelliere ich hier an die Verantwortung der Fraktionen, dies mit ihren Leuten zu besprechen.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Ich danke dem GPK-Referenten ganz herzlich für die gute und komplette Präsentation des Geschäfts. Da muss ich nichts mehr hinzufügen. Ich würde aber gerne noch einige andere Bemerkungen machen:

Ihr habt gehört, wir haben gemäss diesem überwiesenen Vorstoss des Parlaments eine Vorlage für diese Stellvertretungen ausgearbeitet. Die SVP-Fraktionssprecherin fand, dass sei etwas schnell gegangen. Das kann sie nicht wissen, denn sie war damals noch gar nicht im Parlament, aber ich habe euch vor einem Jahr eine Fristverlängerung für dieses Anliegen beantragt und wollte damals zwei Jahre Fristverlängerung, weil meine Antwortfrist bereits abgelaufen war. Ihr habt damals nur ein Jahr gewährt und dieses Jahr ist jetzt vorbei. Und wie bei allen anderen Geschäften hält sich der Gemeinderat auch hier an die von euch vorgegebene Frist.

Bei dieser Fristverlängerung habe ich ins Feld geführt, dass viele andere Gemeinden aktuell daran sind, eine Vorlage auszuarbeiten und wir einerseits etwas überlastet sind, weil wir sehr viele Vorstösse haben und andererseits gerne von diesen Erfahrungen profitieren wollten. Wir haben dies jetzt trotzdem versucht, auch wenn dies in den anderen Gemeinden erst in der Umsetzung oder noch am Entstehen ist, doch wir konnten trotzdem etwas davon profitieren, von dem, was in anderen Berner Gemeinden im Moment debattiert wird. Und da hat man auch gesehen, dass es ganz verschiedene Art und Weisen gibt, von Gründen und von Fristen und wir haben euch jetzt hier einen sehr pragmatischen Weg vorgelegt. Dies, weil wir der Meinung sind, dass es im Alltag praktikabel sein muss, dass es nicht zu viel Aufwand generieren sollte, aber dass trotzdem alle relevanten Bereiche abgedeckt sein sollten, damit das, was euer Anliegen war, damit wir Stellvertretungen im Parlament anbieten und so das Milizamt attraktiver machen können.

Ich danke der GPK insgesamt für die gute und konstruktive Auseinandersetzung mit dieser Vorlage. Wir haben dank eurer Rückmeldungen diese Anträge, welche ihr hier seht, noch beschlossen. Das haben wir mit der GPK auch so vereinbart, so wie dies der GPK-Referent gesagt hat.

Das eine ist schlicht und einfach etwas, was stehen geblieben ist, denn als wir dieses Postulat ursprünglich vor drei Jahren beantwortet haben, damals wurde dies im Kanton Bern noch abgelehnt. Inzwischen hat es aber im Jahr 2023 eine Neuerung gegeben und dieser Textbaustein wurde nicht adaptiert und es wäre gut, wenn ihr dies annehmt, denn dann ist die Botschaft korrekt.

Beim dritten und vierten Antrag ist schlicht ein Redaktionsfehler passiert, weil wir "den Gemeinderat" drin gelassen haben. Das ist selbstverständlich in der Botschaft nicht mehr richtig. Es ist eure Botschaft und dort mussten wir "den Gemeinderat" rausnehmen. Das waren noch zwei Überbleibsel.

Zum Abänderungsantrag 1, zur Anpassung des Titels, das konnten wir im Gemeinderat nicht mehr besprechen, doch ich sehe nichts, was dem widersprechen würde. Es ist schlicht und einfach verständlich wenn steht: "Stellvertretung im Parlament" und nicht der ursprüngliche Titel des Postulats als Titel geführt wird. Da sehe ich keine Schwierigkeiten.

Zum Abänderungsantrag der Grünen/Junge Grünen hat der Gemeinderat ebenfalls keine Diskussion geführt. Vielleicht kann ich nochmals unsere Gründe sagen, warum wir auf eine sehr eingeschränkte Anzahl Gründe gekommen sind: Eine Begründung, war, dass es klar sein soll, in welchen Fällen dies zum Tragen kommt und damit dies ein pragmatischer Weg für Köniz ist, aber – und das muss ich auch sagen – es ist eure Organisation, wie ihr funktionieren wollt und darum müsst ihr am Schluss sagen, was für euch stimmt. Danke vielmals für die gute Aufnahme.



## Detailberatung

Keine Wortmeldungen

### Beschluss Abänderungsantrag Grüne/Junge Grüne zu Art. 38a Abs. 2 Gemeindeordnung

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der Fraktion Grüne/Junge Grüne zu:

<sup>2</sup>Als wichtige Gründe gelten Beginn der Elternschaft, Krankheit oder Unfall, **Aus- und Weiterbildung**, Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger in Notsituationen sowie längere Militär, Zivilschutz und Zivildienstleistungen.

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 13 dagegen)

### Beschluss Antrag an die Stimmberechtigten (Schlussabstimmung)

1. Mit 26 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:
  - 1.1. Der Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen wird zugestimmt.
  - 1.2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung.

### Beschluss Abänderungsantrag Abstimmungsbotschaft GPK

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zu:  
 Titel der Abstimmungsbotschaft neu: **Stellvertretung im Parlament**

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

### Beschluss Abänderungsantrag Gemeinderat zu Abstimmungsbotschaft, S.5

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag des Gemeinderats zu:

S. 5, Kapitel "Stellvertretungslösungen in anderen Gemeinwesen": Im Kanton Bern wurden 2020 zwei Motionen zu einer Stellvertretungsregelung für den Grossen Rat abgelehnt. **In der Frühlingssession 2023 befasste sich der Grosse Rat erneut mit dem Thema: er nahm einen Vorstoss zur Stellvertretungsmöglichkeit während des Mutter- oder Vaterschaftsurlaubs (Elternzeit) als Motion, eine solche während krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheit als Postulat an. Weitere Gründe für eine Stellvertretung wie Militär- und Zivildienst, oder arbeits- oder studienbedingte, bzw. freiwillige Abwesenheit lehnte er ab<sup>1</sup>.**

<sup>1</sup> Vgl. Geschäfts-Nr. 2022.RRGR.222 / Motion 128-2022

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

### Beschluss Abänderungsantrag Gemeinderat zu Abstimmungsbotschaft S. 5

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag des Gemeinderats zu:

S. 5, Kapitel "Die Könizer Vorlage: ~~Der Gemeinderat hat die verschiedenen kantonalen und kommunalen Modelle geprüft und hat sich bei der Ausgestaltung der Vorlage an den Bedürfnissen der Gemeinde Köniz orientiert.~~

Die verschiedenen kantonalen und kommunalen Modelle wurden geprüft und bei der Ausgestaltung der Vorlage wurde auf die Bedürfnisse der Gemeinde Köniz geachtet.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

### **Beschluss Abänderungsantrag Gemeinderat zu Abstimmungsbotschaft S. 5**

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag des Gemeinderats zu:

~~Der Gemeinderat erachtet es weiter als sinnvoll, von den Parlamentsmitgliedern eine Begründung für ihre Abwesenheit zu verlangen.~~

Weiter ist es sinnvoll, von den Parlamentsmitgliedern eine Begründung für ihre Abwesenheit zu verlangen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

### **Beschluss Antrag Parlamentspräsidentin**

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der Parlamentspräsidentin zu:

Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Abstimmungsbotschaft aufgrund der beschlossenen Änderung von Art. 38a Gemeindeordnung zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

### **Beschluss Abstimmungsbotschaft (Schlussabstimmung)**

Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden mit folgendem Vorbehalt genehmigt:

Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Abstimmungsbotschaft aufgrund der beschlossenen Ergänzung von Art. 38a Abs. 2 Gemeindeordnung zu überarbeiten und endgültig festzulegen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

PAR 2024/66

### **V2106 Postulat (Junge Grüne, Grüne) "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

#### **1. Ausgangslage**

Das Parlament hat am 23.8.2021 die Motion V2106 (Junge Grüne, Grüne) "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament" als Postulat erheblich erklärt. Der Vorstoss fordert eine Stellvertretungsregelung für Parlamentsmitglieder. Diese solle bei besonders begründeten Abwesenheiten zur Anwendung gelangen.

In seiner Antwort hat der Gemeinderat Vor- und Nachteile einer Stellvertretungsregelung für Parlamentsmitglieder sowie ähnliche Regelungen bzw. Regelungsprojekte in Kantonen und anderen Gemeinden aufgeführt. Als Fazit stellt der Gemeinderat fest, dass eine solche Regelung zulässig ist, dass diese aber nicht durch eine Anpassung des Geschäftsreglement des Parlaments (GRP) erfolgen kann. Es benötigt hierfür eine Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements für Abstimmungen und Wahlen (RAW), weshalb die Motion in ein Postulat umgewandelt werden müsse.

Zugleich hat sich der Gemeinderat in seiner Antwort einen gewissen Spielraum bei der Ausgestaltung der Regelung vorbehalten, um gewisse Fragen vertieft abzuklären und dabei auch Überlegungen und Vorschläge ähnlicher Gesetzgebungsprojekte in anderen Berner Gemeinden zu berücksichtigen. An der Sitzung vom 15. Februar 2023 hat das Parlament die Erfüllungsfrist bis am 23. August 2024 verlängert.

Parallel zum vorliegenden Abschreibungs-Antrag wird dem Parlament an der Sitzung vom 18. August 2024 eine Vorlage inkl. Botschaft z.H. der Stimmberechtigten vorgelegt. Damit ist der Auftrag des Vorstosses 2106 umgesetzt.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 26. Juni 2024

Der Gemeinderat

## **Beilagen**

Postulat (Junge Grüne, Grüne) V2106, "Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament", Beantwortung

## **Diskussion**

Keine Wortmeldungen

## **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Abschreibung)

PAR 2024/67

**Zukunft Schloss Köniz: Gründung der Stiftung Schloss Köniz; Kredit Einschuss in das Stif-  
tungskapital; Abgabe Baurecht; Kredit Sanierung Ritterhaus**  
Kredit und Botschaft; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Das Schloss Köniz ist das historische Zentrum von Köniz. Es prägt das Ortsbild und hat eine starke identitätsstiftende Wirkung für die gesamte Gemeinde. Aufgrund seiner geschichtlichen Bedeutung ist das Schloss Köniz im Bauinventar des Kantons Bern als schützenswert eingestuft (Kat. A) und ist im Schweizerischen Kulturgüterschutzinventar als Objekt mit nationaler Bedeutung aufgeführt (geschützt durch RRB 2730 vom 18.10.1995; Bund seit 1966).

#### **1.1. Geschichte und Erwerb des Schlossareals**

Erste Funde eines frühmittelalterlichen Gräberfelds im Bereich von Schloss und Kirche werden auf 8./9. Jahrhundert datiert. Im Verlaufe der Jahrhunderte wechselte das Gebäudeensemble mehrmals die Besitzer und wurde mehrfach erweitert, umgebaut und umgenutzt.

Bis 1996 war das Schlossensemble im Eigentum des Kantons Bern, zuletzt genutzt als Mädchenheim Köniz. Am 1.12.1996 stimmte die Könizer Stimmbevölkerung einem Kauf des Schloss Köniz (Parzelle Köniz / 9574: Haberhuus, Chornhuus, Schüür, Rossstall, Schlosshof) sowie einem Sanierungskredit zu. Die Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz erwarb gleichzeitig die Kirche, das Pfarrhaus mit Ritterhuus und das Waschhaus (Parzelle Köniz / 9568).

## 1.2 Aufbau des Kultur- und Begegnungszentrums

Als Legislaturziel formulierte die Gemeinde Köniz 1996 die "Realisierung eines Kultur- und Begegnungszentrums möglichst im Schloss Köniz". In der Folge wurde am 24. Juni 1997 der Verein "Kultur- und Begegnungszentrum HaberHuus" gegründet und die Gemeinde schloss mit dem Verein eine erste Leistungsvereinbarung für die Jahre 1998-1999 ab. Gleichzeitig wurde das Haberhuus umgebaut und es entstanden ein Bistro- und Kulturraum sowie Unterrichtsräume für die Musikschule Köniz. Die Gemeinde erhöhte die Subventionen für den Verein ab dem Jahr 2000 von 50'000 auf 90'000 Franken für die nächsten Jahre, ab 2004 abgesichert mit jeweils vierjährigen Leistungsverträgen.

Über die Jahre konnte sich der mittlerweile umgetaufte Verein "Kulturhof Schloss Köniz" als Kulturveranstalter und Vermieter der Räumlichkeiten etablieren. 2016 wurde der Verein Kulturhof Schloss Köniz als regional bedeutende Kulturinstitution anerkannt und profitierte in der Folge von der neuen tripartiten Förderung durch die Gemeinde Köniz, den Kanton Bern und die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, ergänzt durch einen bilateralen Leistungsvertrag mit der Gemeinde Köniz.

2008 eröffnete die Stiftung Schulmuseum Bern in Köniz im Haberhuus das bekannte Schulmuseum Bern mit einem historischen Klassenzimmer und einem Ausstellungsraum.

## 1.3 Erhalt des Rosstalls

Auf der Grundlage der 2001 erlassenen Richtlinien für die Erhaltung, Wiederherstellung, Ergänzung und Nutzung der Schlossliegenschaft verabschiedete der Gemeinderat 2006 das "Konzept Schloss Köniz". Es beinhaltete verschiedene Optionen für die Weiterentwicklung der verschiedenen Gebäude, darunter auch den Rossstall. Da dieser in einem sehr schlechten baulichen Zustand war und nicht mehr betreten werden durfte, beschloss die Gemeinde den Abbruch des Rosstalls. Dieser Entschluss provozierte Widerstand aus der Bevölkerung und es formierte sich der Verein "Rossstall". Das Ziel war der Erhalt und die Nutzbarmachung des Rosstalls. Die private Initiative war erfolgreich und 2008 konnte der Verein den baufälligen Rossstall von der Gemeinde im Baurecht für einen symbolischen Baurechtszins übernehmen und baute ihn in der Folge mit privaten Geldern und viel Freiwilligenarbeit zum heute bekannten Zustand um und übergab ihn dem neuen Verein "Kulturhof Schloss Köniz" zur Bewirtschaftung. Die Abgabe des Rosstalls im Baurecht an eine private Trägerschaft ist ein positives und erfolgreiches Beispiel für die Entwicklung und Nutzung von gemeindeeigenen Bauten durch Dritte.

## 1.4 Initiierung Spezialzone "Schloss Köniz"

Ab 2006 wurde ein intensiver Prozess gestartet um die weitere Entwicklung des Schlossareals auch baurechtlich abzusichern. Die Ende 2011 vom Volk verabschiedete und 2012 in Kraft getretene überarbeitete Grundordnung enthält die Spezialzone "Schloss Köniz". Die Zone schaffte die Voraussetzung, damit sich das Schlossareal zu einem regionalen Begegnungs- und Kulturzentrum mit eigener Identität im beabsichtigten Rahmen entwickeln konnte. Dank der Schlosszone ist die notwendige Rechtssicherheit für die zukünftige Entwicklung vorhanden und lässt für die Realisierung vielfältige Möglichkeiten offen. Und sie bringt die gewünschte Flexibilität unter Berücksichtigung des behutsamen und qualitativ hochstehenden Umgangs mit dem Baudenkmal Schloss Köniz.

## 1.5 Ritterhuus

2017 erwarb die Gemeinde Köniz das 1. OG, 2. OG und den Dachstock des Ritterhuus' (Köniz Gbbl. Nr. 9568-3) von der Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz (Parlamentsbeschluss vom 1. Mai 2017). Die Ev.-refl. Kirchgemeinde hatte bereits über 5 Mio. CHF in die Sanierung von UG, EG und Teile des 1. OG investiert und hatte selber keine Verwendung für die weiteren Räumlichkeiten. Mit dem Erwerb dieser Räumlichkeiten plante die Gemeinde Köniz eine Sanierung und spätere Nutzung durch die Musikschule Köniz, was aber nicht umgesetzt wurde. Die unsanierten Räumlichkeiten im Ritterhuus sind in einem schlechten Zustand und es ist aktuell keine Nutzung möglich.

### 1.6 Prozess Stiftung Schloss Köniz

Seit 1996 gab es mehrere Versuche der Gemeinde Köniz, das Schlossareal zu entwickeln und damit das grosse Potenzial zu nutzen, das die verschiedenen Gebäude und das Schloss-Ensemble als Ganzes bietet. So ist der bauliche Zustand der Gebäude mit Ausnahme des Rossstalls, Teile des Ritterhuus' und einzelner Räume im Chornhuus sanierungsbedürftig, einzelne Gebäudeteile im Chornhuus und Ritterhuus sind gar nicht nutzbar. Für eine Weiterentwicklung des Schlossensembles ist die Sanierung der Gebäude und Räumlichkeiten elementar.

Folgerichtig hat der Gemeinderat im Legislaturplan 2022-2025 das Ziel 1.3 "Das Schlossareal als Kultur- und Begegnungsort für die ganze Gemeinde stärken" verankert. Als Massnahme wird u.a. die Gründung einer Stiftung und Betriebsorganisation aufgeführt.

Auch das Parlament wurde aktiv: mit dem Postulat V2024 vom 3. Mai 2021 "Schlossentwicklung: Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?" wurde der Gemeinderat mit der Abklärung beauftragt, welche Finanzierungsmöglichkeiten für die Schlossentwicklung existieren. In der Beantwortung vom 5.12.2022 legte der Gemeinderat dar, dass eine gemeinnützige Stiftung die geeignetste Rechtsform für die Weiterentwicklung des Schlossareals ist und dass er die Abteilung Immobilien und die Fachstelle Kultur am 22.6.2022 beauftragt hat, die Vorbereitungsarbeiten zur Gründung einer Stiftung Schloss Köniz voranzutreiben. Das Postulat wurde in der Folge einstimmig abgeschrieben.

In Zusammenarbeit mit Stiftungszentrum.ch GmbH, Bern startete im Sommer 2022 ein mehrstufiger Prozess zur Evaluation der Machbarkeit der Gründung der Stiftung Schloss Köniz, in dem alle Stakeholder des Schlosses involviert waren.

Die Erkenntnisse aus der Befragung waren:

- Es wird eine gemischte Stiftung (öffentlich/gemeinnützig) favorisiert;
- Einzelne Stakeholder können sich eine Mitarbeit im Stiftungsrat vorstellen;
- 4 Organisationen sehen die Möglichkeit als Stifter:in zu agieren;
- die Gemeinde wird Stifterin und langfristige Kooperationspartnerin durch Errichtung eines Baurechts sowie ein Einschuss in das Stiftungskapital;
- die Gemeinde wird langfristige Partnerin im Rahmen des Baurechtsvertrages mit genau definierten Rechten und Pflichten mit der Stiftung als Baurechtsnehmerin.

Aufgrund der positiven Rückmeldungen erteilte der Gemeinderat der Fachstelle Kultur den Projektauftrag "Gründung Stiftung Schloss Köniz" und am 22.02.2023 beschloss der Gemeinderat, eine gemeinnützige Stiftung Schloss Köniz zu gründen und beschloss, dem Parlament und der Stimmbbevölkerung zu beantragen, die vier Gebäude Chornhuus, Haberhuus, Schlossschüür und Rossstall sowie den Schlosshof (Köniz Gbbl. Nr. 9574) im Baurecht an die neue Stiftung zu übertragen. In der Folge wurden die nötigen Abklärungen zu Eigentums- und Nutzungsverhältnissen getroffen und die Vertragsverhältnisse abgeklärt und wo nötig bereinigt. Am 5.7.2023 genehmigte der Gemeinderat die Unterlagen für das Vorprüfungsverfahren bei der Steuerverwaltung des Kantons Bern und der Stiftungsaufsicht (Stiftungsurkunde, Organisations- und Governancestruktur) und beschloss die Absicht einer Einschussfinanzierung in das Stiftungskapital in der Höhe von CHF 4.5 Mio. Nach erfolgreichen Gesprächen mit der Kirchgemeinde Köniz beschloss der Gemeinderat zudem, auch die Stockwerkeinheiten des Ritterhuus' (Köniz Gbbl. Nr. 9568-3) sowie den Schlosspark (Köniz Gbbl. Nr. 89) im Baurecht zu übertragen. Die Ev.-ref. Kirchgemeinde wird ihre Stockwerkeinheiten des Ritterhuus' (Köniz Gbbl. Nr. 9568-2 und Gbbl. Nr. 9568-4) – unter Vorbehalt der Genehmigung durch die finanzkompetenten Organe bzw. die Kirchgemeindeversammlung - ebenfalls im Baurecht an die Stiftung übertragen. Zusätzlich beschloss der Gemeinderat, dem Parlament und der Stimmbbevölkerung zu beantragen, die Stockwerkeinheiten der Gemeinde im Ritterhuus zu sanieren, damit die Stiftung diese Räumlichkeiten anschliessend nutzen kann.

Im März 2024 schloss die kantonale Steuerverwaltung die Vorprüfung mit einer positiven Einschätzung ab und im April lag ein Vorentscheid der Stiftungsaufsichtsbehörde vor. Zudem liegen die Entwürfe für die Baurechtsverträge und Nutzungsvereinbarungen vor.

## 2. Stiftungsgründung

Wie unter Ziffer 1.5 erwähnt, ist der bauliche Zustand einzelner Gebäude schlecht und sie sind zum Teil stark sanierungsbedürftig. Es existiert viel ungenutztes bauliches Potenzial. So sind beispielsweise eine vergrösserte Restauration, Ausstellungsräume, eine wintertaugliche Schüür oder Sitzungs- und Kongressräume denkbar.

Der Finanzbedarf für eine entsprechende umfassende Sanierung ist enorm, Schätzungen gehen von CHF 15 bis 25 Mio. aus. Dies wäre für die Gemeinde Köniz kaum finanzierbar, da die Gemeinde in den nächsten Jahren viele weitere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Strassen, Wasserleitungen etc. tätigen muss. Private steuerbefreite Trägerschaften wie die vorgesehene gemeinnützige Stiftung Schloss Köniz sind in der Lage, private und öffentlichen Gelder zu akquirieren, die für eine Gemeinde nicht oder nur schwer zugänglich sind. Dazu zählen Spenden und Zuwendungen von Privaten und Stiftungen sowie Gelder aus dem Lotteriefonds des Kantons Bern. Ähnliche Projekte wie z.B. das Schloss Burgdorf zeigen, dass eine Stiftung als Trägerschaft erfolgreich zusätzliche private und staatliche Mittel für Renovationen und Werterhaltung generieren kann.

Neben Beiträge für Sanierungen von geschützten Objekten führt der Kanton Bern eine Liste für wiederkehrende Beiträge an schützenswerte K-Objekte wie z.B. das Schloss Burgdorf, Schloss Laupen oder Schloss Spiez. Objekte, die auf dieser Liste sind, erhalten jährliche Beiträge für Instandhaltung und Unterhalt. Voraussetzung für die Aufnahme auf die Liste ist eine private, steuerbefreite Trägerschaft. Zudem muss das jeweilige Kerngebäude (im Falle des Schloss Köniz das Ritterhuus) im Eigentum der Trägerschaft sein, welche Fördermittel beantragt. Aus diesem Grund übertragen die Kirchgemeinde und die Gemeinde Köniz auch das Ritterhuus im Baurecht an die zukünftige Stiftung. Nach einem vorgängigen Gesuchsprozess entscheidet der Regierungsrat des Kantons Bern im Vierjahresrhythmus über die Aufnahme und Entlassung von Objekten auf die Liste. 2028 entscheidet der Regierungsrat über die wiederkehrenden Beiträge für die Instandhaltung und einmaligen Beiträge für die Instandsetzung aus dem Lotteriefonds an die Baudenkmäler für die Jahre 2029-2032. Bis Ende 2027 muss dafür ein entsprechendes Gesuch eingereicht sein.

Für den Betrieb und Unterhalt aller Gebäude braucht es eine starke und stabile Trägerschaft. Eine Stiftung hat gegenüber anderen Rechtsformen den Vorteil, dass durch den Stiftungszweck der Handlungsspielraum dauerhaft bestimmt werden kann und die durch die Stifterinnen im Rahmen des Stiftungszweckes vorgesehene Nutzung auch durchgesetzt wird. Die im Schloss seit Jahren aktiven Organisationen sollen durch die Stiftung nicht ersetzt werden, sondern im Gegenteil eine zusätzliche starke Partnerin erhalten, die die baulichen und betrieblichen Grundlagen bereitstellt, um ein attraktives, vielfältiges und lebendiges Kultur- und Begegnungszentrum zu ermöglichen.

## 2.1 Stiftungsurkunde und Stifterinnen

Die Stiftungsurkunde ([Beilage 2](#)) wurde in Zusammenarbeit mit der Ev.-ref. Kirchgemeinde und auf der Grundlage des Evaluationsprozesses erstellt und im Herbst 2023 fertiggestellt. Stifterinnen der Stiftung sind neben der Gemeinde Köniz die Ev.-ref. Kirchgemeinde, der Verein Rossstall und die Stiftung Schulmuseum Bern in Köniz. Die vier Stifter:innen sind für das Schloss Köniz prägend. Die Gemeinde Köniz und die Ev.-ref. Kirchgemeinde tragen als Eigentümerinnen des Schlosses die Verantwortung für die Weiterentwicklung und Nutzung der Gebäude. Dem Verein Rossstall ist der Erhalt des Rossstalls zu verdanken und ist aus Sicht der Gemeinde ein erfolgreiches Vorbild für die Stiftung Schloss Köniz. Die Stiftung Schulmuseum Bern mit ihrer nationalen Ausrichtung gibt mit der Rolle als Stifterin ein starkes Bekenntnis zum Standort Schlossareal Köniz und zur Gemeinde Köniz ab.

## 2.2 Stiftungszweck

Die Stiftung hat eine gemischt-öffentliche und gemeinnützige Zwecksetzung. Sie soll auf der Grundlage ihrer öffentlichen und gemeinnützigen Zweckausrichtung steuerbefreit sein und sie wird Vorhaben im Rahmen ihrer Stiftungstätigkeit verfolgen, die der breiten Öffentlichkeit zugutekommen und handelt nicht gewinnorientiert. So bezweckt sie unter anderem, das Schloss Köniz als schützenswertes Kulturgut von nationaler Bedeutung für zukünftige Generationen zu erhalten und der gesellschaftlichen, kulturellen sowie anderweitigen Nutzung durch die Öffentlichkeit und Private zugänglich zu machen.

## 2.3 Vertretung der Gemeinde in der Stiftung

Die Gemeinde kann ihre Interessen am Schlossareal über Jahre hinweg wahrnehmen: durch das Baurecht, ihre Stellung als Baurechtsgeberin und eine von der Gemeinde Köniz in den Stiftungsrat delegierte Person.

Die Stiftungstätigkeit und der Stiftungszweck werden auf der Grundlage der Stiftungsurkunde von der Gemeinde Köniz und in Absprache mit der Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz als Stifterinnen definiert. Damit kann sichergestellt werden, dass die kulturellen, kirchlichen, soziokulturellen und gemeinnützigen Aktivitäten im Schlossareal langfristig zugunsten der Gemeindebevölkerung und der breiten Öffentlichkeit gesichert sind.

## 2.4 Stiftungsrat

Der Gemeinderat hat in Zusammenarbeit mit der Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz die folgenden Personen als Stiftungsrätinnen und -räte für die neu zu gründende Stiftung Schloss Köniz ernannt:

Hans Traffelet, Präsident  
 Iris Widmer, Mitglied Stiftungsrat  
 Herbert Mössinger, Mitglied Stiftungsrat  
 Sandra Lagger als Delegierte der Gemeinde Köniz  
 Roland Röthlisberger als Delegierter der Evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Köniz

Nach der Gründung der Stiftung Schloss Köniz kann der Stiftungsrat weitere Mitglieder selbst bestimmen.

## 3. Baurechtsverträge

Die heutigen Eigentumsverhältnisse im Schloss Köniz sind wie folgt ([Beilage 3](#)):

Gemeinde Köniz, alleiniges Eigentum:

- Parzelle 9574 mit Haberhuus, Chornhuus, Schüür, Rossstall, Schlosshof, Schafsstall und Schreinerei
- Parzelle 89 mit Schlosspark und ehem. Leichenhalle (Gebäude Nr. 21)
- Stockwerkeinheit 9568-3 mit 1. OG bis Dachgeschoss Ritterhuus

Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz, alleiniges Eigentum:

- Stockwerkeinheit 9568-1, Waschhaus
- Stockwerkeinheit 9568-2 mit Erdgeschoss, Nebenräume Ritterhuus
- Stockwerkeinheit 9568-4, Ritterkeller
- Stockwerkeinheit 9568-5, Erdgeschoss Pfarrhaus
- Stockwerkeinheit 9568-6, 1. OG Pfarrhaus
- Stockwerkeinheit 9568-7, 2. OG und Dachgeschoss Pfarrhaus
- Kirche

Die Gemeinde Köniz beabsichtigt folgende im alleinigen Eigentum befindlichen Parzellen und Gebäude auf dem Schlossareal im Baurecht an die zu gründende, gemeinnützige Stiftung Schloss Köniz übertragen ([Beilage 3](#)):

- Parzelle 9574 mit Haberhuus, Chornhuus, Schüür, Rossstall, Schlosshof, Schafsstall und Schreinerei
- Parzelle 89 mit Schlosspark und ehem. Leichenhalle
- Stockwerkeinheit 9568-3 mit 1. OG bis Dachgeschoss Ritterhuus

Die Ev.-ref. Kirchgemeinde beabsichtigt folgende im alleinigen Eigentum befindlichen Stockwerkeinheiten im Baurecht an die zu gründende Stiftung Schloss Köniz übertragen:

- Stockwerkeinheit 9568-2 mit Erdgeschoss, Nebenräume Ritterhuus
- Stockwerkeinheit 9568-4, Ritterkeller

Im alleinigen Eigentum der Ev.-ref. Kirchgemeinde verbleiben die Kirche, das Pfarrhaus und das Waschhaus.

Die im Baurecht zu übertragenden Parzellen und Gebäude bilden eine bauliche Einheit und werden schon heute, wo möglich, vom Verein Kulturhof Schloss Köniz bewirtschaftet.

3.1 Baurechtsvertrag Nr. 1 ([Beilage 4](#)) betreffend Köniz-Grundbuchblatt Nr. 9574 Schlossareal und Köniz-Grundbuchblatt Nr. 89 Schlosspark

Folgende Gebäude und Sachanlagen werden im Baurecht übertragen:

Köniz-Grundbuchblatt Nr. 9574 (Restwerte sind per 31.12.2023 ausgewiesen)

Gebäude:

Chornhuus: Restwert 226 895.10 CHF

Haberhuus: Restwert 0 CHF

Schlossschüür: Restwert 0 CHF

Rossstall/Baurecht: Restwert 2 000 CHF

Sachanlagen:

Erwerb und Sanierung Schloss Köniz: Restwert 500 000 CHF

Parkplätze Schloss: 100 000 CHF

Köniz-Grundbuchblatt Nr. 89

Schlosspark: Restwert 0 CHF

Leichenhaus: Restwert 0 CHF

Gesamthaft beträgt der Restwert der Gebäude und Sachanlagen 828 895.10 CHF. Dieser Betrag wird per Ende 2025 abgeschrieben und der Erfolgsrechnung der Gemeinde Köniz 2025 belastet.

Der Baurechtszins ist mit CHF 1 Franken pro Jahr symbolisch. Der Gemeinde ist als Baurechtsgeberin ein Vorrecht für eine limitierte Anzahl Nutzungen vorbehalten. Diese werden in einer separaten Nutzungsvereinbarung geregelt. Die Laufzeit des Baurechtsvertrages beträgt 99 Jahre. Die Grundlage für den Heimfall betragen 50% des Verkehrswerts, wobei bei der Bewertung der bauliche Zustand der einzelnen Gebäude, das Alter, die weitere Verwendungsmöglichkeit, die bauliche Gesamtkonzeption sowie schwergewichtig der Ertragswert der einzelnen Gebäude angemessen zu berücksichtigen sind. Das Baurecht soll nach der Gründung der Stiftung frühestens per 1.1.2025 errichtet werden.

Der Verein Rossstall ist im Moment Baurechtsnehmer des Gebäude Rossstall. Der Verein Rossstall ist Stifter der Stiftung Schloss Köniz und stiftet das zu seinen Gunsten errichtete Baurecht gegen Übernahme der darauf lastenden Grundpfandschulden bzw. Hypothek. Im Rahmen einer Aufhebungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Köniz und dem Verein Rossstall ([Beilage 5](#)) und unmittelbarer Neuerrichtung eines umfassenden selbständigen dauernden Baurechts zwischen der Gemeinde Köniz und der Stiftung wird das Gebäude Rossstall nach der Gründung in die Stiftung eingebracht werden. Da die Neuerrichtung des Baurechts zeitlich unmittelbar mit der Aufhebung des vorstehenden Baurechts des Rossstalls zusammenfällt, entstehen für die Gemeinde Köniz in Bezug auf den Rossstall mit Ausnahme der Aufhebungs- und Errichtungskosten keine weiteren Kosten.

3.2 Baurechtsvertrag Nr. 2 ([Beilage 6](#)) betreffend Köniz-Grundbuchblatt Nr. 9568

Folgende Gebäude und Sachwerte der Gemeinde Köniz werden im Baurecht übergeben:

Köniz-Grundbuchblatt Nr. 9568-3 Obergeschoss bis Dachgeschoss im Ritterhuus

Stockwerkeinheiten Ritterhuus: Restwert 983 000 CHF

Der Restwert wird per Ende 2025 abgeschrieben und der Erfolgsrechnung 2025 belastet. Die Gemeinde Köniz hat als Baurechtsgeberin ein Vorrecht für eine limitierte Anzahl Nutzungen von Räumen im Gebäude Nr. 9568. Diese werden in einer separaten Nutzungsvereinbarung geregelt. Der Baurechtszins ist mit CHF 1 Franken pro Jahr symbolisch. Die Laufzeit beträgt 99 Jahre. Die Grundlage für den Heimfall betragen 50% des Verkehrswerts, wobei bei der Bewertung der bauliche Zustand der einzelnen Gebäude, das Alter, die weitere Verwendungsmöglichkeit, die bauliche Gesamtkonzeption sowie schwergewichtig der Ertragswert der einzelnen Gebäude angemessen zu berücksichtigen sind. Das Baurecht soll per 1.1.2025 errichtet werden

Die Ev.-ref. Kirchgemeinde beabsichtigt ihrerseits zwei Stockwerkeigentumseinheiten Köniz Grundbuchblatt Nr. 9568-2, Erdgeschoss im Ritterhuus und Nebenräumen im Erdgeschoss und Untergeschoss und Nr. 9568-4, Ritterkeller im Untergeschoss im Ritterhuus, einzubringen.

Die Einbringung der Gebäudeeinheiten erfolgt grundbuchtechnisch durch Aufhebung der heutigen Stockwerkeinheiten (Köniz-Grundbuchblatt Nrn. 9568-1 bis 9568-7), Umwandlung in gewöhnliches Miteigentum, Parzellierung (Abtrennen von Pfarrhuus/Wöschhuus und Überführen in Alleineigentum der Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz). So umfasst das Grundstück 9568 nur noch das Ritterhuus samt Umland, und dieses Grundstück wird im Baurecht an die Stiftung abgegeben ([Beilage 7](#)).

#### 4. Einschuss in das Stiftungskapital

Die Stiftung Schloss Köniz steht vor grossen Herausforderungen. Einerseits gilt es den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten und das kulturelle und soziokulturelle Angebot zu stärken und zu erweitern. Andererseits ist der Sanierungsbedarf der Gebäude Chornhuus, Haberhuus und Schlossschür zum Teil sehr hoch.



Diese bedeutende Finanzierung wird die Stiftung über Einnahmen, Spenden, grössere Donationen und öffentliche Mittel wie z. B. Beiträge aus dem Lotteriefonds des Kantons Bern tätigen müssen. Die Stiftung muss aufgebaut werden und die Finanzierung für den Betrieb und Unterhalt der sanierungsbedürftigen Gebäude soll langfristig im Rahmen einer umsichtigen Finanzplanung gesichert werden. Diese Aufbauarbeit benötigt organisatorische und personelle Ressourcen und damit auch finanzielle Mittel. Zudem muss der laufende Betrieb sichergestellt werden und es fallen im Rahmen des ordentlichen Unterhalts der Gebäude umfassende Unterhaltsarbeiten an. Im Moment rechnet man mit einer Übergangszeit von drei bis vier Jahren, bis sich die Stiftung vollständig selbst finanzieren kann. Der Einschuss der Gemeinde Köniz in das Stiftungskapital in der Höhe von 4.5 Millionen Franken wird für die Finanzierung dieser Übergangszeit als Anschubfinanzierung benötigt.

## 5. Kredit Sanierung Ritterhuus

Die Gemeinde hat die Stockwerkeinheiten im Ritterhuus 2017 mit der Absicht erworben, die Räumlichkeiten zu sanieren und anschliessend zu nutzen. Die Sanierung wurde aber aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt. Auch in die anderen Gebäude des Schlosses wurde lange nur wenig durch die Gemeinde investiert, mit dem Resultat, dass viele nicht nutzbare Raumflächen vorhanden sind. So steht das Chornhuus grösstenteils leer. Mit der Sanierung der drei Geschosse im Ritterhuus kann die Gemeinde die ursprüngliche Absicht von 2017 realisieren und damit ihre Verantwortung als Eigentümerin wahrnehmen. Das Ritterhuus geniesst zudem als Kernobjekt des Schloss Köniz besondere Aufmerksamkeit. Sollte es gelingen, dass das Schloss Köniz auf die Liste der wiederkehrenden Beiträge des Lotteriefonds aufgenommen würde, käme dem Ritterhuus ein Grossteil der öffentlichen Mittel zugute. Auch wird das Ritterhuus im Rahmen der gemeinnützigen Zweckausrichtung eine hauptsächlich öffentliche Zugänglichkeit und Nutzung durch einen offenen Begünstigtenkreis aufweisen. Aufgrund dieser Ausgangslage wurden die Vorgaben für die ausführenden Architekten, Althaus Architekten +, im Verlauf des Prozesses konkretisiert. Zwei Vorgaben erachtet der Gemeinderat als zentral:

- Die sanierten Räume müssen für unterschiedliche, möglichst öffentliche Nutzungen nutzbar sein, z.B. Ausstellungen, Versammlungen, Sitzungen, Workshops, Arbeitsplätze, etc.
- Die Sanierung darf die kommende Nutzung der Stiftung Schloss Köniz nicht einschränken.

### 5.1 Bauprojekt

Das Bauprojekt ([Beilage 8](#)) sieht Sanierungsarbeiten der sich im Rohbau befindlichen Räume im 1. OG und 2. OG und ein Ausbau des Dachstocks mit Sanierung der Terrasse vor.

Die Räume im 1. OG und 2. OG werden mit einem minimalen Innenausbau zu multifunktionalen Räumen umgestaltet, die eine hohe Flexibilität der Nutzungen ermöglichen. Der Dachstock wird zu einem attraktiven Veranstaltungsraum mit direktem Zugang zur bestehenden Dachterrasse ausgebaut. Die baulichen Grundrisse werden nicht verändert, um zukünftige Ausbauten der Grundflächen zu ermöglichen.

Um die Zugänglichkeit für Menschen mit Beeinträchtigungen zu ermöglichen, wird der bestehende Lift bis ins Dachgeschoss verlängert.

Der Stiftung Schloss Köniz stehen nach der Sanierung 837m<sup>2</sup> zusätzliche Fläche zur Verfügung. Die Einnahmen aus den verschiedenen Nutzungen werden eine wichtige Einnahmequelle für die Stiftung Schloss Köniz sein, um ihre gemeinnützige Zweckausrichtung umzusetzen. Mit den sanierten Stockwerken im Ritterhuus wird die Stiftung Schloss Köniz über attraktive und vielfältig nutzbare Räume verfügen, die sie Vereinen und Privaten zur Verfügung stellen kann. Diese finanzielle Absicherung der Stiftung Schloss Köniz ist auch im Interesse der Gemeinde Köniz.

Nicht im Projekt enthalten sind die Sanierung der Gebäudehülle und des Dachs. Diese Arbeiten wird die Stiftung zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff nehmen.

### 5.2 Kosten

Die Sanierungskosten belaufen sich gemäss Schätzung der Architekten auf ca. 3.5 Millionen Franken. Diese Kosten werden nach Abschluss der Arbeiten einmalig im 2026 als «Abschreibung / Wertberichtigung» belastet.

### 5.3 Termine

- Parlamentsabstimmung	September	2024
- Volksabstimmung	November	2024
- Baugesuch	Dezember	2024
- Realisierung voraussichtlich	Juni	2025

## 6. Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen

Der designierte Stiftungsrat nahm bereits im Frühling 2023 erste Arbeiten in Angriff. Im Herbst 2023 wurde der Förderverein Schloss Köniz gegründet. Der Verein ist bis zur Gründung der Stiftung Schloss Köniz die rechtliche Trägerschaft für alle finanziellen Geschäfte des designierten Stiftungsrats. Da alle designierten Stiftungsrät:innen ehrenamtlich arbeiten, sind sie auf professionelle Hilfe angewiesen, insbesondere für bereits anfallende Sekretariatsarbeiten und für Vorarbeiten für die vorgesehene Geschäftsstelle der Stiftung. Der Gemeinderat hat deshalb im Februar 2024 einen einmaligen Beitrag an den Förderverein Schloss Köniz in der Höhe von CHF 150'000 genehmigt.

Wie in der Ausgangslage beschrieben werden neben dem designierten Stiftungsrat auch alle weiteren Stakeholder des Schloss Köniz in den Gründungsprozess der Stiftung Schloss Köniz einbezogen. Die Stiftung Schloss Köniz wird ihre Rolle als Baurechtsnehmerin der Parzellen und Gebäude von der Gemeinde Köniz übernehmen und die Verantwortung für den baulichen und betrieblichen Unterhalt und die Weiterentwicklung des Schlossensembles wahrnehmen. Gleichzeitig wird sie mit den im Schloss tätigen Organisationen den laufenden Betrieb sicherstellen und diesen laufend weiterentwickeln.

Die Gemeinde Köniz unterstützt wie bis anhin die im Schloss tätigen Vereine (VKSK, Schulmuseum Bern, Musikschule Köniz) u.a. mit Leistungsverträgen.

## 7. Weiteres Vorgehen und Koordination

Die Genehmigungsprozesse der Gemeinde Köniz und der Ev.-ref. Kirchgemeinde Köniz des vorliegenden Geschäfts sind aufeinander abgestimmt. An der ausserordentlichen Kirchgemeindeversammlung vom August 2024 wird über die Vorlage der Ev.-ref. Kirchgemeinde abgestimmt.

Bei Annahme des vorliegenden Geschäfts durch das Parlament wird die Vorlage der Gemeinde Köniz im November 2024 der Könizer Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Wird beiden Vorlagen zugestimmt, kann anschliessend die Stiftung noch im 2024 gegründet werden und der Einschuss in das Stiftungskapital der Gemeinde Köniz in die Stiftung Schloss Köniz in der Höhe von 4.5 Mio. Franken Anfang 2025 getätigt werden. Voraussichtlich per 1.1.2025 werden die Baurechte an die Stiftung Schloss Köniz übertragen. Damit übernimmt die Stiftung Schloss Köniz auch sämtliche laufenden Miet- und Nutzungsverträge unverändert. Die Kontinuität der bestehenden Aktivitäten ist damit gesichert.

Der Baustart der Sanierung Teile des Ritterhuus' wird im 2025 sein. Da das Ritterhuus zu dem Zeitpunkt im Baurecht der Stiftung Schloss Köniz sein wird, wird die Gemeinde Köniz im Mandatsverhältnis der Stiftung die Bauherrschaft und die Finanzierung übernehmen.

## 8. Finanzen

Die Gemeinde investiert insgesamt 8 Mio. Franken für die Zukunft des Schloss Köniz, 4.5 Mio. Franken als Einschuss in das Stiftungskapital und 3.5 Mio. Franken für die Sanierung des Ritterhuus. Aufgrund der zeitlichen und inhaltlichen Nähe der beiden Geschäfte werden diese gemeinsam zur Genehmigung vorgelegt. Aufgrund der Finanzkompetenz wird die Vorlage den Könizer Stimmberechtigten zur Genehmigung vorgelegt. Diese Ausgaben müssen vollumfänglich fremdfinanziert werden. Dies entspricht etwa jährlichen Zinskosten von CHF 120'000.

Die Entwidmung und der Vermögenstransfer der im Baurecht übertragenen Gebäude und Sachwerte führt zur einmaligen und zusätzlichen Belastung der Erfolgsrechnung 2025 in der Höhe von 1 811 895.10 Franken.

Die Stiftung wird weitere Gelder generieren und in die Sanierung und Weiterentwicklung des Schloss Köniz investieren. Eine Gesamtsanierung des Schossareals wäre für die Gemeinde Köniz sehr teuer und kaum finanzierbar, da die Gemeinde in den nächsten Jahren viele weitere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Strassen, Wasserleitungen etc. tätigen muss. Die detaillierte Kostenfolge in der [Beilage 9](#) (Kostenfolge Zukunft Schloss Köniz).

Folgende Ausgaben entfallen der Gemeinde Köniz ab dem 1.1.2025:

Unterhaltskosten Schloss Köniz (Jahresabschluss 2023):

- baulicher Unterhalt: CHF 70 000
- Dienstleistungen Dritter: CHF 10 750
- Nebenkosten: CHF 55 000

Abschreibungen:

- Reduktion Abschreibungsaufwand HRM1/HRM2: CHF 75 000
- Reduktion Abschreibungsaufwand Trauzimmer/Stirnfasse Chornhuus: CHF 8 500

Total wegfallende Kosten: CHF 219 250

Folgende Einnahmen entgehen der Gemeinde Köniz ab dem 1.1.2025:

- Mieteinnahmen: CHF 205'000

## Fazit

Das Schloss Köniz hat schon heute eine Bekanntheit in der Region Bern. Mit dem Verein "Kulturhof Schloss Köniz", dem "Schulmuseum Bern" und der Musikschule sind drei regional wichtige Institutionen auf dem Schlossareal erfolgreich tätig. Als eine der älteste bekannte Siedlung in der Region hat das Schloss Köniz auch eine historisch grosse Bedeutung. Auch wenn die Gemeinde Köniz kein eigentliches Zentrum ausweist, kann das Schloss Köniz deshalb mit Stolz als historisches Zentrum und gesellschaftliches Herzstück der Gemeinde Köniz bezeichnet werden. Mit der Gründung der Stiftung Schloss Köniz und der Übergabe der Gebäude im Baurecht bietet sich die einmalige Chance, dem Schloss Köniz mit einem generationenübergreifenden Projekt neuen Schub zu geben für eine erfolgreiche Weiterentwicklung. Ziel ist ein gesellschaftlicher Treffpunkt mit einem reichen kulturellen, sozio-kulturellen, kirchlichen und gastronomischen Angebot für die breite Öffentlichkeit und die Etablierung des Schloss Köniz als regionaler Leuchtturm mit nationaler Ausstrahlung.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
  - 1.1. Der Gründung der Stiftung Schloss Köniz wird zugestimmt.
  - 1.2. Dem vorbereitenden Landgeschäft Rossstall wird zugestimmt (Grundstück Köniz/9574, Aufhebung des Baurechts Köniz/10391)
  - 1.3. Dem vorbereitenden Landgeschäft Ritterhuus wird zugestimmt (Grundstück Köniz/9568, Aufhebung von Stockwerkeigentum, Bildung von Miteigentum und Alleineigentum).
  - 1.4. Der Überführung der Schlossliegenschaften im Gemeindeeigentum (Grdst. 9568, 9574, 89) ins Finanzvermögen per 1. Januar 2025 wird zugestimmt.
  - 1.5. Der Abgabe der Grundstücke Köniz/9574, Köniz/89 und Köniz/9568 (Anteil der Gemeinde) im Baurecht zu einem Baurechtszins von total CHF 2 pro Jahr wird zugestimmt.
  - 1.6. Der Kredit für den Einschuss in die Stiftung Schloss Köniz von CHF 4,5 Mio. zu Lasten der Erfolgsrechnung Konto Nr. 4680.3636.01 «Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck (Stiftung Schloss Köniz)» wird beschlossen
  - 1.7. Der Kredit für die Sanierung der gemeindeeigenen Stockwerkeinheiten des Ritterhuus' von CHF 3,5 Mio. zu Lasten Konto Nr. 4680.5040.0223 «Ritterhuus Sanierung und Ausbau Dachstock» wird beschlossen.

- 1.8. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, alle Folgegeschäfte abzuschliessen (z.B. Gründung der Stiftung, Abschluss der definitiven Baurechtsverträge). Er kann zudem kleinere Änderungen materieller und formeller Natur in eigener Kompetenz vornehmen. Die Befugnis zur Vertragsunterzeichnung kann der Gemeinderat weiterdelegieren.

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 26. Juni 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Abstimmungsbotschaft Zukunft Schloss Köniz
- 2) Stiftungsurkunde Stiftung Schloss Köniz Version 29.05.2024
- 3) Situationsplan Schloss Köniz
- 4) Baurechtsvertrag Nr. 1
- 5) Aufhebung Baurecht Rossstall
- 6) Baurechtsvertrag Nr. 2
- 7) Aufhebung Stockwerkeigentum und Parzellierung Ritterhuus
- 8) Bauprojekt Sanierung Ritterhuus und Ausbau Dachstock
- 9) Folgekosten Investitionen PARA Zukunft Schloss Köniz

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Es handelt sich hier um einen Kredit und eine Botschaft der Direktion Präsidiales und Finanzen. Ihr habt die folgenden Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Gemeinderates, die Abstimmungsbotschaft und die Tischvorlage mit Abänderungsantrag zur Botschaft. Zum Vorgehen: Zuerst hat der GPK-Referent das Wort, dann die Finanzkommissionpräsidentin, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten und der Gemeinderat. Dann stimmen wir ab.

Wir haben dem Parlament am 12.08.2024 per Mail mitgeteilt, dass Anträge zu diesem Geschäft und zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Die Redaktionskommission wird die Pro- und Contra-Argumente für die Botschaft verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Wir bitten euch auch hier wieder, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen. Das erleichtert der Redaktionskommission die Arbeit.

**GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte:** Um was geht es? Hier geht es um ein sehr wichtiges Geschäft, welches wir heute Abend beraten. Doch im Sinne der Effizienzsteigerung des Parlaments erzähle ich wiederum nicht, was in den Unterlagen steht, das habt ihr alles gelesen. Ich gehe lediglich auf einige Punkte detaillierter ein.

Zum Schloss: Es ist das historische Zentrum von Köniz, es prägt das Ortsbild. Aufgrund seiner geschichtlichen Bedeutung ist das Schloss Köniz im Bauinventar des Kantons Bern als schützenswert eingestuft, Kategorie A, und ist im schweizerischen Kulturgüterschutzinventar als Objekt mit nationaler Bedeutung aufgeführt.

Was wollen wir mit diesem Schloss? Das Ziel ist es, einen gesellschaftlichen Begegnungsort mit einem reichen kulturellen, soziokulturellen, kirchlichen und sozialen Angebot für die breite Öffentlichkeit zu bekommen resp. zu erhalten. Wenn dies gelingt, wird das Schloss Köniz ein regionaler Leuchtturm mit nationaler Ausstrahlung und Wirkung.

Was standen für Varianten zur Diskussion, um dieses Ziel erreichen zu können? Nichts machen, wäre eine Möglichkeit gewesen, dann wäre es wie bis jetzt weiter gegangen. Oder eine Stiftung gründen oder eine Aktiengesellschaft daraus machen oder einen Verein gründen. Aufgrund der Ausgangslage hat man diese Varianten verglichen und es war relativ schnell klar, dass es nur einen Weg gibt, wie die Gebäude saniert werden können und dieses Ensemble für die Öffentlichkeit weiterhin zugänglich bleibt: Das geht mit einer steuerbefreiten Stiftung, wobei dieser Stiftungstyp gut gewählt werden muss.

Man kann zwischen einer gemeinnützigen Stiftung, einer öffentlichen Stiftung oder einer gemischt öffentlich und gemeinnützigen Stiftung wählen – letzteres wurde hier gewählt.

Damit man das erwähnte Ziel für das Schloss erreichen kann, ist folgendes Vorgehen vorgeschlagen: Vor lauter Geschichte und Betonung der Einzigartigkeit dieses Schlosses und der Ideen, was man alles damit machen könnte, geht in der Parlamentsvorlage und auch in der Botschaft beinahe verloren, was eigentlich der Kern dieser Vorlage und der Abstimmung ist. Dieser ist nämlich relativ kurz und einfach: Die Gemeinde Köniz übergeben, gemeinsam mit der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde, der zu gründenden Stiftung, welche "Schloss Köniz" heisst, die Gebäude des Schlossensembles im Baurecht. Die Gemeinde gibt der Stiftung einen Einschuss ins Stiftungskapital im Betrag von CHF 4.5 Mio. Die Stiftungsurkunde schafft den verbindlichen Rahmen für die Tätigkeit der zu gründenden Stiftung. Die Baurechtsverträge enthalten ebenfalls Bestimmungen, welche eine Fehlentwicklung verhindern.

Die Gemeinde kann also ihre Interessen weiterhin wahrnehmen, einerseits durch das Baurecht, dort in der Stellung als Baurechtsgeberin und andererseits durch den ständigen Sitz im Stiftungsrat. Die Gemeinde macht weiter eine Grundsanierung der oberen drei Stockwerkeinheiten des Ritterhuus für CHF 3.5 Mio. Weil das Gebäude dann bereits im Baurecht abgegeben ist, macht sie dies im Mandatsverhältnis. Die Sanierung ist eine einmalige Ausgabe, keine Investition, der Gemeinderat hat gegenüber der GPK nochmals garantiert, dass dies ein fixer Betrag ist, das Risiko trägt die Stiftung.

Zu den finanziellen Auswirkungen: Der Einschuss in das Stiftungskapital kann nicht wie ursprünglich angedacht als Investition abgebildet werden - die Umschreibungen im HRM2 sind gemäss AGR betr. Stiftungen nicht ganz präzise. Weil es keine Investition ist, ist im Prinzip auch kein Folgekostenblatt notwendig. Im IAFP 2024 waren eigentlich für das Jahr 2024 CHF 5 Mio. als Beteiligung Einschuss in das Stiftungskapital vorgesehen gewesen. Die finanziellen Sachverhalte werden jetzt wie folgt im Budget oder im IAFP abgebildet: 2025 CHF 6.3 Mio. und 2026 CHF 3.5 Mio. Folgekosten sind ergänzend für das Parlament aufgeführt, das sind pro Jahr CHF 100'000.

Sind wir mit dieser Lösung eine Exoten-Gemeinde? Nein, andere Gemeinde mit schützenswerten Kulturgütern gehen denselben Weg, zum Beispiel das Schloss Burgdorf, und diese sind damit gut gefahren.

Zur Beratung in der GPK: Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass die für die Sanierung des Ritterhuus beantragten CHF 3.5 Mio. als fixer Betrag nicht überschritten werden. Der GPK-Referent – also ich – wird beauftragt, dies im Votum gegenüber dem Parlament zu erwähnen, was ich jetzt gemacht habe.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen, das Abstimmungsergebnis dazu war einstimmig. Die Präsentation, welche aufgrund des Verwaltungsbesuchs erstellt worden ist, wurde den GPK-Mitgliedern zugestellt und diese konnten dies den Fraktionen zur Erläuterung des Geschäfts weitergeben.

**Präsidentin Finanzkommission, Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Die Finanzkommission bedankt sich bei der Vorsteherin des Departements Präsidiales und Finanzen sowie beim Leiter der Finanzabteilung für die Präsentation und den Austausch zu diesem Geschäft an ihrer letzten Sitzung. Der Einbezug wird geschätzt und es wird erwartet, dass die Finanzkommission auch in Zukunft bei Abstimmungsbotschaften in ähnlichem finanziellem Ausmass einbezogen wird.

Die Finanzkommission hat folgenden Änderungsantrag zur Botschaft gestellt: Beim Kapitel "Das Wichtigste in Kürze" zwischen Absatz 3 und 4: *"Der heutige Finanzbedarf für eine umfassende Sanierung sämtlicher Gebäude und Räume ist enorm. Schätzungen gehen von CHF 15 bis 25 Mio. aus. Das übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Köniz. Die Gemeinde investiert insgesamt CHF 8 Mio. für die Zukunft des Schlosses, CHF 4.5 Mio. als Einschuss in das Stiftungskapital und CHF 3.5 Mio. für die Sanierung des Ritterhuus. Damit wird ermöglicht, dass Sanierungen durch die Stiftung realisiert werden können. Private steuerbefreite Trägerschaften wie die vorgesehene gemeinnützige Stiftung Schloss Köniz können private und öffentliche Gelder akquirieren, die für eine Gemeinde nicht oder nur schwer zugänglich sind."*

Zur Begründung kann folgendes gesagt werden: Es handelt sich hier um ein Geschäft von CHF 8 Mio., die direkt erfolgsrelevant ausgegeben werden. Die Zahlen werden in der Abstimmungsbotschaft zwar genannt, jedoch ist die Finanzkommission der Ansicht, dass sie der Stimmbevölkerung zentraler und transparenter präsentiert werden sollten. Es könnte sonst der Eindruck entstehen, dass die Finanzen verschleiert werden möchten. Das ist nicht im Sinn der Gemeinde und des Gemeinderates. Darum hat die Finanzkommission einstimmig beschlossen, die Einfügung der entsprechenden Passage beim Kapitel "Das Wichtigste in Kürze" zu beantragen. Dabei wurde darauf geachtet, dies in einem positiven Sinn zu formulieren.

Es geht darum aufzuzeigen, dass die Gemeinde bei Ablehnung noch viel höhere Kosten zu tragen hätte, aber dass auch diese Lösung ein entsprechendes Preisschild hat. Zudem sollte explizit darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinde nicht oder nur sehr schwer an mögliche Drittmittel kommt. Mit diesen Ergänzungen kann niemand im Nachgang vorhalten, er hätte die finanziellen Auswirkungen nicht gekannt.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Ich habe zwei neue Erkenntnisse. Eine sehr positive Mitteilung als erstes: Am Mittwoch, 14.8.2024, hat die Versammlung der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Köniz der Beteiligung an der Stiftung Schloss Köniz unter Einräumen eines Baurechts am Ritterhaus einstimmig zugestimmt. Dieser erste Meilenstein wurde sehr erfolgreich gemeistert, natürlich unter Vorbehalt der kompetenten Gremien der Gemeinde Köniz. Ich bedanke mich herzlich bei der Kirchgemeinde für diesen positiven Auftakt zum vorliegenden Geschäft, denn dieses Geschäft kann ja nur dann funktionieren, wenn alle Teile ineinandergreifen. Und das ist sehr, sehr schön, dass ich euch dies hier mitteilen kann.

Dann habe ich noch eine zweite neue Erkenntnis: Es wurde bereits vom GPK-Referenten gesagt, eigentlich ist dieses Folgekostenblatt gar nicht notwendig, es ist nämlich keine Investition. Wir haben dies aber zuerst als Investition gedacht und darum auch so vorbereitet und dem dann vielleicht auch nicht mehr ganz so viel Aufmerksamkeit geschenkt. Auf jeden Fall gibt es hier eine Korrektur: In der Rubrik "wegfallende Kosten", Zeile "Abschreibungsaufwand HRM1/HRM2" wurde versehentlich der Abschreibungsaufwand über das Jahr 2031 hinaus fortgesetzt. Das muss korrigiert werden, denn der Abschreibungsaufwand muss an die Frist der Dauer des Umstelleffektes HRM 1 auf HRM 2 angepasst werden. Das bedeutet konkret: Die Werte in dieser Zeile müssen ab 2032 auf null gestellt werden und das hat auch den Effekt, dass ab 2032 ein Aufwand von CHF 200'750 entsteht und nicht CHF 125'750. Diese Darstellung hat keine konkreten Auswirkungen auf das Geschäft und die Unterlagen für die Volksabstimmung sind nach wie vor korrekt.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen:** Wie gewisse von euch schon wissen, ist das zu behandelnde Geschäft für mich nicht nur ein Geschäft, sondern eine Herzensangelegenheit. Es geht um die Zukunft des Schlossareals. Meine Biografie ist mit diesem Ort eng verknüpft: Dort in der "Pfrundschüür" habe ich Theater gespielt, hier im Schlosshof habe ich meinen Mann kennengelernt, im "Chornhuus" haben wir geheiratet, im Restaurant zum Schloss haben wir die Willkommensfeier unserer beiden Töchter gefeiert und hier im Rosstall tagen wir als Parlament. Ich bin sicher, viele Könizerinnen und Könizer haben an dem einzigartige Ort ebenfalls wertvolle Erlebnisse und Erinnerungen machen können.

Nicht nur privat bin ich mit dem Schlossareal verbunden. Als Leiterin des Fachbereichs Kultur der Regionalkonferenz Bern-Mittelland bin ich für die Ausarbeitung und das Controlling des Leistungsvertrags zwischen Köniz, Kanton, Region und dem Verein Kulturhof Schloss Köniz mitverantwortlich. Zudem bin ich Mitglied der Stiftung Schulmuseum Bern, welche Mitstifterin der zu gründenden Stiftung Schloss Köniz sein wird. Das zu meiner Interessensbindung.

Das Schlossareal hat eine bewegte Geschichte und eine lebendige Gegenwart: Die Gebäude tragen Spuren der Zeit und sie sind zumindest teilweise stark sanierungsbedürftig. Der Arealentwicklungsprozess welcher 1996 begann, steht heute vor einem wichtigen Meilenstein: Die Abgabe der Gebäude im Baurecht an eine neu zu gründende Stiftung Schloss Köniz. Eine Stiftung hat gegenüber der Gemeinde den Vorteil, dass sie öffentliche Gelder - und da sprechen wir vor allem von Lotteriefondsgelder und Gelder von Stiftungen und Privaten - besser akquirieren und so die notwendigen Sanierungen vornehmen kann.

Die Gemeinde nimmt ihre Verantwortung als bisherige Eigentümerin und zukünftige Mitstifterin wahr, indem sie einerseits der Stiftung CHF 4.5 Mio. ins Stiftungskapital einschießt und andererseits indem sie die drei Stockwerke im Ritterhus für CHF 3.5 Mio. saniert: So kann die Stiftung ihren Betrieb rasch aufnehmen und längerfristig sicherstellen. Und die Bevölkerung kann nach der Sanierung von neuen mietbaren, multifunktionellen, Veranstaltungsräumen ebenfalls profitieren.

Die Stiftung hat zum Zweck, das Schlossareal "als schützenswertes Kulturgut von nationaler Bedeutung für zukünftige Generationen zu erhalten" und "als Begegnungs-, Kultur- und Naherholungsort" der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit den bereits jetzt im Schlossareal aktiven Organisationen und Institutionen soll die Stiftung partnerschaftlich zusammenarbeiten, die Gemeinde unterstützt sie bis auf Weiteres mit Leistungsverträgen. Die Schlossarealentwicklung ist ein generationenübergreifendes Projekt: Die SP/JUSO-Fraktion findet, die Weichen dafür sind gut gestellt. Sie stimmt dem Antrag in allen Punkten einstimmig zu.

Hier noch die Argumente für die Abstimmungsbotschaft:

Pro:

- Es ist eine generationenübergreifende Schlossarealentwicklung.
- Eine Stiftung kann Gelder der öffentlichen Hand, anderer Stiftungen und Privaten akquirieren und damit die notwendigen Sanierungen vornehmen.
- Der Stiftungszweck sichert das Schlossareal als schützenswertes Kulturgut von nationaler Bedeutung und als Begegnungs-, Kultur- und Naherholungsort für die Könizer Bevölkerung.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne:** Vorab deklariere ich meine Interessensbindung: Ich bin im Vorstand des Vereins Kulturhof Schloss Köniz.

Endlich ist es soweit, endlich gibt es einen guten Plan, wie wir die schönen Gebäude im Schloss Köniz entwickeln können, ohne dass der heutige "Schloss-Spirit" verloren geht – und damit meine ich nicht den Schlossgeist, sondern das Herzblut der Organisationen, welche heute auf dem Schloss vielfältige Angebote für Jung und Alt anbieten.

Wir Grünen/Jungen Grünen haben den Eindruck, dass diese Stiftung sorgfältig vorbereitet und durchdacht ist und die Anliegen unserer früheren Vorstösse zum Schloss Köniz gut umgesetzt. Alle Beteiligten sind einbezogen worden und es sind verschiedenste kompetente Fachleute am Werk. Das grosse Engagement des Gemeinderates und der Verwaltung kommt in den Unterlagen ebenfalls zum Ausdruck. Und der designierte Stiftungsrat konnte bei den umfangreichen Vorbereitungsarbeiten bereits zeigen, was er auf dem Kasten hat. Das schafft Vertrauen für die Zukunft. Die Grünen/Jungen Grünen danken allen Beteiligten für ihre gute Arbeit.

Die Gemeinde muss als Stifterin einen substantiellen Gründungsbeitrag leisten und darüber hinaus braucht es noch einen ziemlich hohen Betrag, um das Ritterhuus zu sanieren. Dafür ist sie aber von der Herkulesaufgabe entlastet, das Areal gut zu unterhalten. Wir sind der Meinung, dass man das Geld jetzt in die Hände nehmen muss, um damit der Stiftung einen guten, soliden Start mit einem gewissen Handlungsspielraum zu ermöglichen.

Auch wenn viel Herzblut zum Einsatz kommt, gibt es stets noch ein Restrisiko. Wir haben aber den Eindruck, dass die vorliegenden Verträge auch bei einem "Scherbenhaufen-Szenario" die nötigen Vorkehrungen treffen. Zum Beispiel mit der Regelung bei einem vorzeitigen Heimfall im Baurechtsvertrag. Die Grünen/Jungen Grünen sind der Meinung, dieses Risiko ist zu tragen und wir unterstützen die beiden Anträge des Gemeinderates einstimmig. Und auch den Antrag der Finanzkommission unterstützen wir.

Hier noch unsere Argumente für das Abstimmungsbüchlein:

Pro:

- Ein grosser Teil der Gebäude muss saniert werden und die Gemeinde kann die Sanierungen selber nicht finanzieren.
- Eine Stiftung kann von Geldern profitieren, zu welchen die Gemeinde keinen Zugang hat, beispielsweise vom Lotteriefonds oder von privaten Zuwendungen.
- Als zentrale und spezialisierte Anlaufstelle hat die Stiftung bessere Möglichkeiten als die Gemeinde, das Schloss zusammen mit den Organisationen, welche dort tätig sind, kulturell und baulich weiter zu entwickeln.
- Der Stiftungszweck stellt sicher, dass das Schloss Köniz weiterhin der Bevölkerung für vielfältige Nutzungen zur Verfügung steht und die Schlossgebäude gut unterhalten werden.
- Die Gemeinde wird von den Aufgaben rund um das Schloss entlastet.
- Die Stiftung erhält für die Finanzierung der ersten wichtigen Zeit eine "Mitgift" und muss so auch nicht unter dem Investitionsstau der Gemeinde leiden.
- Die Gemeinde und die Kirchgemeinde können über eigene Delegierten im Stiftungsrat und über Leistungsverträge auch weiterhin auf die Entwicklung des Schlosses Einfluss nehmen.
- Die Stiftung wurde gründlich vorbereitet und ist breit abgestützt: Die Organisationen, welche im Schloss tätig sind, unterstützen die Stiftungsgründung und die Kirchgemeinde hat ihren Teil des Ritterhuus bereits der Stiftung gewidmet.
- Eine Stiftung als Trägerin eines historischen Schlosses hat sich bereits an anderen Orten bewährt. So zum Beispiel in Burgdorf.

Contra

- Die Abgabe der Verantwortung birgt immer auch ein gewisses Risiko für die Gemeinde.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Casimir von Arx, GLP:** Heute reden wir über ein Projekt von wirklich grosser Bedeutung für unsere Gemeinde.

Wir haben eine fertig ausgearbeitete Vorlage auf dem Tisch, die es uns, bzw. den Stimmberechtigten, möglich macht, die Weichen so zu stellen, dass das Schloss Köniz endlich in einer Art weiterentwickelt werden kann, die für die Gemeinde selbst nicht finanzierbar wäre. Wir haben heute Grund dazu, uns eine glänzende Zukunft des Schlosses Köniz vorzustellen, eines noch grossartigeren Ortes für Begegnung, Kulinarik, Kultur und Politik. Freude herrscht. Ich habe Freude, aber ich will nicht über mich sprechen, sondern über das Geschäft.

Die Unterlagen von diesem Geschäft sind gut, doch das Geschäft ist komplex. Die Unterlagen werden dieser Komplexität nicht immer ganz gerecht. Wir nehmen aber dank den Ausführungen der GPK zur Kenntnis, dass die CHF 3.5 Mio. für die Sanierung des Ritterhuus aus Sicht Gemeinde ein Kostendach sind. Das kommt aus den Unterlagen nicht klar heraus. Zudem sind die erfolgswirksamen Gesamtkosten von CHF 9.8 Mio. nirgends direkt summiert ausgewiesen. Es ist wichtig, dass man hier klar ist, damit die Leute wissen, worüber sie abstimmen oder was die Konsequenzen sind, auch wenn sie nicht darüber abstimmen.

Das sind aber aufs Ganze gesehen Details. Und man sieht, dass viel gute Arbeit in dem Projekt steckt. Damit komme ich zum Dank. Und das ist gar nicht so einfach. Denn bei einem Schloss mit einer so langen Vorgeschichte weiss man nicht so recht, wie weit man mit dem danken zurückgehen soll. Überhaupt: Wir müssen uns mal ins Schloss hineinversetzen. Der Baurechtsvertrag über 99 Jahre, den wir nun beschliessen, ist aus Sicht des Schlosses mit seinen, je nach Rechnung, rund 1'000 Altersjahren, nur eine nächste Phase. Das Schloss - man muss sich das vor Augen halten - hat schon viele Parlaments- und Gemeinderatsmitglieder kommen und gehen sehen. Um genau zu sein: Alle.

Aber ich schweife ab: In der jüngeren Vergangenheit, im November 2016, sprachen wir im Parlament über eine Interpellation mit dem Titel "Das Märchen ums Schloss Köniz" von Annemarie Berlinger. Das Thema war gesetzt. Konkreter wurden 2020 die Parlamentarierinnen Iris Widmer und Erica Kobel mit ihrem Postulat "Schlossentwicklung: Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?". Ab da ging es vorwärts. Gemeinderat Thomas Brönnimann konnte das Projekt zusammen mit der heutigen Abteilung Immobilien und der Fachstelle Kultur in der entscheidenden Phase vorantreiben. Er hat zudem den hervorragend besetzten Stiftungsrat nach klaren Kriterien rekrutiert. Ich will auch den designierten Mitgliedern des Stiftungsrates herzlich danken – sie sind, wie ich gehört habe, bereits seit Monaten an der Arbeit. Zu guter Letzt danken wir auch der heutigen Gemeindepräsidentin, die die Sache bekanntgemacht und – sozusagen wie die Wischer beim Curling – geschaut hat, dass das Geschäft seinen Kurs halten kann und ins Ziel kommt.

Kommt es nun gut mit dem Schloss? Wird die Stiftung die nötigen finanziellen Mittel wirklich auftreiben können? Wenn nicht, was kommt dann auf die Gemeinde zu? Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion unterstützt diese Vorlage dennoch mit Überzeugung. Mit der Überzeugung, dass dieses Projekt, für das wir uns immer eingesetzt haben, deutlich mehr Chancen als Risiken mit sich bringt. Zudem unterstützen wir den Abänderungsantrag der Finanzkommission zur Botschaft.

#### Pro-Argumente:

- Dank der Gründung der Stiftung kann das Schloss als Ensemble baulich weiterentwickelt und noch besser nutzbar gemacht werden.
- Die Gemeinde muss die Instandstellung der Gebäude auf dem Schlossareal nicht mehr selbst finanzieren.
- Die kulturelle und gesellschaftliche Nutzung des Schlosses ist für lange Zeit sichergestellt.
- Die Gemeinde trägt kein Kostenrisiko, für den Fall, dass die Sanierung des Ritterhuus mehr als CHF 3.5 Mio. kostet.

#### Contra-Argumente, nicht weil wir gegen die Vorlage sind, aber es geht ja trotzdem um etwas:

- Die Gemeinde verzichtet auf direkten Einfluss auf das Schlossareal.
- Die Gemeinde wirft gesamthaft rund CHF 10 Mio. auf. Auch dieser Betrag, welcher zwar kleiner ist, als jener Betrag, welchen man für die Sanierung des gesamten Schlossareals braucht, stellt eine grosse finanzielle Belastung für die Gemeinde dar.

Doch wie gesagt, wir stimmen diesem Antrag mit Überzeugung zu.

**Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez:** Als erstes will ich meine Interessensbindung offen legen: Ich bin Vorstandsmitglied des Fördervereins Schloss Köniz. Dann danke ich für die Zustellung der sehr ausführlichen und doch interessanten Unterlagen und wir sind sehr positiv gestimmt. Vorab, wir die FDP. Die Liberalen stimmen in allen Punkten den Anträgen zu.

Am Wochenende war das Schifferstechen in Bern, welches alle drei Jahre stattfindet.



Dies ist ein Anlass, welcher aus dem Mittelalter kommt und bei dem sich zwei Ritter in zwei Booten mit langen Lanzen aufeinander zubewegen, mit dem Ziel, den jeweils anderen Ritter vom Boot zu werfen. Was hat dies mit dem vorliegenden Geschäft zu tun? Wir haben ebenfalls mittelalterliche Gebäude im Schloss Köniz – das Ritterhuus - und wir wollen nicht, dass das Schloss so zusammenfällt, wie die Ritter vom Boot.

Was lange währt wird endlich gut – und dieser Prozess zur Erhaltung des Schloss Köniz ging jetzt wirklich lange. Aber es scheint uns doch sehr zielführend. Wir freuen uns darauf, dass diese Gründung der Stiftung jetzt endlich vorangetrieben wird und das geplante Vorhaben ein "Place to be" darstellen wird. Für die Region und die Schweiz kann dies gerne als Flaggschiffprojekt gelabelt werden – es wurde mir gesagt, ich darf nicht mehr "Leuchtturmprojekt" sagen, das ist irgendwie verpönt, jetzt habe ich es trotzdem gesagt, Entschuldigung.

Wir sind stolz auf dieses Vorhaben, auch wenn die Gemeinde hier nochmals Geld in die Hand nehmen muss – nicht nur etwas, sondern einen ziemlichen Batzen - um die Stiftung zu gründen und Startkapital zur Verfügung zu stellen. Aber wir finden, es ist eine gute Sache.

An den Gemeinderat: Wir stellen uns die Frage, ob auch eine Konkurrenzierung des Vereins Kulturhofs möglich ist, da der Zweck der Stiftung dies erlauben würde. Wir waren uns hier nicht ganz sicher, vielleicht kann der Gemeinderat dazu noch etwas sagen.

#### Was ist das Argument als Contra:

- Es kostet CHF 8 bis 10 Mio., je nachdem wie man rechnet, und die Liegenschaften müssen buchhalterisch abgeschrieben werden.

#### Doch die Pros überwiegen eindeutig:

- Die Stiftung kann private und öffentliche Gelder beantragen. Dazu zählen Spenden, Gelder aus dem Lotteriefonds und Zuwendungen von Privaten und Stiftungen.
- Die Gemeindefinanzen werden entlastet, da die Stiftung für die Instandhaltung etc. verantwortlich ist und somit auch Gemeinderessourcen gespart werden können - also nicht nur Gelder aus der Buchhaltung, sondern auch Menschen.
- Das Zentrum wird belebter, weil mehr los sein wird. Es wird ein neuer Lebensmittelpunkt geschaffen für Private und Gewerbe.
- Die baufälligen Teile des Schlosses werden endlich nutzbar gemacht.
- Die finanziellen Risiken werden für die Gemeinde minimiert.
- Der Beitrag der Gemeinde für die Sanierung des Ritterhuus wird auf CHF 3.5 Mio. plafoniert und somit haben wir auch nicht mehr ein ganz so grosses Risiko.

Lasst uns die mittelalterlichen Gebäude auf dem Schlossareal zu unseren Flaggschiffen der Neuzeit entwickeln. Wir stimmen den Anträgen einstimmig zu.

**Fraktionssprecher SVP, Florian Moser:** Vielen Dank der Direktion DPF für das Erstellen und das Erarbeiten der guten Unterlagen. Das Geschäft ist seriös vorbereitet und verständlich dokumentiert. Die Vision einer Stiftung für das Schloss Köniz haben wir bereits seit längerem als Thema und das schwirrt schon länger in unseren Köpfen herum. Dank dem Effort des Gemeinderates und der Gemeindepräsidentin sind wir nun auf die Zielgerade eingebogen.

Wir haben hier eine Vorlage vorliegend, im Sinne einer nachhaltigen und zukunftssträchtigen Gestaltung der Schlossinfrastrukturen. Es ist ein wichtiges Geschäft für alle Beteiligten, vor allem für das ganze Schlossareal, für die Gemeinde Köniz und auch für die Kirchgemeinde wird die öffentliche gemeinnützige Stiftung einen Gewinn darstellen. Mit der geplanten gemischten Stiftung nehmen wir uns zwar im Parlament eine gewisse politische Auseinandersetzung und gewisse Renovationsprojekte und wir geben einen Teil der politischen Mitbestimmung ab, aber das ist in Ordnung und diesen Deal gehen wir gerne ein. Die Stiftung kann dynamischer und lösungsorientierter als die Gemeinde Entscheide treffen. Das oberste Ziel für die Stiftung ist sicherlich die Wirtschaftlichkeit, die Weiterentwicklung und gleichzeitig die Zugänglichkeit für die breite Bevölkerung zu erhalten sowie die Erhaltung fortzuführen.

Danke auch der GPK und der Finanzkommission für die genauen Vorprüfungen. Wir diskutieren hier nämlich in Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde Köniz um ein happiges Kreditgeschäft, welches für den Könizer Finanzhaushalt nicht unwesentlich ist. Das müssen wir uns sicherlich bewusst sein. Doch wir haben kaum eine andere Lösung oder sicherlich keine bessere Lösung, da sind wir uns hier alle einig.

Wie gesagt, es geht um viel Geld: Im nächsten Jahr werden Restwertabschreibungen fällig und ein Einschuss von CHF 4.5 Mio. in das Stiftungskapital anfallen, was für das nächste Geschäftsjahr CHF 6.3 Mio. Sachaufwand bedeutet.

Mit der einmaligen Zahlung im Jahr 2026 in der Höhe von CHF 3.5 Mio. in die Sanierung des Ritterhuus kommen wir gesamthaft auf eine Summe von CHF 9.8 Mio. bis 2026. Das ist viel Geld, das sind wir uns alle bewusst und da haben wir uns von der SVP-Fraktion gefragt, wie diese CHF 4.5 Mio. Einschuss genau zustande kommen. Dort haben wir nie eine transparente Übersicht erhalten. Das ist eine reine Diskussion oder Verhandlung und man hat gesagt, dass es so viel sein muss. Und wir hätten es auch begrüsst, wenn die Kirchgemeinde für einen kleinen Einschuss in das Stiftungskapital ebenfalls hätte überzeugt werden können.

Und wegen der hohen Geldbeträge, welche wir hier diskutieren, ist die SVP-Fraktion natürlich auch dafür, den Finanzkommissionsantrag zur Abänderung von "Das Wichtigste in Kürze" zuzustimmen. Die Stimmbevölkerung soll eine bessere Übersicht über den finanziellen Aspekt erhalten und aufgeklärt werden.

Mit der Gründung der Stiftung eröffnen sich aber auch bei der Beschaffung von öffentlichen Geldern, namentlich des Lotteriefonds, beste Chancen auf finanzielle Unterstützung, welche man in zukünftige Bauprojekte und Investitionen in Renovationen sicher gut brauchen kann. Diese öffentlichen Gelder würde die Einwohnergemeinde nicht erhalten. Das ist sicherlich ein wichtiges weiteres Argument zu Gunsten einer Stiftung. Mit der Gründung der Stiftung und dem Bereitstellen der erforderlichen Mittel wird sichergestellt, dass das Schloss Köniz als ein kulturelles Zentrum, als Ort der Begegnung, für alle Menschen in unserer Gemeinde und sogar darüber hinaus, erhalten bleibt.

In der Fraktion haben wir noch kontrovers über das Stiftungsreglement oder die Stiftungsurkunde diskutiert. Wir sind der Meinung, dass dort eine maximale Amtsdauer im Reglement nicht geschadet hätte. Eine periodische Anpassung der Stiftungsratsmitglieder würde der Dynamik der Organisation sicherlich helfen. Doch wir vertrauen hier der Stiftungsorganisation und den Verantwortlichen, dies selbst zu regeln. Aber wenn in 20 Jahren immer noch dieselben Stiftungsräte dort sitzen, dann werden sich sicherlich unsere Nachfolger dem einmal widmen und dort hinschauen.

Für die SVP-Fraktion ist dieses Geschäft unbestritten und wir stimmen den Punkten 1.1 bis 1.8 zu und auch der Botschaft mit der Änderung der Finanzkommission.

#### Zu den Pro-Argumenten:

- Der Zugang zu öffentlichen Geldern oder möglichen Investoren wird mit der Stiftung ermöglicht.
- Die Schlossinfrastrukturen haben Investitionen dringend nötig, welche die Gemeinde nicht stemmen kann.
- Projekte und Investitionsprojekte insbesondere werden in einer Stiftung schneller realisiert und schneller geplant.
- Zukünftige Investitionen für die Gemeinde Köniz fallen weg.

#### Contra-Argumente:

- Der einmalige finanzielle Aufwand.
- Die politische Einflussnahme, welche uns bei der Gestaltung des Schlossareals entgeht.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Heute ist ein sehr bewegender Tag, für mich als Gemeindepräsidentin, für unsere Gemeinde und so wie ich es gehört habe, auch für euch hier im Parlament. Es ist eine grosse Freude und ein Meilenstein, was wir heute hier verhandeln können. Das habe ich auch bereits in den Voten gehört und das sehe ich genauso wie ihr. Ich bin stolz, was wir erarbeiten und euch hier vorlegen können und ich glaube, wir alle können auf die Lösung, welche wir hier beraten, stolz sein. Denn dieses Geschäft "Zukunft Schloss Köniz" ist ein Generationenprojekt. Es ist etwas, was wir heute starten und welches vor allem den kommenden Generationen zu Gute kommen wird. Denn es wird noch ein langer Weg für diese Stiftung sein, um diese Gelder zu generieren, damit man die ganzen Sanierungsarbeiten wird angehen können. Aber schon heute hat unser Schloss bereits eine unglaubliche Ausstrahlung, darum committen wir uns alle ganz stark für diesen Ort und darum liegt dieser uns allen auch sehr am Herzen. Wir möchten alle dieses Schloss nicht verlottern lassen.

Einerseits ist es heute bereits ein wunderschönes Ensemble – ich war am Samstagabend hier, als das Fest war, es ist einfach wunderschön, in diesem Schlosshof zu sein. Es ist unglaublich schön, diese Belebung, welche hier stattfindet. Doch etwas, was mich ebenfalls sehr bewegt, ist die über 1'000jährige Geschichte, welche hier spürbar ist und zu welcher ich mich freuen würde, wenn dies den Leuten noch etwas bewusster wird.

Aber die Kehrseite ist, wenn ich die Gebäude anschau: Zum Beispiel das dunkle Chornhuus, bei welchem man in den grössten Teil nicht mehr rein darf oder die Fassade des Ritterhuus, oder eben die oberen Stockwerke des Ritterhuus, da wird es mir schon eher etwas weh ums Herz. Und ehrlich gesagt fühlt es sich auch nicht so gut an, in welchem Zustand unser Schloss heute ist.

Und ihr habt es selber gesagt, es ist nicht ganz einfach für eine Gemeinde wie Köniz, welche einen hohen Investitionsstau hat, ganz viele Investitionen tätigen muss, diesem Schloss hier gerecht zu werden. Denn es war nicht so, dass man es in der Vergangenheit nicht gewollt hätte, sondern es hatte nebst all den anderen wichtigen Investitionen einfach nie Platz. Und ich wage zu prophezeien, ohne diese Stiftung wird sich dies auch nicht ändern.

Ich glaube, dass dieses Herz, welches hier schlägt - das Herz von Köniz, das Herz der Region - dass dieses Herz auch ganz stark in diesem Geschäft spürbar ist. Das ist wie ein Übergang. Das habe ich vom ersten Tag an gespürt. Vom ersten Tag in meinem Amt hat mich dieses Geschäft begleitet und wie es bei einem so grossen komplexen Geschäft ist, haben ganz viele Personen mitgewirkt, damit dies überhaupt zustande kommen konnte und damit wir euch diese Vorlage heute überhaupt hier vorlegen können. Die Verhandlungen und die Zusammenarbeit - und das ist mir sehr bewusst geworden - diese waren geprägt von gegenseitigem Respekt. Irgendwie hat dieses Schloss eine ganz gute Ausstrahlung. Und man hat auch immer zusammen an dieses gemeinsame Ziel geglaubt, dass wir hier eine nachhaltige Lösung finden können, mit welcher das Potential dieses Schlosses mehr ins Zentrum rückt und wodurch das Schloss noch mehr Ausstrahlung gewinnen kann und man noch mehr Sachen hier machen können.

Es freut mich sehr, dass ich hier und heute mit Überzeugung sagen kann, dass diese Vorlage keine Verlierer:innen hat, sondern nur Gewinner:innen - dass alle involvierten Parteien etwas davon haben und dass es zusammen so weiter gehen kann. Darum ist auch das Commitment aller Parteien extrem hoch, weil man eben immer Lösungen gesucht hat, auch wenn Probleme aufgetaucht sind, und wieder alle einverstanden sein konnten. Das hat mich bei der Erarbeitung enorm bewegt, dass man merkt, wenn ein solcher Prozess einmal im Gang ist und dieser positiv verläuft, dass dies auch enorm viel Energie freisetzen kann.

Viele dieser Kräfte, welche massgeblich daran mitgewirkt haben, sind heute hier und darum möchte ich sie namentlich erwähnen, so dass ihr auch einen Eindruck erhaltet, wer hier alles mitgearbeitet hat: Einerseits, und das könntet ihr den Stiftungsunterlagen entnehmen, danke ich natürlich zuallererst allen designierten Stifter:innen, welche jetzt in den Stiftungsunterlagen erwähnt sind und welche neben der Gemeinde als Stifter:innen fungieren. Wir glauben alle zusammen an die Zukunft Schloss Köniz und ohne euch würde es nicht gehen. Ich habe sie bereits erwähnt, das ist einerseits die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde, namentlich der Kirchgemeinderat, heute mit seinem Präsidenten, Thomas von Känel, mit welchem wir eine sehr gute Zusammenarbeit hatten und wo ich sehr froh bin, dass wir immer unterwegs Lösungen gefunden haben. Ich möchte hier auch noch die Kirchenkreis-kommission Mitte erwähnen, denn das Ritterhuus ist ihr Gebäude, welches sie heute brauchen. Diese hat es auch gebraucht und auch sie mussten hier ein Commitment abgeben. Sie waren enorm positiv. Hier möchte ich insbesondere Jost Kutter danken, welcher dort Mitglied in der Infrastrukturkommission ist. Ganz herzlich möchte ich dem Verein Rossstall danken - wir sind heute hier auf seinem Boden. Ohne den Verein Rossstall wäre dies alles gar nicht möglich gewesen, ich komme dann später noch zu einer bestimmten Person. Die Stiftung Schulmuseum - das ist vielleicht nicht allen bekannt - aber die Stiftung Schulmuseum Bern, welche hier den Sitz auf dem Schloss hat, war auch bereit einzusteigen und der Stiftung auch ideell eine Breite zu geben. Das ist enorm wichtig, dass sie breit aufgestellt ist, damit sie steuerbefreit sein kann und da will ich ganz herzlich dem Stiftungsratspräsidenten Ernst Jörg danken, welcher unserem Anliegen gegenüber sehr offen war und ich freue mich auch, dass die Stiftung weiterhin hier das Schulmuseum haben wird.

Und da komme ich gleich zum nächsten Punkt: Zu allen Organisationen, welche heute schon hier sind. Diese hätten auch sagen können, dass sie nichts ändern wollten, dass sie nicht wollen, dass alles auf den Kopf gestellt wird. Und das ist auch nicht so, wir wollen gar nicht alles auf den Kopf stellen, sondern wir haben von Anfang an mit diesen Organisationen zusammengearbeitet, denn diese machen ja heute die Belebung dieses Ortes aus und es soll ja nicht eine Abkehr von diesem bewährten Rezept sein, sondern eine Weiterentwicklung. Und doch bin ich enorm dankbar, dass diese Organisationen so offen mitgemacht haben und so intensiv mit uns in den Austausch gegangen sind und auch wirklich Interesse an Neuem hatten. Da möchte ich speziell dem Verein Kulturhof Schloss Köniz danken und dem Präsidenten, Daniel Kreuzer, aber auch der Musikschule, um einen weiteren grossen Player zu erwähnen, unter dem Präsidenten Bruno Marty.

Das Projekt war im besten Sinne des Wortes ein interdisziplinäres Projekt in der Verwaltung, in welchem unglaublich viele verschiedene Fachrichtungen zusammen gearbeitet haben und darum möchte ich auch mal namentlich aufzählen, wer dies war: Das war einerseits die Projektleitung, Andri Probst, welcher die Leitung der Fachstelle Kultur hat, in sehr enger Zusammenarbeit mit den Immobilien, mit Daniel Spahlinger.

Ihnen beiden gebührt ganz grossen Dank, dass diese Vorlage heute so aussieht, wie sie ist, aber auch der Leiterin der Fachstelle Kommunikation, Susanne Bandi, welche immer wieder wichtige Mitwirkungen gemacht hat. Und dann danke ich natürlich noch dem Rechtsdienst, Roland Feuz wie auch unserem Leiter Finanzen, Pascal Meuwly und ihren Mitarbeitenden.

Wir hatten fachliche Unterstützung des Stiftungszentrum.ch. Auch ihnen möchte ich ganz herzlich danken, insbesondere Linda Zurkinden-Erismann, aber auch ihrem Team. Dann danke ich den designierten Stiftungsrät:innen, diese haben nämlich sehr früh zugesagt, als sie noch gar nicht so genau wussten, worauf sie sich hier einlassen und sie sind wirklich immer mit vollem Engagement an Bord geblieben und sind jetzt wirklich bereit und das freut mich enorm. Da möchte ich Sandra Lager danken, welche als Delegierte der Gemeinde in diesem ersten Stiftungsrat Einsitz nehmen wird. Herbert Mössinger, welcher vom Verein Rossstall ist, aber auch mit Herz und Seele dieses Schloss hier vorantreiben möchte. Hans Traffelet, welcher ganz viel Erfahrung vom Gurten mitbringt. Iris Widmer, welche wir alle kennen, welche auch bereits im Bereich Kultur im Kulturhof mit dabei war, aber natürlich auch hier im Parlament. Und Roland Röthlisberger, welchen die meisten hier auch kennen, welcher einerseits das Schloss kennt, aber auch als Delegierter der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde hier wirklich einen ganz guten Link schlagen kann, so dass die Kirchgemeinde und wir beide sehr gut in diesem Stiftungsrat vertreten sind - das schafft Vertrauen.

Ganz zum Schluss möchte ich noch – das klingt vielleicht etwas ungewöhnlich, aber das meine ich ziemlich ernst - meinen Gemeinderatskollegen danken. Denn dieses Geschäft war oft im Gemeinderat. Wir mussten immer wieder Entscheide von grosser Tragweite fällen und das war wirklich enorm positiv und konstruktiv. Merci vielmals, insbesondere Thomas Brönnimann, welcher den Startschuss zum Geschäft gab und welcher als Direktionsverantwortlicher der DSL immer sehr eng mit dabei war. Das war enorm schön, dass wir dieses grosse Projekt zusammen umsetzen konnten.

Ich glaube, das ist mit allen grossen Sachen so, das muss man zusammen machen und darum bin ich enorm guter Dinge für die Zukunft. Denn ich habe es bereits gesagt, das ist ein grosser Meilenstein, doch das ist noch nicht der Schluss. Es wird hier enorm viel Engagement vom Stiftungsrat brauchen und von vielen weiteren Organisationen, welche hier tätig sind, auch von der Bevölkerung, auch von zukünftigen Geldgeberinnen und Geldgebern - das ist hier nicht fertig. Aber wir kommen wirklich mit diesem Meilenstein hier in eine ganz neue Ära. Und die Zukunft Schloss Köniz kann jetzt hier mit eurer heutigen Entscheid in Richtung Stimmbevölkerung und dann hoffentlich am 1. Januar 2025 voll durchstarten.

Ich möchte der GPK und der Finanzkommission für die gute Aufnahme danken. Es ist mir bewusst, dass es eigentlich drei Geschäfte in einem sind und da ist es nicht ganz einfach, das alles nachvollziehen zu können. Das war enorm positiv, mit euch zusammen zu arbeiten. Ich kann in diesem Sinne auch den Abänderungsantrag der Finanzkommission verstehen. Dieser wurde zwar im Gemeinderat nicht besprochen, aber das steht in diesem Sinne weiter hinten und auch im Parlamentsantrag und ich finde es gut, wenn man dieses "Das Wichtigste in Kürze" noch ergänzt, da es ja wirklich enorm komplex ist. Diesem Antrag kann ich also viel positives abgewinnen und würde diesen persönlich zur Annahme empfehlen. Und ich möchte noch kurz sagen: Es ist nicht so, dass wir etwas verschleiern wollten, die Zahlen sind alle aufgeführt, auch die Anträge sind alle aufgeführt. Man muss rechtlich einfach immer unterscheiden, bei welchen Anträgen der Betrag stehen muss, wo es Folgekosten sind und wir haben uns Mühe gegeben, dies im Antrag in der Botschaft so auszuführen und vor allem auch im öffentlichen Parlamentsantrag die zusätzlichen Informationen hineinzuschreiben.

Am Schluss gibt es noch eine Frage wegen dem Kulturhof, ob es hier Konkurrenz gibt. Das ist nicht so angedacht, im Gegenteil: Die Gemeinde wird weiterhin ihre Kulturverträge mit dem Kulturhof machen, das sind ja diese tripartiten Verträge und diese werden sehr gut mit dem Stiftungsrat zusammenarbeiten. Wie die zukünftige Form aussieht, können diese aber untereinander vereinbaren, für die Gemeinde braucht es einfach eine klare Ansprechperson für diese Verträge. Wir wollen diesen klar weiterhin hier auf dem Schoss haben.

In diesem Sinne bleibt mir nur noch, euch für die positive Aufnahme zu danken und ich freue mich sehr über die breite Zustimmung, welche sich hier abzeichnet, vielen Dank.

**Gemeinderat, Thomas Brönnimann, GLP:** Vielen Dank, dass ich auch noch einige Worte dazu sagen kann, es hat hier ja doch noch einige Millionen im Bereich Immobilien mit dabei. Und das Geschäft, ich gebe es zu, ist für mich ein emotionales Geschäft, es hat mich in meiner ganzen Amtszeit begleitet - das sind doch schon über zehn Jahre - und in den letzten zweieinhalb Jahren haben wir es jetzt so weit gebracht, dass es für das Parlament und für das Volk reif ist. Es ist uns gelungen, all diese Player, welche es hier gibt, an Bord zu holen. Den Verein Rossstall, die reformierte Kirchgemeinde, das Schulmuseum, der Kulturhof und die Musikschule.

Das ist eine Leistung und jene, welche diese Leistung vollbracht haben, wurden erwähnt: Das waren Andri Probst und Daniel Spahlinger, die guten Geister in der Verwaltung, welche man häufig nicht sieht. Daher schadet es wohl nicht, wenn wir diesen hier zweimal danken.

Die Gemeinde gibt mit diesen Gebäuden auch eine grosse Last ab. Das muss man aus Immobilien-sicht nochmals betonen. Das ist nicht ein Geschenk, wie einige meinen. Wir hätten es unmöglich geschafft, weit über CHF 20 Mio. zu investieren. Was wir jetzt noch machen dürfen – und das freut mich ganz besonders, ist, dass wir im Ritterhuus vom 1. Stock bis unter das Dachgeschoss mit Terrasse – und ihr werdet alle Freude haben, wenn ihr dann einmal in diesem Dachstock auf dieser Terrasse seid – mit CHF 3.5 Mio. fit für einen multifunktionalen Gebrauch machen. Diese CHF 3.5 Mio. – ich betone das, da werden wir uns daran halten - diese schauen wir als Kostendach an und sie sind gut investiert.

Es freut mich wirklich auch sehr, haben wir Profis für den Stiftungsrat gewonnen. Mit Hans Traffelet ein Gastro- und Stiftungsprofi, mit Herbert Mössinger - er war wirklich, wenn man die letzten 10, 15, 20 Jahre anschaut, die treibendste Kraft – einen Immobilienprofi und jemanden, welcher hier im Rossstall eigentlich schon demonstriert hat, was er aus einem Gebäude machen kann, welches zuvor beinahe zusammengefallen ist. Ihr erlebt es an jeder Parlamentssitzung und wenn ihr hier schon an Partys wart, dann seht ihr, wie multifunktional dieser Rossstall ist und vielleicht werden die anderen Gebäude ihn als Vorbild nehmen können. Mit Sandra Lagger haben wir eine Fundraising Professional, welche Präsidentin des Schlossclubs war, welche weiss, wie man Leute um den Finger wickelt, dass wenn sie in einem prominenten Club sind, Tausende Franken zahlen pro Jahr. Vielleicht gibt es dann ja noch einen Platin-Club, wo sie CHF 10'000 zahlen, ich weiss es nicht. Iris Widmer, eine ausgewiesene Juristin, welche ebenfalls gewährleistet, dass der Kulturhof direkt vertreten ist und Roland Röthlisberger als Vertreter der Kirchgemeinde, welcher weit über 30 Jahre Kulturprofi und Veranstaltungserfahrung hat. Ihr seht es, die Leute werden dies besser können, als wir Politiker, Gemeinderäte, dies je hätten können. Und darum ist jetzt der Moment abzugeben. Ich danke meinen Gemeinderatskollegen, insbesondere auch Tanja Bauer, welche dieses Geschäft mit vollem Elan übernommen hat, damit wir es jetzt vor das Volk bringen können. Ich danke euch, dem Parlament, dass ihr in diesen schwierigen finanziellen Zeiten bereit seid, doch rund CHF 8 bis 10 Mio. – es wurde gesagt, je nachdem wie man rechnet, aber es ist ein grosser, namhafter Betrag – aufzuwerfen und in dieses Schloss zu investieren. Es ist gut investiert, es ist eine gefreute Sache und ich zweifle keinen Moment daran, dass dies gut werden wird.

## **Beschluss über Antrag an die Stimmberechtigten**

1. Mit 38 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
  - 1.1. Der Gründung der Stiftung Schloss Köniz wird zugestimmt.
  - 1.2. Dem vorbereitenden Landgeschäft Rossstall wird zugestimmt (Grundstück Köniz/9574, Aufhebung des Baurechts Köniz/10391).
  - 1.3. Dem vorbereitenden Landgeschäft Ritterhuus wird zugestimmt (Grundstück Köniz/9568, Aufhebung von Stockwerkeigentum, Bildung von Miteigentum und Alleineigentum).
  - 1.4. Der Überführung der Schlossliegenschaften im Gemeindeeigentum (Grdst. 9568, 9574, 89) ins Finanzvermögen per 1. Januar 2025 wird zugestimmt.
  - 1.5. Der Abgabe der Grundstücke Köniz/9574, Köniz/89 und Köniz/9568 (Anteil der Gemeinde) im Baurecht zu einem Baurechtszins von total CHF 2 pro Jahr wird zugestimmt.
  - 1.6. Der Kredit für den Einschuss in die Stiftung Schloss Köniz von CHF 4,5 Mio. zu Lasten der Erfolgsrechnung Konto Nr. 4680.3636.01 «Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck (Stiftung Schloss Köniz)» wird beschlossen.
  - 1.7. Der Kredit für die Sanierung der gemeindeeigenen Stockwerkeinheiten des Ritterhuus' von CHF 3,5 Mio. zu Lasten Konto Nr. 4680.5040.0223 «Ritterhuus Sanierung und Ausbau Dachstock» wird beschlossen.

- 1.8. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt, alle Folgegeschäfte abzuschliessen (z.B. Gründung der Stiftung, Abschluss der definitiven Baurechtsverträge). Er kann zudem kleinere Änderungen materieller und formeller Natur in eigener Kompetenz vornehmen. Die Befugnis zur Vertragsunterzeichnung kann der Gemeinderat weiterdelegieren.

### **Beschluss über Abänderungsantrag Finanzkommission zur Abstimmungsbotschaft**

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der Finanzkommission zu:

S. 3, Kapitel "Das Wichtigste in Kürze", Einschub zwischen Absatz 3 und 4: Der heutige Finanzbedarf für eine umfassende Sanierung sämtlicher Gebäude und Räume ist enorm, Schätzungen gehen von CHF 15 bis 25 Mio. CHF aus. Das übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Köniz. Die Gemeinde investiert insgesamt CHF 8 Mio. für die Zukunft des Schlosses, CHF 4,5 Mio. als Einschuss in das Stiftungskapital und CHF 3,5 Mio. für die Sanierung des Ritterhuus. Damit wird ermöglicht, dass Sanierungen durch die Stiftung realisiert werden können. Private steuerbefreite Trägerschaften wie die vorgesehene gemeinnützige Stiftung Schloss Köniz können private und öffentlichen Gelder akquirieren, die für eine Gemeinde nicht oder nur schwer zugänglich sind.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

### **Beschluss Abstimmungsbotschaft (Schlussabstimmung)**

Das Parlament stimmt der bereinigten Botschaft und dem Wortlaut der Abstimmungsfrage zu.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

PAR 2024/68

### **Wabern, Lerbermatt; Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur; Projektierung**

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

#### **1. Ausgangslage**

Das vorliegende Geschäft startete im Mai 2016 im Könizer Parlament mit einer überparteilichen Motion 1532 zur „Verbesserung der Fussballstruktur im Raum Wabern“. Diese wurde einstimmig als Postulat erheblich erklärt, mit dem Auftrag ein Projekt auszuarbeiten.

Mittels einer Machbarkeitsstudie im 2017 (GRB 120, März 2017) wurde die Vergrösserung des Rasenfeldes wie der Standort für ein neues Garderobengebäude geprüft. Das Resultat wurde im GR präsentiert und im 2018 zu einem Bauprojekt ausgearbeitet (GRB 626, Dezember 2017).

Da der Standort für das neue Garderobengebäude nicht zonenkonform war, musste 2019 die ZöN Lerbermatt in einem geringfügigen Verfahren angepasst werden. Das AGR genehmigte die Änderung im Januar 2022. Dann folgte der Budget- resp. der Planungsstopp.

##### **1.1 Stand heute**

Aktuell liegt das mit dem Kanton homologierte Bauprojekt mit dem Baubeschrieb und dem Kostenvoranschlag vom 25. Mai 2018 vor. Dieses muss durch das Planerteam komplett überarbeitet werden. Die Energievorschriften sowie Teile der SIA Normen haben sich zum Teil erheblich verändert. Die Baukosten haben sich in der Zwischenzeit massiv erhöht.

Im aktuellen Investitionsplan sind die Kosten für die Umsetzung des Projektes in den Jahren 2024 und 2025 eingestellt.

Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung betreffend ZöN Gymnasium und Seminar Lerbermatt ist durch das AGR genehmigt und in Kraft.

Die Ausnahmebewilligung (ANF) für den Eingriff in die Hecke an der Kirchstrasse (Standort Neubau Garderobengebäude) ist unter Auflagen der Baubewilligung genehmigt und in Kraft.

## 2. Absicht

Da das Bauprojekt mittlerweile fast sechs Jahre alt ist, muss es vollumfänglich in den Bereichen Vorschriften, Energie, Bautechnik und Baukosten überprüft und überarbeitet werden.

Mit dem vorliegenden PARA wird der dazu nötige Kredit bewilligt. Mit dem Planerteam wurde bereits eine Startsituation durchgeführt. Das Projekt wird in zwei Phasen weiterbearbeitet:

- In der ersten Phase (vorliegender PARA) wird das Bauprojekt überprüft, überarbeitet und das Baugesuch vorbereitet
- In der zweiten Phase wird dann der Ausführungskredit via Parlament beantragt

Parallel zur ersten Phase laufen die Gespräche mit den verschiedenen Ansprechpartnern des Kantons (AGG).

## 3. Projekt (Überprüfung und Überarbeitung)

Das vorliegende Bauprojekt bezeichnet die Projektteile „Erweiterung Fussballrasenfeld“ und „Neubau Garderobengebäude/Clublokal“. Diese sind aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten als eine Planungseinheit zu betrachten. Die Erweiterung des Rasenfeldes muss sich am Standort des neuen Garderobengebäudes ausrichten. Dadurch entsteht im Verbund eine homogene Fussballanlage.

### 3.1 Erweiterung Fussballrasenfeld

Grundsätzlich ändert sich an den bereits ausgearbeiteten Planungsabsichten nicht viel.

Das Rasenfeld bleibt ein Naturrasen, der den Vorschriften resp. Richtlinien des SFV für die Spielklasse der 2. Liga interregional angepasst werden soll. Das Bauprojekt wird der verantwortlichen Instanz (Sportplatzkommission Regionalverband SFV) vorgängig zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt, damit dies nach Abschluss der Bauarbeiten entsprechend durch den SFV homologiert werden kann.

Das Projekt wird dem Kanton, der Schule und den betroffenen Fussballvereinen erneut vorgestellt und zusammen überprüft.

Die Kosten müssen komplett überarbeitet werden.

Zusätzlich zum bisherigen Projekt muss die Sportplatzbeleuchtung beurteilt werden. Die bestehende Anlage ist mittlerweile sanierungsbedürftig und lohnt sich nicht mehr umzubauen. Hier muss zusammen mit dem Kanton unter Einhaltung der aktuellen Umweltvorgaben bezüglich der Lichtemissionen und der Betriebskosten (LED) eine geeignete Schnittstelle gefunden werden. Gespräche mit dem AGG sind am Laufen.

Ebenfalls zusätzlich muss die gesamte Entwässerung der Anlage überprüft werden. Gemäss aktuellen Angaben des AGG sind Abklärungen im Gange, die gesamte Meteorwasserentwässerung wegen periodisch auftretenden Rückstaus zu sanieren. Das muss zusammen koordiniert werden.

### 3.2 Neubau Garderobengebäude / Clublokal

Der Standort befindet sich an der nord-östlichen Parzellengrenze mit dem minimalen baurechtlichen Strassenabstand zur Kirchstrasse. Der pavillonartige Neubau (Holzkonstruktion) ist als eingeschossiger, lang gezogener Bau konzipiert und orientiert sich zum Spielfeld hin.

Aufgrund der massiv gestiegenen Bau- und Energiekosten und den veränderten energetischen Anforderungen muss das Gebäude in allen Belangen überprüft werden.

#### **Zwingende Projektüberprüfungen resp. Anpassungen**

##### Gesetze, Normen, Vorschriften

- Einhaltung Energiegesetz; Überarbeitung der U-Werte und der bauphysikalischen Anforderungen
- Einhaltung der SIA-Normen
- Einhaltung der Auflagen Procap (hindernisfreies Bauen)
- Einhaltung der Auflagen der GVB

### Überprüfung Gebäudestandard

Es gilt der Gebäudestandard 2015. Die Prüfung soll zeigen, ob nach Minergie-P-Eco oder Minergie-A-Eco gebaut werden soll. Zusammen mit dem Energiecontroller der Gemeinde Köniz sollen die Varianten nach Verhältnismässigkeit und den resultierenden Kostenfolgen ausgewertet werden. Der ökologische Bau-Standard ECO ist Pflicht.

### Wärmeerzeugung / Warmwasser

Der bisher geplante einfache und günstige Gasanschluss ist heute politisch kaum noch vertretbar. Spätestens bis 2035 müsste das Gebäude dann sowieso zu 100% erneuerbar beheizt werden (Klimaschutzreglement). Es sollen die folgenden Optionen geprüft werden:

- Luft-Wasser Wärmepumpen in Kombination mit einer Solaranlage (PV oder und thermisch)
- Anschluss an die Schule Lerbermatt; aktuell noch Gas, aber ab 2028 Anschluss an den Wärmeverbund Bern-Wabern (Entscheid EWB 08. März 2024)

### Einhaltung Entwässerungsvorgaben

- Überarbeitung der Versickerung Dachwasser > Koordination mit Massnahmen AGG

### Überprüfung der Vorschriften Gasleitung

- Die Gasleitung im Perimeter des Neubaus muss zusammen mit dem EWB koordiniert werden

### Überprüfung der architektonischen Gestaltung mit der kantonalen Denkmalpflege

- Durch die Revision des kantonalen Bauinventars sind neu sämtliche Gebäude des Gymnasiums Lerbermatt als schützenswerte K-Objekte eingetragen
- Die Setzung sowie die architektonische Gestaltung des Garderobengebäudes müssen dem qualitativ hochstehenden Standort rund um die Baudenkmäler gerecht werden

### **Weitere Projektüberprüfungen**

- Einbau von Unisex-WC Anlagen
- Bildung eines ZEV (Zusammenschluss Eigenverbrauch der PV-Anlage) auf dem Schulareal
- Optimierung der Baukonstruktionen und Baumaterialien zur Minimierung der Baukosten
- Zufahrt der Anlieferung zum Clublokal ab der Kirchstrasse mit der AVU
- Abfallkonzept mit der AUL

### Nutzungsvereinbarung AGG

Mit dem AGG laufen die Gespräche für die definitive Nutzungsvereinbarung für den Betrieb und Unterhalt des neuen Garderobengebäudes und Rasenfeldes.

### **3.3 Planer Leistungen**

Die Planer wurden seinerzeit (2016) mittels Einladungsverfahren evaluiert und beauftragt.

## **4. Finanzen**

Die Kostenermittlung basiert auf Offerten (Genauigkeit +/-10%; Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand Oktober 2023 113.7). Inkl. MwSt. 8.1%.

### **Bisherige bewilligte Projektierungskredite Kompetenz Gemeinderat**

GRB 120, 22. März 2017	CHF	50'000
GRB 626, 20. Dezember 2017	CHF	90'000
Total	CHF	140'000

### **Neuer Projektierungskredit; Überarbeitung Bauprojekt**

#### **Planer Leistungen nach BKP**

BKP 291 Architektur	CHF	35'000
BKP 292 BauingenieurIn Statik	CHF	10'000
BKP 292 BauingenieurIn Werkleitungen	CHF	8'000
BKP 292 BauingenieurIn Holzbau	CHF	15'000
BKP 293 ElektroingenieurIn	CHF	10'000
BKP 294 HLKK- und SanitäringenieurIn	CHF	30'000
BKP 296 SpezialistIn; Bauphysiker	CHF	10'000
BKP 296 Spezialist; LandschaftsarchitektIn, GeologIn	CHF	25'000



BKP 298 Gesamtplanung; Koordination Haustechnik	CHF	5'000
Nebenkosten; Pläne, Muster, Modelle etc.	CHF	15'000
Reserve	CHF	7'000
<b>Total Planer Leistungen neu inkl. 8.1% MwSt.</b>	<b>CHF</b>	<b>170'000</b>

Total Projektierungskredite zusammen CHF 310'000

#### 4.1 Investitionsplan / IAFP

Im Investitionsplan sind unter der Rubrik 3750.5040. Gymnasium Lerbermatt, Kirchstrasse 64, Sanierung, folgende Kosten eingestellt:

- Jahr 2024 CHF 2 Mio.
- Jahr 2025 CHF 3 Mio.

Bei der Überarbeitung des IAFP werden die Summen und Ausgabenjahre entsprechend dem aktuellen Terminplan angepasst.

#### 4.2 Kostenbeiträge

Das Gesuch um Beiträge aus dem kantonalen Sportfonds wird ausgearbeitet und eingereicht.

Selbiges für die neue PV-Anlage.

Gemeindeintern werden die Zuschüsse aus der Spezialfinanzierung Klimaschutz und bei der Mehrwertabschöpfung geprüft.

### 5. Termine

Aktuell erfolgen die Überprüfungen und Anpassungen des Bauprojektes aus dem Jahre 2018.

Parallel laufen die Abklärungen mit allen Ämtern des Kantons, der Schule und der Vereine.

Das Baugesuch mit allen energetischen und baurechtlichen Abklärungen befindet sich in Arbeit.

Geplant ist, das Geschäft mit dem Ausführungsprojekt im Oktober 2024 im Parlament zu beschliessen.

Bauausführungsphase ab ca. April 2025 bis Ende 2025 (je nach Dauer des Baubewilligungsverfahrens).

### 6. Folgen bei Ablehnung des Geschäfts

Die sozial wichtige Erweiterung der Infrastruktur zugunsten der FussballerInnen könnte nicht realisiert werden. Die Engpässe rund um die Garderobenbelegungen für die FussballerInnen in der Sporthalle der Schule bleiben bestehen. "Köniz schaut hin" kann nur bedingt eingehalten werden.

Das Fussballrasenfeld erfüllt weiterhin nicht die Vorgaben des SFV. Es braucht für den Fussball-Betrieb resp. für die Durchführung von Meisterschaftsspielen weiterhin Ausnahmegewilligungen. Dazu sind wir auf die wohlwollende Prüfung derselbigen Sportplatzkommission angewiesen.

Die Gemeinde Köniz verfügt weiterhin über zu wenig ligataugliche Fussballfelder (100 x 64 Meter).

Gemäss Sportanlagenkonzept fehlen aktuell bis zu vier Fussballplätze (die Gemeinde wächst).

Der Standort Lerbermatt ist bis zur Entwicklung von Kleinwabern die einzige Möglichkeit, im Ortsteil Wabern die Infrastruktur für die Fussballjugend zu verbessern.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Projektierungskredit für das Geschäft Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur von CHF 170'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5290.2418, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur wird bewilligt.

Köniz, 03. Juli 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) AGR Gesamtentscheid 19.01.2022
- 2) Folgekosten bei Investitionen

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Hier handelt es sich um einen Kredit der Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Ihr habt die folgenden Sitzungsakten: Bericht und Antrag des Gemeinderates, die Tischvorlage mit Anträgen für zusätzliche Beschlussziffern. Im Anhang 1 wurden die Namen der Einsprecher:innen nachträglich geschwärzt. Zum Vorgehen: Die GPK-Referentin hat das Wort, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann die Abstimmungen.

**GPK-Referentin, Kathrin Gilgen, SVP:** Als GPK-Referentin danke ich der Abteilung Immobilien für die Aufarbeitung und Vorbereitung des Geschäfts und für die Informationen und Beantwortung der Fragen aus der Kommission.

Nach der einstimmigen Überweisung des Postulats 1532 im Mai 2016 wurde nach einer Machbarkeitsstudie dann im Jahr 2018 ein Bauprojekt ausgearbeitet. Da nicht zonenkonform, mussten Anpassungen in einem geringfügigen Verfahren gemacht werden, welche dann im Jahr 2022 vom AGR genehmigt wurden. Die Änderungen der baurechtlichen Grundordnung betreffend ZöN Gymnasium und Seminar Lerbermatt und auch die Ausnahmegewilligung für den Eingriff in die Hecke, sind genehmigt und in Kraft. Das mit dem Kanton homologierte Bauprojekt liegt vor, ist aber inzwischen sechs Jahre alt und muss daher vollumfänglich überprüft und überarbeitet werden. Die Gespräche mit den verschiedenen involvierten Ansprechpartnern sind wieder aufgenommen worden. Somit befinden wir hier über den Antrag eines erneuten Projektierungskredits in der Höhe von CHF 170'000.

In der GPK wurde dieser hohe Betrag auch kontrovers diskutiert. In den Unterlagen, wie auch mündlich an der GPK-Sitzung, wurde dieser damit begründet, dass zwingende Überprüfungen und Anpassungen, wie auch weitere zusätzliche Projektüberprüfungen vorgenommen werden müssen. Mit dem Klimaschutzreglement, der Situation, dass neu sämtliche Gebäude der Lerbermatt als schützenswerte K-Objekte eingetragen sind und Änderungen von Gesetzen, Normen und Vorschriften sind ausschlaggebend, dass die Überprüfung aufwändig und somit mit hohen Kosten verbunden ist.

Das Ziel ist - insofern dem Projektierungskredit hier heute zugestimmt wird - dass noch in diesem Jahr ein Ausführungskredit dem Parlament vorgelegt werden soll. Der IAFP wurde angepasst und es sind im Jahr 2024 CHF 2 Mio. und 2025 CHF 3 Mio. eingestellt - dies wird sich aber zwangsläufig noch um mindestens ein Jahr nach hinten verschieben. Für Kostenbeiträge aus dem kantonalen Sportfonds wird ein Gesuch ausgearbeitet und eingereicht werden. Gemeindeintern werden Zuschüsse aus den Spezialfinanzierungen Klimaschutz und Mehrwertabschöpfung geprüft – die Hürden dort sind aber hoch.

Das Baugesuch mit allen Abklärungen ist in Arbeit und parallel laufen die Gespräche und Abklärungen mit den involvierten Parteien. Insbesondere wird auch wieder das Thema Natur- oder Kunstrasen mit dem Kanton diskutiert.

Die Abteilung ist motiviert und möchte so rasch wie möglich umsetzen, da aktuell bzw. seit langem in der Gemeinde viel zu wenig Sportinfrastruktur, besonders auch ligataugliche Fussballfelder, vorhanden sind. Ein aktuelles Sportinfrastruktur-Konzept über die ganze Gemeinde müsste dringend ausgearbeitet werden. Der vorgesehene Zeitplan für dieses Projekt ist aber sportlich angesetzt.

Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen. Es fehlen ihr jedoch die abschliessende Klärung strategischer Fragen wie

- ein Betriebskonzept: Wie wird die Anlage betrieben?
- der langfristige Bedarf der verschiedenen Nutzenden (z.B. Gymnasium, Sportvereine),
- und die Überlegungen und Abklärungen zur Frage der Rasenvarianten, also ob Natur- oder Kunstrasen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war 4 Stimmen dafür, 1 Enthaltung.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Katja Streiff, EVP:** Wir sprechen hier über einen Projektierungskredit in der Höhe von CHF 170'000. Wir sprechen aber auch von einem Projekt, welches 2018 lanciert worden ist und dann aus Mangel an Finanzen auf Eis gelegt werden musste.

Jetzt, sechs Jahre später, ist es aus dem Dornröschenschlaf erwacht und braucht jetzt darum Anpassungen, welche neue Kosten verursachen. Wie zum Beispiel die Beleuchtung des Sportplatzes mit LED, einer Photovoltaikanlage, etc.

Für die Fraktion EVP-GLP-Mitte ist es keine Frage, dass für den FC Wabern eine Lösung gefunden werden muss. Wir haben uns bei der Begehung vor Ort ein Bild machen können und danken hier auch dem FC Wabern, dass er mit uns das Gespräch gesucht und sich dafür Zeit genommen hat. Die Berücksichtigung hat gezeigt, im Moment ist für den FC Wabern eigentlich keine Infrastruktur vorhanden. Der Bedarf ist für uns darum offensichtlich.

Dazu kommt aber auch noch, dass nicht nur die Nutzer des Sportplatzes von einer neuen Beleuchtung profitieren würden, sondern auch die Anwohner. Denn es würde weniger Streulicht geben und ausserdem könnten wir auch noch Strom sparen.

Wenn wir aber sehen, dass sich die Kosten für dieses Projekt auf CHF 5 Mio. belaufen, dann müssen wir ziemlich schlucken. Das ist viel Geld für einen Verein - Garderoben und ein Fussballplatz zum Preis von mehreren Einfamilienhäusern. Das steht in unseren Augen in keinem Verhältnis, trotz Denkmalschutz und energetischer Vorbildfunktion. Zudem vermissen wir hier auch das Nutzungskonzept – die GPK-Referentin hat dies zuvor bereits erläutert. Im Hinblick auf unsere Finanzen möchten wir darum, dass eine kostengünstigere Variante geprüft wird und hoffen auf eure Unterstützung für diese von uns formulierte Auflage. Diese verlangt, dass der Gemeinderat bei der Ausarbeitung des Projekts eine kostengünstigere Variante mit einem Kostendach von CHF 4 Mio. vorlegt. Das, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage unter Berücksichtigung der Kosten-Nutzen-Verhältnisse zu schaffen. Für die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist klar, dass der Zeitpunkt, diese Varianten zu verlangen, jetzt ist und nicht zu einem späteren Zeitpunkt. Wir alle wissen aus Erfahrung, dass wenn das fertige Projekt ins Parlament kommt, Einsparungen kaum noch möglich sind. Zudem wissen wir auch aus den Gesprächen des FC Wabern, dass sie keine Luxusvariante brauchen und sich – wie wir auch – auf die Planer verlassen.

Fussballplätze sind Mangelware. Als Mutter einer Fussball spielenden Tochter, weiss ich das nur zu gut. Wir wissen, dass Naturrasen und Kunstrasen Vor- und Nachteile haben. Bei Kunstrasen fehlt der Kühlungseffekt, wir sprechen von Mikroplastik und wie es auch im Antrag steht, ist Speer- und Diskuswerfen auf diesem Platz nicht möglich. Dafür generiert Kunstrasen deutlich mehr Nutzungsstunden und bietet den Vereinen einen ganzjährigen Gebrauch. Ausserdem ist er im Unterhalt kostengünstiger. Wenn wir Diskussionen um die Knappheit der Fussballplätze verfolgen, dann sind die möglichen Nutzungsstunden aus unserer Sicht wichtig. Das Anliegen bezüglich des Speer- und Diskuswerfens ist ein Anliegen des Kantons für die Gymnasiasten und Gymnasiastinnen. Auf der Lerbermatt gibt es aber noch eine weitere Wiese, welche gebraucht werden kann und diese ist für Speer- und Diskuswerfen geeignet.

Aus diesen Gründen ist es für die Fraktion der GLP-EVP-Mitte wichtig, dass der Gemeinderat nicht nur einen Naturrasen prüft, sondern sich auch beim Kanton für die Prüfung eines biologisch abbaubaren Kunstrasens einsetzt. Die Bedürfnisse an Fussballplätze steigen, Plätze vermehren sich aber nicht. Darum bitten wir um Unterstützung der zweiten Auflage, welche euch vorliegt, mit dem Ziel, wenn möglich eine ganzjährige Nutzung zu ermöglichen.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion wird diesem Projektierungskredit zustimmen und wir hoffen auf eure Unterstützung bei den Anträgen, welche euch vorliegen, denn so schaffen wir eine Stärkung für den Fussball in Köniz, aber mit vertretbarem Aufwand.

Und noch zu den Anträgen der SVP/FDP: Diese werden wir mit Ausnahme von Ziffer 1b unterstützen. Wir halten an Ziffer 1a fest, weil wir es richtig finden, dass hier ein klarer Betrag als Kostendach genannt ist. Wir gehen von Einsparungen in der Höhe von CHF 1 bis 2 Mio. aus und nicht in der Höhe von rund CHF 10'000 und das wird so auch klar deklariert und beziffert. Danke für die Unterstützung.

**Fraktionssprecherin SVP, Corina Burren:** Wir von der SVP-Fraktion sehen ein, dass die Nachfrage nach ligatauglichen Fussballfeldern in unserer Gemeinde deutlich höher ist, als das Angebot. In Zeiten wie jetzt, wo Köniz grosse finanzielle Herausforderungen zu bewältigen hat – schon mit den Stichworten Schulraummangel oder Bevölkerungswachstum, wisst ihr alle, was ich damit meine – habe ich mich schon gefragt, ob dieser grössere Rasen zum Fussball spielen wirklich das Dringlichste ist? Ja ist es. Die Investition in die Planung von einem grösseren Fussballfeld in der Lerbermatt ist nötig und sinnvoll, sagen wir in unserer Fraktion. Dass es Infrastrukturen für Sportplätze braucht, ist unbestritten. Und wir sind überzeugt, dass es besser ist, einen bestehenden Rasen zu erweitern, als irgendwo auf "freier Wiese" eine neue – wir wissen es - nicht ökologische, aber bezüglich Freizeit sinnvolle Rasenfläche zu schaffen.

Ein Projektierungskredit in der Höhe von CHF 140'000 ist bekanntlich vom Gemeinderat bereits gesprochen worden. Dem beantragten Kredit in der Höhe von CHF 170'000, um das auf Eis gelegte Bauprojekt wieder aufzugreifen, dieses zu aktualisieren und ein Baugesuch auszuarbeiten, werden wir als Fraktion zustimmen.

Explizit erwähnen möchte ich hier, dass es uns wichtig ist, dass, wie es die GPK-Referentin bereits erwähnt hat, strategische Fragen bezüglich Betriebskonzept, langfristigem Bedarf der verschiedenen Nutzung und Rasenvarianten – Kunstrasen oder Naturrasen – zeitnah und gut durchdacht geklärt werden.

Den ersten Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, welcher darin besteht, dass eine CHF 4 Mio.-Variante ausgearbeitet werden soll, unterstützen wir nicht. Wir gehen davon aus, dass eine pragmatische Lösung gesucht wird, ohne dass explizit ein Preisschild vorgeschrieben wird. Wir sind froh, dass jetzt immerhin nur noch eine Variante und nicht wie einmal angedacht, zwei Varianten – CHF 3 Mio. und CHF 4 Mio. Projekt - gefordert werden, denn das würde ja dann wirklich zusätzlichen Aufwand – sprich Kosten – verursachen. In Anbetracht der Tatsache, dass gleichzeitig mit dem zweiten Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion mit der Investition in einen Kunstrasen geliebäugelt wird, wäre das Verlangen nach einer billigeren und teureren Variante nur unnötiger Aufwand.

Wie ihr auf der Tischvorlage sehen könnt, stellen wir den Antrag, dass der Gemeinderat die Investitions- und Folgekosten zwischen Natur- und Kunstrasen aufzeigen soll.

Werte Kollegen und Kolleginnen hier im Parlament: Den Fünfer und das Weggli können wir nicht haben. Es ist doch ein Widerspruch zu sagen, das Projekt sei zu teuer, aber es soll dann bitteschön in teuren Kunstrasen investiert werden. Das Könizer Klimaschutzgesetz kostet ja nichts und weil Kunstrasen und grün reden nicht so gut zusammenpassen, schlägt man daher vor, einen ökologisch abbaubaren Kunstrasen anzuschaffen – dann ist das schlechte Gewissen wieder beruhigt. Und damit das Ganze nicht zu teuer kommt, schreibt man am besten noch einen Maximalbetrag für die Kosten vor. Ich höre auf. Solch widersprüchliche Inhalte kann ich nicht mehr länger zitieren, das geht nicht auf.

Als Reaktion auf die beiden Anträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion stellen wir folgende Anträge:

1. Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament zur Entscheidungsfindung für das Projekt, eine "Variante mit pragmatischen Lösungen im Minimalstandard" vorzulegen. Wieso das? Die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Köniz sind bescheiden, trotz allem braucht es mehr Sportinfrastruktur und ligataugliche Fussballfelder. Mit dem Projekt in der Lerbermatt ist der Bedarf noch nicht gedeckt – somit sollen Planungen mit pragmatischen Lösungen und praxistauglichen Standards umgesetzt werden.
2. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Investitions- und Folgekosten zwischen den Varianten Naturrasen und Kunstrasen aufzuzeigen. Ob Natur- oder Kunstrasen, ist nämlich immer wieder ein Diskussionsthema. Ökologisch sind beide nicht. Der Kostenpunkt ist eine wichtige Grundlage für eine Entscheidung auch bei nachfolgenden Projekten.
3. Der Gemeinderat wird aufgefordert, beim Ausführungsprojekt eine Aufschlüsselung der Kosten bezüglich "Energiestandard Köniz" – damit meine ich das Klimaschutzreglement - und den gesetzlichen Mindestanforderungen mitzuliefern.

Verabschieden wir uns doch von Utopien, schauen der Realität in die Augen und zeigen Vertrauen gegenüber jenen Leuten, welche in der Planung erfahren sind. Es würde uns freuen, wenn ihr unsere Anträge unterstützt.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne:** Auch bei den Grünen hat dieser Antrag zu längeren Diskussionen Anlass gegeben. Einerseits sind die Bedürfnisse klar, es wurde gesagt, wir wissen seit über zehn Jahren, dass wir einen Mangel an Sportplätzen haben, insbesondere im Raum Wabern. Seither hat sich die Situation noch verschärft, Köniz ist gewachsen, Wabern ist gewachsen und es hat mehr Nutzende auf diesen Sportplatzanlagen, sowohl von den Gymnasium-Schüler:innen, wie vom FC Wabern, welcher als Verein, nebst dem Gymnasium, diese Anlagen am Meisten nutzt. Der Verein FC Wabern gehört übrigens zu den grösseren Sportvereinen in Köniz, mit etwa 570 Mitgliedern und 25 Mann- und Frauschaften ist er etwa gleich gross, wie der FC Köniz. Sie trainieren dort jeden Abend mehrere Stunden, an ganzen Samstagen hat es Matchtage für die Aktiven und diverse Turniere für die Kleinen. Jetzt ist die Situation der gemeinsamen Nutzung durch ein Gymnasium und durch den FC Wabern speziell und speziell herausfordernd.

Es ist ja grundsätzlich gut, dass Sportinfrastrukturen von verschiedenen Akteuren genutzt werden – Schulen tagsüber und Sportvereine am Abend und am Wochenende – und dass dieser gymnasiale Sportunterricht eine gewisse Priorität genießt, das kann man ein Stück weit nachvollziehen.

Aber wir haben eine Situation, in welcher dieser Verein nicht einmal einen Schlüssel hat, um zu seinem eigenen Material zu kommen. Wir haben eine Situation, in welcher wir zu wenige Garderoben haben, wenn dann auch noch in der Halle Sport betrieben wird, damit man auch die Trennung von Erwachsenen und Kindern, Männern und Frauen in diesen Garderoben machen kann. Das ist ganz schwierig und es ist auch ganz schwierig für diese ehrenamtlich Engagierten in diesem Verein, sich mit solchen Problemen herumschlagen zu müssen. Und man muss auch festhalten, dass seit Jahrzehnten an diesem Sportplatz nichts gemacht worden ist. Es gibt auf dem Markt offenbar nicht einmal mehr Ersatzglühbirnen für die Lampen und der Rasen ist ein mehrbesserer Acker. Es braucht also Verbesserungen.

Jetzt haben wir ein Geschäft, welches nun zuerst einen zusätzlichen Planungskredit abholt. Das hat uns etwas überrascht: Wir haben bereits im Juni den Ausführungskredit erwartet und darum die Frage an den Gemeinderat, warum erst jetzt und warum erst jetzt einen weiteren Projektierungskredit? Wir können nachvollziehen, dass es nach diesem langen Planungsstopp neue Berechnungen und neue Planungen braucht, aber dieses zukünftige Projekt ist doch nur sehr vage angetönt. Man hört lediglich den Finanzrahmen und was man noch alles prüfen muss und das war für uns sehr irritierend. Der Antrag war auch relativ mager, es klingt, als würde man bei null beginnen und es hat uns auch etwas irritiert, dass wir keine Skizzen oder Pläne erhalten haben, wie dies einmal aussehen könnte, sondern den gesamten Beschwerdeverlauf im Anhang. Es hat sich uns nicht erschlossen, was man uns damit kommunizieren will.

Aber für uns als Grüne/Junge Grüne-Fraktion ist klar: Es braucht Verbesserungen bei dieser Sportanlage, es braucht Verbesserungen bei der Garderobeninfrastruktur. Die Frage ist, zu welchem Preis und zu welchem Kosten/Nutzen-Verhältnis.

Diese CHF 5 Mio. haben auch uns etwas erschrocken und wir finden, dies ist erklärungsbedürftig und wir erwarten in zukünftigen Ausführungskrediten transparente Darlegungen der Kostenstruktur. Aber Kosten/Nutzen heisst eben nicht nur Kosten, sondern kann auch mehr Nutzen heissen. So zum Beispiel durch erhöhte Beispielbarkeit der Anlagen. Und in diesem Sinne stehen wir wie folgt zu den folgenden Anträgen:

Wir begrüssen grundsätzlich, dass dem Parlament Varianten vorgelegt werden. Wir bevorzugen die Variante 1a, würden aber, wenn die Variante 1b obsiegen würde, auch diese unterstützen, auch wenn dies mit den pragmatischen Lösungen und Minimalstandarten ziemlich viel Interpretationsspielraum lässt. Wir möchten auch klarstellen, dass Varianten für uns heisst, dass es nicht einfach eine Variante mit Garderobe und Vereinsgebäude gibt und eine Variante ohne Gebäude, sondern wir möchten hier gerne verschiedene Möglichkeiten sehen, vielleicht auch, wie man etappieren kann und wie man Eigenleistungen beim FC Wabern einfordern könnte. Sie haben selber an diesem Treffen, welche meine Vorrednerin erwähnt hat, signalisiert, dass sie hier durchaus auch dazu beitragen würden.

Dann möchte noch einmal mehr auf die spezielle Situation dieses Vereins hinweisen: Da sie auf einem Gymnasiumsplatz spielen, können sie zum Beispiel die Banner ihrer Sponsoren nicht hängen lassen, wie an anderen Orten, sondern das muss vor dem Match aufgehängt und nach dem Match wieder abgenommen werden. Sie können keine so coolen Aktionen machen, wie der FC Köniz, bei welchem man Steine des Stadions kaufen und seinen Namen darauf gravieren lassen kann. Denn das ist ein Gymnasiumsgebäude und es hat ansonsten keine Mauer, wo man so etwas machen könnte. Es gibt auch Limiten, von dem, was man hier verlangen kann, aber wir finden es gut, wenn der Dialog darüber geführt wird.

Wir unterstützen auch, dass man die Optionen Kunst- und Naturrasen gut abklärt. Finanziell, aber auch im Zusammenhang mit dem Lehrplan mit dem Kanton. Und in diesem Sinn unterstützen wir Antrag 2 und 3, weil wir finden, dass sich diese gut ergänzen.

Ein moderner Kunstrasen ist heute insofern vertretbar, als dass erstens so ein Sportplatz keine Biodiversitätsinsel ist – über Ökologie müssen wir hier also gar nicht gross sprechen – und wegen dem Mikroplastikabrieb, diesen kann man heute kontrollieren. Die biologisch abbaubare Variante finden wir sehr spannend, ist aber unseres Wissens noch nicht ganz marktreif. Doch wenn auch nicht, auch hier könnte Köniz sich für eine Pilotaktion zur Verfügung stellen, da würden wir dies auf jeden Fall mitunterstützen.

Abschliessend zum Antrag 4 der SVP/FDP, diesen lehnen wir ab, da dieser fachlich einfach nicht funktioniert und unnötige Rechnungsarbeit in der Verwaltung generiert. Es ist nämlich nicht das Könizer Klimaschutzreglement, welches bezüglich Energiestandards irgendwelche Kosten generiert, welche dann höher wären, als das Bauen nach den gesetzlichen Mindeststandards. Es ist das kantonale Energiegesetz, welches vorgibt, wie die öffentliche Hand bauen muss und es ist eine Frage der gewichteten Gesamtenergieeffizienz gemäss kantonaler Gesetzgebung, welche entscheidet, mit welchem Energieträger man baut.

Die geforderte Darstellung bringt keinen Mehrwert, sondern nur Mehraufwand und darum lehnen wir dies ab. Aber wie gesagt, den Anträgen 1a oder b und 2 und 3 und dem Gesamtantrag stimmen wir zu und appellieren wirklich an den Gemeinderat und die Verwaltung, umsichtig vorzugehen und mit einem Geschäft zu kommen, welches mehrheitsfähig ist und nicht am Schluss wieder durchfällt.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Rahel Gall, SP Frauen:** Köniz braucht Fussballfelder und Sportplätze. Das wurde zuvor schon oft erwähnt und ich glaube, das ist unbestritten. Es ist unbestritten, dass wir zu wenige Fussballfelder haben. Die Platzverhältnisse sind eng, Trainings können nicht oder nicht zu den gewünschten Zeiten durchgeführt werden. Und darunter leidet insbesondere auch der Frauenfussball, welcher weniger gepusht werden kann, wegen dieser engen Platzverhältnisse. Ziemlich genau vor zehn Jahren, im Oktober 2014, wurde im "Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept Köniz" bereits darauf hingewiesen, dass es diesen Mangel an Fussballfeldern gibt, speziell in Wabern. Jetzt stehen wir hier zehn Jahre später und diskutieren über dieses Geschäft und es ist sehr erfreulich, dass es jetzt weiter zu gehen scheint.

Es ist für die SP/JUSO-Fraktion nachvollziehbar, dass es seit dem ausgearbeiteten Bauprojekt aus dem Jahr 2018 unterschiedliche neue Rahmenbedingungen gibt und darum ist auch klar, dass man diesen Planungskredit jetzt nochmals anschauen muss.

Dass das Projekt den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Insbesondere aber die Überprüfung der Einhaltung von Umweltstandards sowie den Anforderungen für hindernisfreies Bauen ist uns auch inhaltlich ein grosses Anliegen und machen absolut Sinn.

Aufgrund dieser beiden Punkte - dem Bedarf von guten Fussballfeldern und den veränderten Rahmenbedingungen - ist es für uns selbstverständlich, dass wir diesem Planungskredit zustimmen.

Wir von der SP/JUSO-Fraktion haben zwei Erwartungen in diesem Zusammenhang:

1. Mit dem Projekt wird eine Verbesserung von Fussballplatz und dessen Infrastruktur erreicht, das ist gut. Doch das entscheidende Problem, nämlich dass wir zu wenige Fussballplätze haben, dieses Problem lösen wir mit dieser Sanierung nicht. Dieses Projekt darf nicht - so die dezidierte Meinung unserer Fraktion - als Entschuldigung dienen, dass zukünftig nicht mehr oder weniger in die Schaffung zusätzlicher Trainingsflächen investiert wird. Denn mit der Sanierung dieser Sportanlage haben wir nämlich keine zusätzliche Flächen.

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an den Gemeinderat: Die Platzverhältnisse im Gymnasium Lerbermatt sind eng und es gibt eine Zunahme von Schülern und Schülerinnen. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Platz nicht eigentlich ganz durch das Gymnasium selber gebraucht würde und ob geprüft wurde, ob es eine Variante wäre, dass man irgendwo ganz woanders einen neuen Platz schaffen würde? Beispielsweise auf der Balsigermatte, welche benützt wird (sei es für den Sport oder auch z.B. für eine Erweiterung von Schulraum). Parallel dazu müsste ein neuer Fussballplatz für den FC Wabern gefunden werden. Dazu liegen, wie sicher bekannt ist, unterschiedliche Ideen vor, beispielsweise die Balsigermatte. Wurde die Variante eines alternativen Standorts geprüft und falls ja, weshalb wurde diese nicht weiter verfolgt?

2. Zweitens erwarten wir, dass der Fussballplatz und das dazugehörige Benutzungskonzept so konzipiert wird, dass sie den Anforderungen des FC Waberns entsprechen - also unserem Könizer Fussballclub. Es geht um Zugang, es geht um Grösse und Qualität der Garderoben, der WC-Anlagen und des Materialraums - meine Vorrednerinnen sind dazu bereits eingegangen. Es geht um die Qualität des Rasens - nicht nur das Material, sondern auch die Frage der Pflege des Rasens und vom Nutzungskonzept, welches in diesem Zusammenhang steht. Diese beiden Aspekte sind - auch das wurde bereits erwähnt - für den FC Wabern aktuell sehr unbefriedigend.

Bezüglich der Änderungsanträge beantragen wir einen kurzen Sitzungsunterbruch. Diese Anträge kamen so kurzfristig, dass wir diese als Fraktion nicht mehr besprechen konnten.

**Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard:** Vorab der Direktion DSL und den Mitarbeitenden der Abteilung Immobilien der beste Dank für die Erarbeitung der Vorlage. Danke auch an die Sprecherin der GPK für die Prüfung und die ergänzenden Abklärungen und Erläuterungen.

Mit der Motion zur Verbesserung der Fussballinfrastruktur im Raum Wabern, hat dieses Geschäft im Jahr 2016 seinen Anfang genommen. Dieses Anliegen ist für uns absolut unbestritten und berechtigt. Damit dieses Vorhaben umgesetzt werden kann, musste die ZöN Lerbermatt in einem geringfügigen Verfahren angepasst werden. Genehmigungen der kantonalen Ämter liegen vor und sind in Kraft. Man könnte also beginnen. Aber der budgetlose Zustand, welchen wir hatten, hat diese Umsetzung um etliche Jahre verzögert. Das mit dem Kanton Bern abgestimmte Bauprojekt muss jetzt komplett überarbeitet werden.

In den Jahren 2018 bis 2024 hat sich auch in der Gemeinde Köniz etwas getan: Wir haben bereits vom Klimaschutzreglement gehört, welches jetzt in der Planung miteinzubeziehen ist. Die Teuerung hat bedauerlicherweise keinen Halt gemacht. Die voraussichtlichen Kosten werden im Investitionsplan neu mit CHF 5 Mio. beziffert. Das Gesuch an den kantonalen Sportfonds, welcher hier etwas mildern soll, wurde erwähnt. Alle Nutzenden der Infrastruktur, nebst den Schülerinnen und Schülern, vor allem aber die Fussball begeisterte Jugend, der FC Wabern, mit seinen Teams von Junioren bis Senioren und den Damenmannschaften, welche wachsen, sollen eine gute Infrastruktur erhalten. Benötigt wird aber sicherlich kein Luxusprojekt. Gefragt sind pragmatische, praxistaugliche Lösungen und das so rasch als möglich.

Die Überprüfung und die Überarbeitung des Projekts beinhaltet die Erweiterung des Fussballrasenfeldes, den Neubau des Garderobengebäudes, ein Clublokal/Buvette, eine Sportplatzbeleuchtung und auch die gesamte Entwässerung der Anlage. Es stellt sich auch die Frage nach Natur- oder Kunstrasen. Auch hier sind Abklärungen im Gang. Was soll vorgenommen werden, was eignet sich besser und was rechnet sich auch? In den uns vorliegenden Unterlagen ist aufgeführt, was alles geplant werden soll, wo neue Vorschriften und Reglemente einzuhalten sind und welche weiteren Projektüberprüfungen vorgenommen werden könnten oder sogar vorgenommen werden müssen.

Meine Vorrednerinnen haben es schon erwähnt: Wir können die Absichten der Planer nachlesen. Von unserer Seite her scheint uns die Projektüberprüfung im Zusammenhang mit der Unisex-WC-Anlage als nicht praxistauglich. WC's und Garderoben sind für uns geschlechtergetrennt zu gestalten. Im heutigen Geschäft geht es aber um den Projektierungskredit in der Höhe von CHF 170'000. Wir möchten jedoch den Planenden ans Herz legen, nicht alle Ideen, welche allenfalls in der Planung aufkommen könnten, in der Planung einzubeziehen und von nicht zwingend benötigten Anpassungen abzusehen. Aus diesem Grund liegen Anträge der SVP und der FDP vor, welche den Antrag des Gemeinderates für den Projektierungskredit ergänzen würden. Ich brauche diese nicht vorzulesen, sie wurden bereits von der Sprecherin der SVP zitiert und ihr könnt sie selber nachlesen.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen stimmt dem Antrag des Gemeinderates für den Projektierungskredit in der Höhe von CHF 170'000 einstimmig zu und hofft, dass die zur Abstimmung vorliegenden Anträge der SVP und der FDP ebenfalls eure Zustimmung finden werden.

**Andreas Hauser, GLP:** Ich habe noch eine Frage an den Gemeinderat zu diesem Antrag 4: Es wurde von der Vertreterin der Grünen gesagt, dass diese Frage so nicht logisch beantwortbar sei. Lässt es sich abgrenzen, was aufgrund des kantonalen Energiegesetzes notwendig ist und was aufgrund des Klimaschutzgesetzes? Denn mit der Transparenz selber haben wir keine Mühe und es wäre sicherlich interessant zu sehen, was der Mehrertrag der Solaranlagen ist.

**Gemeinderat Thomas Brönnimann, GLP:** Es ist schön für mich, an einer Parlamentssitzung zwei Herzensprojekte vorstellen zu dürfen - zumindest den Projektierungskredit dazu.

Beantragt ist ein Projektierungskredit und aufgrund der Projektgeschichte sind wir in der Finanzkompetenz des Parlaments. Die Diskussion, welche ihr heute Abend geführt habt, ging aber eher um einen Ausführungskredit. Ich begrüsse dies eigentlich, denn dann haben wir diese bereits vorweggenommen und dem, was ihr heute verabschiedet, dem stimmt ihr dann beim Ausführungskredit auch zu und dann braucht es dort vielleicht eine etwas weniger lange Diskussion.

Zu den Fakten: Wir haben ein Sportanlagenkonzept Version 2015, damals war ich noch Vorsteher für Bildung und Sport, damals wurde dies verabschiedet. Schon damals fehlten vier bis fünf Fussballfelder. Das sind Fakten. Seither sind zehn Jahre vergangen und seit dann spielen mehr Jugendliche Fussball, seit dann spielen vor allem auch viel mehr Mädchen Fussball – auch der FC Wabern wird eine Mädchenmannschaft eröffnen. Das ergibt Herausforderungen an die Infrastruktur. Es ist ein Fakt, das heute schon gewisse Vereine, gewisse Teams nicht mehr eröffnen können, obwohl sie die Nachfrage von Junior:innen hätten und auch der FC Köniz musste Teams schliessen. Klar wird dann auch manchmal gesagt, es fehlen Trainer:innen, aber mit einer solchen Infrastruktur "fägt" es nicht wirklich. Weiter zu den Fakten: Wir planen mit Naturrasen. Es ist gut, wenn ihr hier Abklärungen machen wollt. Im Moment bildet der Kanton die Leitplanken. Wir investieren dort auf dem Land des Kantons und der Kanton hat bis jetzt an Naturrasen festgehalten. Es können ja Grossräte – wir haben ja einige davon im Saal – auf Kantonsebene einen Vorstoss machen. Ich persönlich finde es auch nicht sinnvoll, dass man sich am Diskus- und Speerwerfen ausrichten muss. Aber der Kanton hat dies bis jetzt so vorgegeben.

Erlaubt mir noch kurz zurück zu schauen: Warum ist es ein Herzensgeschäft? Erstens, weil ich stets gerne Fussball gespielt habe, weil ich mehrere Jahre lang Junioren-Trainer war, ich hatte auch drei Mädchen, welche beim FC Thörishaus Fussball spielten. Ich weiss, wie die Situation in den Vereinen wirklich ist und im FC Wabern ist sie besonders schwierig.

Ich bin darum im Jahr 2014 in meinen ersten Monaten mit vollem Elan an dieses Geschäft herangegangen und dachte mir, das schaffst du jetzt locker in vier Jahren: Eine Garderobe auf einem Sportplatz bauen, welchen es bereits gibt. Ja weit gefehlt: Ihr habt gesehen, immerhin durfte ich im Jahr 2018 als Direktionsvorsteher Liegenschaften ein Projekt absegnen und danach kam noch etwas dazwischen – inzwischen sind wieder sechs Jahre vergangen.

Jetzt bin ich mit einem Projektierungskredit in Parlamentskompetenz hier. Manchmal gibt mir das ehrlich gesagt schon etwas zu denken, wie weit wir es mit der Verrechtlichung, mit der Verkomplizierung von all diesen Gesetzen und Zuständigkeiten des Kantons gebracht haben und wie wir manchmal all diese Sachen einfach nur "zerreden". Und dann sind zehn Jahre vergangen und wir haben es nicht geschafft, eine Garderobe auf einem bestehenden Fussballplatz zu schaffen. Vor den Wahlen sagen alle immer: Ja, Vereinsarbeit muss man fördern, die machen Integration – super Sache. Der FC Wabern hat einmal in der Mitgliederzeitschrift eine Umfrage gemacht: Alle waren dafür. Auch damals, beim Postulat, welches überwiesen wurde: Alle waren dafür. Nicht einmal der Gemeinderat war dagegen und trotzdem bin ich jetzt nach über zehn Jahren mit einem Projektierungskredit hier. Das ist doch irgendwie verrückt.

Dann kommen noch die guten Ideen, dass man auf der Balsigermatte einen Fussballplatz erstellen könnte, am liebsten gleich vier. Die Balsigermatte – nur so zur Information – ist Landwirtschaftszone, vielleicht kann sich Christian Burren dazu noch äussern, er hat hier vielleicht noch andere Ideen, als dort vier oder fünf Fussballplätze zu erstellen, aber schon nur der Zeithorizont würde hier bei vermutlich 15 bis 20 Jahren liegen. Für diese, welche kreative Ideen wollen, da hätte ich als bald Alt-Gemeinderat noch eine: Wir haben nämlich eine ZÖN für Sport in der Nessleren in Wabern - bereits eingezont. Da könnte man sofort einen Fussballplatz bauen. Doch da hat Christian Burren auch etwas anderes vor und andere haben ebenfalls dort etwas anderes vor. Doch so langsam, wie die Mühlen hier mahlen, könnte man für mich dort in der Nessleren locker noch einen zweiten Kunstrasen machen, dieser hat nämlich eine Lebensdauer von zehn Jahren und bis dann ist dort sicherlich noch nichts gebaut. Und wenn denn einmal etwas für CHF 150 Mio. gebaut wird, dann fällt es auch nicht mehr ins Gewicht, dass man diesen biologisch abbaubaren Kunstrasen biologisch abbaut. Ihr merkt, ich habe eine kleine Prise Zynismus, das ist ein Zeichen, dass es gut ist, dass ich bald Alt-Gemeinderat bin.

Der Gemeinderat konnte sich nicht zu euren kreativen Variante unterhalten. Eine Tatsache ist, dass alle Varianten der Verwaltung zu tun geben. Diese Planungsalternativen - Heinz Gertsch, welcher dort oben sitzt, macht dies gerne für euch. "Machen wir für Euch" heisst doch diese Rubrik im "Köniz innerorts", doch wir, nicht wahr Heinz, wir würden lieber eine Garderobe bauen, als irgendwie zum x-ten Mal Pläne zu zeichnen.

Von den Grünen wurde noch gesagt, dass sie den Antrag gerne mit Plänen etc. angereichert gehabt hätten. Ich will jetzt nicht eine Einführung in die Parlamentsdiskussionskultur machen - wir hatten hier ein interessantes Rücktrittsschreiben, von jemandem, welches dies nicht so kannte und welcher dies auch etwas komisch fand – doch es ist so, es hat alles seinen Weg, seinen Ablauf. Und das hier ist ein Projektierungskredit. Ich kann euch hier keine Pläne für ein Projekt zeigen, für welches der Gemeinderat den Ausführungskredit nicht abgesegnet hat. Es gibt Pläne und ich lade die Sprecherin der Grünen herzlich dazu ein, wenn sie sich für die Projektpläne aus dem Jahr 2018 interessiert, für dieses Projekt, welches aber aufgrund von gesetzlichen Änderungen überholt ist, dann kann sie diese Pläne gerne anschauen – mein Kollege von der DUB möchte dann noch etwas zu den Änderungen und Auswirkungen des Energiegesetzes sagen. Doch das kann dann auch wieder Missverständnisse geben, denn diese Pläne sind veraltet und darum haben wir euch diese nicht beigelegt.

Ich sehe, es hat eine junge Garde vom FC Wabern hier. Jene im Vorstand, die glauben daran. Beat Eggimann hat immer daran geglaubt, ich hoffe, er ist inzwischen Ehrenmitglied und wenn es dann irgendwann einmal diese Garderoben gibt, dann montiert ihr ihm dann vielleicht noch eine Erinnerungsplakette. Er hat gekämpft, er hat getrieben. Ich habe auch geglaubt – jetzt hoffe ich nur noch. Ehrlich gesagt, ich glaube nicht mehr.

Stellt euch das einmal vor: Eine Garderobe auf einem bestehenden Fussballplatz und dann ist dort eine Hecke gewachsen, da war zuvor gar nichts und dann braucht es ein kantonales Verfahren mit verschiedenen Berichten von Ämtern, damit man diese Hecke roden und an einem anderen Ort auf diesem Areal wieder anpflanzen kann. Ich bin auch grün, aber das ist einfach "overkill". Und es wurde zu Recht gesagt: Auch das Gymnasium wird mehr Schüler haben.



Sie haben ja dummerweise im Liebefeld dieses Gymnasium gebaut und vergessen, dass sie noch eine Turnhalle brauchen und jetzt möchten sie dort sechs Monate lang eine Traglufthalle aufstellen. Okay, kann man machen, aber wie das geht, das weiss Christian vom Bauinspektorat. Wir hoffen, es geht. Also haben eigentlich auch jene vom Kanton ein Interesse an einem Kunstrasen, denn die Nutzungsintensität steigt in der Tat auch vom Gymnasium. Und da appelliere ich wieder einmal an die Grossräte und euch als Parlamentarier: Ihr müsst die Ärmel hochkrempeln und mit dem Kanton hart verhandeln und ihm sagen: "Hey, du willst in Niederwangen ein Polizeizentrum? Dann wirst du hier wohl auch an einen Rasen für deine Anlage, welche dir gehört, zahlen können." Man muss verhandeln. Ich habe hart verhandelt, ich habe zehn Jahre gekämpft und kämpfe heute noch für diesen Planungskredit - ich kämpfe auch für das Ausführungsprojekt. Ich bitte euch den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen und jene, welche dann nach mir kommen, die sollen dann weiterkämpfen – für diese Garderobe, für das Vereinsleben, für die Junior:innenausbildung und sie sollen auch mit dem Kanton kämpfen.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Ich will noch kurz erwähnen, auch ich habe hier Herzblut drin: Ich habe nämlich seinerzeit im Jahr 2016 die überparteiliche Motion geschrieben.

Ich wollte nur noch zur Frage von Andreas Hauser Stellung nehmen, wie dies sei, ob das Energiereglement oder das Klimareglement ausschlaggebend ist, dass dies so viel teurer kommt: Es ist so, wie es Christina Aebischer gesagt hat, es ist vor allem das kantonale Energiegesetz, welches seit 1. Januar 2023 in Kraft ist, welches die Gemeinden dazu verpflichtet, vorbildlich zu bauen. Und dazu will ich daran erinnern, dass in Köniz bereits seit 2017, also seit dem 1. Projekt, der Gebäudestandard 2015 gilt, das entspricht in etwa dem Minergiestandard. Und nach dem neuen kantonalen Energiegesetz ist es nur noch in wirklichen Ausnahmefällen möglich, mit fossilen Energien zu heizen. Das sind komplizierte Rechnungen mit der gewichteten Gesamtenergieeffizienz und da ist es sehr schwierig, dass es hier noch möglich ist, fossile Energien zu brauchen, sprich also Gas oder Öl. Doch es steht ja in den Unterlagen, dass es allenfalls auch möglich wäre, dies an den Wärmeverbund Wabern-Bern anzuschliessen.

### **Beschluss über Sitzungsunterbruch:**

Dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion auf Sitzungsunterbruch wird zugestimmt.  
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

### **Diskussion:**

**Kathrin Gilgen, SVP:** Ich stelle fest, dass der Ruf nach Transparenz zwar des Öffern da ist - auch gerade von links-grüner Seite - doch hier will man diese lieber nicht, da dann plötzlich ein Preisschild öffentlich werden könnte, welches man vielleicht nicht öffentlich sehen will.

Ich nehme dies so zur Kenntnis und ziehe unseren Antrag der SVP/FDP – Antrag 4 ist es, so glaube ich – zurück.

### **Beschluss:**

#### **Gegenüberstellung zusätzliche Beschlussziffer 1:**

Antrag EVP-GLP-Mitte-Fraktion	Der Gemeinderat wird aufgefordert (zusätzlich zur vorgesehenen CHF 5 Mio.-Variante), für das Projekt eine Design-to cost-Variante vorzulegen: eine Ausführung mit einem Kostendach von CHF 4 Mio. Sie ist zur Entscheidungsfindung dem Parlament vorzulegen.	16 Stimmen
Antrag SVP- und FDP-Fraktionen	Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament zur Entscheidungsfindung für das Projekt, eine Variante mit pragmatischen Lösungen im Minimalstandard vorzulegen.	21 Stimmen

### **Beschluss zusätzliche Beschlussziffer 1 (Schlussabstimmung):**

Der Antrag der SVP- und FDP-Fraktionen zur Ergänzung folgender Beschlussziffer wird zugestimmt:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament zur Entscheidungsfindung für das Projekt eine Variante mit pragmatischen Lösungen im Minimalstandard vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis: 27 dafür, 10 dagegen)

### **Beschluss zusätzliche Beschlussziffer 2**

Der Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion zur Ergänzung folgender Beschlussziffer wird zugestimmt:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, beim Kanton die Möglichkeit eines Kunstrasens statt eines Naturrasens abzuklären. Der Kunstrasen soll, sofern in guter Qualität erhältlich, biologisch abbaubar sein.

(Abstimmungsergebnis: 22 dafür, 0 dagegen)

### **Beschluss zusätzliche Beschlussziffer 3**

Der Antrag der SVP- und FDP-Fraktionen zur Ergänzung folgender Beschlussziffer wird zugestimmt:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Investitions- und Folgekosten zwischen den Varianten Naturrasen und Kunstrasen aufzuzeigen.

(Abstimmungsergebnis: 28 dafür, 10 dagegen)

### **Beschluss über Antrag des Gemeinderats**

Der Projektierungskredit für das Geschäft Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur von CHF 170'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5290.2418, Wabern; Lerbermatt; Erweiterung Rasenfeld und Infrastruktur wird bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

PAR 2024/69

### **Verschiedenes**

Am 27.6.2024 wurde die parlamentarische Initiative "Für unverzerzte Proporzahlen (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, SVP-Fraktion)" eingereicht.

### **Diskussion**

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Am 7. September findet das erste Könizer Kulturfest statt. Es beginnt am Vormittag und endet um Mitternacht. Es gibt mit über 40 Beiträgen aus ganz verschiedenen Kultursparten – es hat Musik, Literatur, Tanz, Performance und bildende Kunst – enorm viel zu entdecken. Es machen 400 Kulturschaffende aus Köniz mit und es findet an 12 verschiedenen Orten in unserer Gemeinde statt. Es gibt sogar einen Extra-Bus nach Mengestorf in die obere Gemeinde. Ein Ziel dieses Festes ist es, das Kulturschaffen der Gemeinde Köniz in seiner Breite zu zeigen und auch bekannt zu machen. Das andere Ziel ist, dass sich die Bevölkerung von Jung bis Alt treffen kann und durch die verschiedenen Ortsteile auch miteinander in Kontakt kommt. Ihr habt heute an euren Plätzen einen Plan für dieses Fest gefunden. Ihr könnt auch mehr Informationen unter [kulturfestkoeniz.ch](http://kulturfestkoeniz.ch) finden oder auf der Instagramseite des Kulturfests. Ich würde mich enorm freuen, wenn ich euch am Könizer Kulturfest sehen würde.

**Gemeinderat, Thomas Brönnimann, GLP:** Zuerst einmal vielen Dank für diesen "Emmentaler-Tomaten-Sugo mit Zucchetti", das wird ein grossartiges Gericht werden, um meinen Nachgeburtstag zu feiern.

Dann ist mir spontan in den Sinn gekommen, dass ich euch noch auf einen absoluten Kulturhöhepunkt der Badi hinweisen darf: Wir haben am nächsten Freitag und Samstag ein Konzert unserer musizierenden Badmeister:innen. Mit Kleinstbudget machen wir dort eine riesige Sache. Es können am Freitag alle, welche sich im Parlament dafür interessieren, wie eine Einbürgerungsfeier läuft, ab 19.00 Uhr vorbeischaun, denn wir machen diese Einbürgerungsfeier für alle Neubürger:innen in der Badi. Und damit es keine Missverständnisse gibt: Das was im Theater auf dem Gurten gezeigt wird, das stimmt zu 90%, aber ihr könnt dann auch noch diese 10% schauen kommen, welche anders sind. Das ist immer eine sehr gefreute Sache.

Dann habe ich noch eine kurze Erklärung in persönlicher Sache: Ich möchte hier noch eine Richtigstellung bezüglich eines Berichts in der Könizer Zeitung machen. Ihr habt ihn vielleicht gelesen – ich hoffe zumindest dass ihr die Könizer Zeitung lest, dann wisst ihr auch, was ihr abgestimmt habt. Dort stand, ich sei nicht mehr "voll einsatzfähig" gewesen. Das ist falsch, ich war immer einsatzfähig, ich habe anfangs 2023 während zweier Monate reduziert gearbeitet, aber ich habe immer alle meine Geschäfte meiner Direktion geführt. Seit März 2023 bin ich regulär gemäss meinem Beschäftigungsgrad tätig – zugegebenermassen nicht mehr über 100% wie früher.

Interessant ist aber, was dieses Missverständnis ausgelöst hat, ich konnte dies mit Sacha Jacqueroud besprechen: Dadurch, dass euch ja vielleicht nicht entgangen ist, dass ich seit einiger Zeit nicht mehr an allen Parlamentssitzungen teilnehme, entstand der Eindruck, ich sei nicht mehr fit oder noch nicht wieder fit. Das hat nichts damit zu tun, sondern ich habe seit Jahren gemeinderatsintern und in meiner Fraktion kritisiert, dass unser System gewisse Ineffizienzen hat. Klar, diese gilt es zu ertragen, es ist Teil des politischen parlamentarischen Prozesses, aber ich will darauf hinweisen, dass wir Könizer Gemeinderäte nicht einfach nur am Mittwoch regieren, wenn wir Gemeinderatssitzung haben, sondern wir führen auch noch operativ unsere Direktionen. Das ist eigentlich beinahe der grösste Teil unserer Arbeit. Wir verfügen über keine Direktionssekretariate – zumindest ich nicht – und schon gar nicht über Generalsekretariate und da ist man einfach als Gemeinderat auf Dauer auch gezwungen, seine Prioritäten zu setzen. Heute hat zum Beispiel Hans-Peter Kohler seine Prioritäten so gesetzt: Er hatte kein einziges Geschäft und darum ist er heute nicht gekommen. Ich habe dies in der Vergangenheit auch so gemacht und das ist der Grund, warum ich an diesen Sitzungen nicht mehr teilgenommen habe.

Mir ist durchaus bewusst, dass dies ein Tabubruch ist und dass in der Gemeindeordnung festgeschrieben steht, dass der Gemeinderat an den Parlamentssitzungen teilnimmt. Doch eine Gemeindeordnung kann man ändern, wenn man will. Aber eben, man müsste es wollen. Ich habe durchaus Verständnis für das Unverständnis von eurer Seite, dass ich meine Prioritäten so setze, das wurde mir auch von meiner eigenen Fraktion so kommuniziert. Doch eben, einige machen einen Tabubruch und kleben sich auf die Strasse, ich mache jetzt halt den Tabubruch, dass ich nicht mehr die ganze Zeit an meinem Sessel klebe. Und wie ihr wisst, räume ich diesen Sessel per Ende Jahr, ich hoffe, ihr haltet es noch aus – vielleicht sogar besser, wenn ich manchmal nicht hier bin. Und es ist mir nochmals wichtig zu sagen, dass ich meinen Rücktritt aus einer persönlichen Gesamtbilanz gefällt habe und nicht aus gesundheitlichen Gründen.

Was mir auch wichtig ist: Die Grundprobleme, diese bleiben bestehen. Wir haben es auch heute gesehen, wir haben zwei Milizparlamentarier, welche wieder zurücktreten. Wir haben leider hervorragende Leute aus dem Parlament in den vergangenen Jahren verloren, weil sie einfach fanden, das sprengt ihre Belastungsgrenze. Ich stelle mit grosser Freude fest, dass wir heute früher aufhören, damit wir Verena noch gebührend verabschieden können und noch etwas Zeit für das bleibt, was ich in diesem Parlamentsbetrieb immer auch für sehr wichtig angeschaut habe: Für den persönlichen Austausch nach den Sitzungen.

Ich hoffe sehr, dass ihr in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat auch bei der Reorganisation der GPK - welche dann ja auch eine Änderung der Gemeindeordnung bedingt, man könnte das dann ja vielleicht auch gleich verbinden – irgendwie Wege findet, dass dieses sehr spannende und verantwortungsvolle Amt als Milizparlamentarier auch in Zukunft ausgeübt werden kann - neben einer Arbeit. Und ich hoffe für meine Kollegen, dass man in Zukunft einen Weg findet, dass vielleicht auch die Gemeinderäte - welche wirklich eine grosse Agenda haben - einen Weg finden, diese Sitzungen mit gesetzten Prioritäten über die Runde zu bringen.

Ich bitte nochmals um Verständnis für meinen Tabubruch und wünsche euch noch einen guten Abend.

**Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Köniz ist seit drei Jahren Fairtrade-Town und da schliesse ich mich dem an, was Tanja zuvor gesagt hat: Wir machen jedes Jahr einen Fairtrade-Märit, an welchem die Könizer Betriebe, welche sich Fairtrade auf die Fahnen geschrieben haben, ihre Produkte verkaufen können. Dieser findet in diesem Jahr auch im Rahmen des Kulturfestes am 7. September, von 10.00 bis 16.00 Uhr statt. Es gibt dort verschiedene Essensstände. Wenn ihr an diesem Kulturfest also hungrig werdet, dann könnt ihr ins Zentrum auf den Bläuackerplatz 2 gehen, dort findet dieser Märit statt.

Und dann noch ein kurzer Hinweis auf eine Informationsveranstaltung: Diese findet am Donnerstag, 29. August 2024 im OZK statt. Es geht um Gebäudehüllensanierung und Photovoltaik. Sie richtet sich an Liegenschaftsbesitzer, welche ihre Gas- oder Ölheizung ersetzen wollen und sich fragen, ob man gleichzeitig noch eine Gebäudehüllensanierung oder Photovoltaikanlage machen will. Auch diese Veranstaltung findet ihr auf der Webseite der Gemeinde Köniz.

**Géraldine Boesch, SP Frauen:** Ich möchte gerne einen Fehler bei der Anwesenheitszählung am Anfang melden. Ich war nämlich physisch anwesend, aber mental nicht. Ursina Lehner hat darauf verzichtet, ihr Rücktrittschreiben zu verlesen zu lassen und darum habe ich es verpasst, mich zu melden, als es darum ging, sie zu verabschieden. Aber keine Angst, so kurz, wie deine Anwesenheit im Parlament war, so kurz werden auch meine Sätze zu dir:

Du warst nur kurze Zeit ein Teil unserer Fraktion. Im Januar diesen Jahres bist du zu uns gestossen und die heutige Parlamentssitzung bzw. – und das wissen wir jetzt mit Sicherheit – die nächste Reservesitzung wird deine letzte Sitzung sein. Wir haben dich als sehr diskutierfreudig, offen und konstruktiv erlebt, du hast dich immer auf das Wesentliche besinnt und deine Meinung konsequent vertreten. Das sind Eigenschaften, welche alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier schätzen und im besten Fall auch selber mitbringen. In diesen acht Monaten, welche du bei uns bist, hast du gemerkt, dass dir der Parlamentsbetrieb nicht zusagt und du ziehst jetzt deine Schlüsse daraus und auch das machst du so konsequent, wie wir dich erlebt haben. Es ist uns eine grosse Freude gewesen, dich als Parlamentarierin, als "SP-Gspändli" und als Mensch kennen gelernt zu haben und wir danken dir für dein Engagement. Wir wünschen dir für deinen weiteren Lebensweg alles Gute. Ich überreiche dir dann gleich noch die obligatorische rote Rose.

**Heidi Eberhard, FDP:** Nur kurz eine Korrektur zu Thomas Brönnimann: Deine Ausführungen sind gut, aber wir haben einen Auftrag des Parlaments für die Änderung des GPK-Reglements bekommen und die Gemeindeordnung wird hier nicht angefasst, dort wird es also keine Abstimmung geben. Don't worry, be happy, es gibt keine Änderung der Gemeindeordnung.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Wenn das Wort nicht mehr gewünscht wird, bitte ich euch noch kurz auszuharren, denn ich habe auch noch einige Informationen an euch:

Zuerst noch eine Information aus der Sitzung der Fraktionspräsidien vom 26.06.2024: Die Eröffnung der Beschlüsse der GPK und der Finanzkommission, welche Parlamentsvorlagen behandeln, werden zukünftig direkt allen Parlamentsmitgliedern und nicht mehr nur den Fraktionspräsidien zugestellt. Auf der Tischvorlage werden Begründungen von Anträgen wie bisher nicht aufgeführt. Anträge können an der Sitzung selber oder im Vorfeld der Sitzung zwischen den Fraktionen begründet werden.

Und dann noch eine Information aus der Fachstelle Parlament: Das Parlamentspräsidium und das Vizepräsidium haben Stefan Rey als Stellvertretenden Leiter der Fachstelle Parlament mit einem 50%-Pensum per 1. September 2024 angestellt. Stefan Rey ist gelernter Schreiner und hat auf dem zweiten Bildungsweg einen Masterabschluss in Recht und Politikwissenschaft erworben. Herr Rey war über zehn Jahre studiumsbegleitend beim Bundessicherheitsdienst als Sicherheitsassistent am Flughafen Zürich und während den Sessionen im Parlamentsgebäude angestellt. Darüber hinaus hat er ein Hochschulpraktikum beim Bundessicherheitsdienst absolviert. Durch sein Studium, seine Arbeits Erfahrung und seine Art, bringt Stefan die ideale Voraussetzung für die Mitarbeit in der Fachstelle Parlament mit. Ich wünsche Stefan Rey schon jetzt einen guten Start und freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Die nächste Parlamentssitzung findet nächsten Montag, 26.08.2024, statt. Ich wünsche euch einen schönen Abend und feiert jetzt noch schön Verena Remund.

**Im Namen des Parlaments**

Arlette Münger  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament